Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

29. Mai 1974 Jg. 2 Nr. 11 50 Pfennig

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621/37 92 21 – Druck: Caro-Druck, 69 Heidelberg, Lutherstr. 44a – Die KVZ erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 59 000 – Diese Nummer erscheint am Mittwoch, 29.5.1974 – Zuschriften an die Redaktion der KVZ: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29. Die Redaktion ist telefonisch zu erreichen unter Nr. 0621/37 91 21 – Jahresabonnement: 24 Nummern incl. Porto 18,00 DM. Förderabonnement: 24 Nummern 20,00 DM und mehr. Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto Ernst Ehlert, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, KtoNr 112 985-758 – Die Zeitung wurde am 26.5.1974 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Schmidts "harter Kurs": Neue Hoffnung der Kapitalisten

In kurzer Zeit hat der neue Bundeskanzler Schmidt sich eine Regierung zurechtgezimmert und vor dem Bundestag seinen Regierungskurs dargelegt.

Während die Regierungskrisen in den kapitalistischen Ländern sich meist lange hinziehen, scheint die westdeutsche Bourgeoisie ihr Regierungsproblem schnell und zügig gelöst zu haben.

Die bürgerliche Presse nennt die neue Regierung Schmidt–Genscher eine Regierung der "Macher", der "schnellen Brüter" und "Polit-Handwerker".

Aber von der Geschwindigkeit, in der hier eine Regierung zusammengestellt wurde, darf man sich nicht täuschen lassen. Der ganze Sinn dieses Manövers bestand darin, in der Öffentlichkeit erst gar nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, der Rücktritt Brandts sei Ausdruck einer krisenhaften Zuspitzung der politischen Herrschaft der westdeutschen Kapitalisten.

Aber große Teile der Arbeiterklasse und des Volkes, die gerade erfahren hatten, daß auch eine Regierung Brandt mit noch so viel Reformversprechen bloß ihre Unterdrückung und Ausbeutung absichert, können durch dieses Manöver nicht mehr getäuscht werden.

Hoffnungen jedoch machen sich die Kapitalisten auf die neue Regierung. Im Handelsblatt, einem zentralen Organ der westdeutschen Kapitalisten, lautete nach dem Rücktritt Brandts die Schlagzeile: "Börsen reagieren mit höheren Kursen auf Brandt-Rücktritt".

Während normalerweise die Regierungskrisen in den kapitalistischen Ländern zum Sinken der Wertpapierkurse führen, reagierten diese Barometer der Kapitalistenseele diesmal mit einem Anstieg "auf breiter Front". Wenn es auch mit diesem Anstieg nicht weit her war, so drückt sich darin doch deutlich der Niedergang der Regierung Brandt–Scheel aus, der Wunsch der Kapitalisten nach einer neuen und starken Regierung.

Die neue Regierung ist ein Ausdruck der Verschärfung der Klassenkämpfe in Westdeutschland und sie wird diese Kämpfe nicht wegregieren können.

Während die Bourgeoisie mit diesem Theater der schnellen Regierungsbildung dem Volk Sand in die Augen streuen wollte und sich damit höchstens selbst getäuscht hat, nimmt das Wissen in der Arbeiterklasse und im Volk zu, daß auch diese neue Regierung nicht für, sondern gegen das Volk Politik treiben wird und diese Politik offener vertreten wird. Das ist in der kapitalistischen Gesellschaft auch gänzlich unumgänglich. Keine Regierung ist hier möglich, die nicht zur Hauptaufgabe die Sicherung des Privateigentums und der Kapitalistenherrschaft hätte, keine Regierung, die damit nicht auch in Gegensatz zum Volk gerät.

Diese "Macher" und "Techniker" der

FORTSETZUNG Seite 2

Weitere Artikel zur Regierungsbildung Seite 2



Der von einem Polizei-Sonderkommando erschossene Günther Jendrian.

Politischer Mord an Taxifahrer

Am Dienstag, 21.5., morgens um 3 Uhr erschossen Beamte eines 60 Mann starken Sonderkommandos der Polizei den 24-jährigen Taxifahrer Günther Jendrian in seiner Wohnung in München. Weil sein Name in einem Notizbuch eines angeblichen Anarchisten stand, wurde seine Wohnung gestürmt und er, als er noch schlaftrunken die Tür öffnete, erschossen. Ein Freund des Ermordeten, der mit ihm die Wohnung teilte, schilderte den Überfall:

"Als gegen drei Uhr mit Kolben gegen die Tür geschlagen wurde, versuchte ich die Tür zu öffnen. In diesem Moment schoß jemand von außen durch die Tür, fünf Zentimeter über meinen Kopf hinweg. Dann wurde die Tür aufgestoßen, und es sprang ein Mann im Stahlhelm herein, der zwei weitere Schüsse aus seiner MP abgab."

In dem Augenblick, als der Zeuge von der aufgestoßenen Tür an die Wand geschleudert wurde, muß Günther Jendrian seine Zimmertür geöffnet haben. Wolfgang Ghimann, der Augenzeuge:

"Ich sah einen MP-Mann ins Zimmer hechten, es fiel ein Schuß, und dann hörte ich den Todesschrei von Calvados (Spitzname des Ermordeten). Als ich in Handschellen nur in Unterhose und Unterhemd abgeführt wurde, lag er auf dem Rücken ausgestreckt in seinem Zimmer." (nach: Münchner Abendzeitung vom 22. Mai)

Die Polizei behauptet, der Ermordete habe auf sie geschossen. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß Jendrian seit zwei Jahren eine Kleinkaliberwaffe ungeladen an der Wand hängen hatte. Inzwischen ist auch offiziell erwiesen, daß er nicht geschossen hat. Außerdem war er nach Aussagen seiner Freunde ein unpolitischer Mensch, der vor einiger Zeit aus der SPD ausgetreten ist, weil sie ihm nach eigenen Aussagen zu links war.

Und wenn er politisch gewesen wäre?

Soll sich das Volk wieder an nächtliche Sonderkommandos gewöhnen, die Terror verbreiten, die liquidieren und blindwütig zuschlagen können? Dafür sind diese Sonderkommandos geschaffen. Der Staat bildet sie aus und sammelt in ihnen die schmutzigen Elemente, die im Staatsauftrag ihre kriminellen Neigungen austoben dürfen. In Stahlhelm, Blue Jeans und Schaftstiefeln unterscheiden sie sich auch äußerlich nicht von einer Verbrechergang. Und wer von ihnen im Schlaf überrascht wird, wird zunächst gar nicht wissen können, daß er Polizeibeamte vor sich hat, wenn er überhaupt noch Zeit zum Überlegen hat.

Der Aufbau dieser Sonderkommandos, deren Anonymität staatlich geschützt wird, damit sie für ihre Verbrechen nicht zur Verantwortung gezogen werden können, der Aufbau dieser Terrororganisationen ist nur Teil der gesamten staatlichen Ausrüstung zum Schutz der Kapitalistenherrschaft gegen den "inneren Feind", gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

Der Ausbau des staatlichen Gewaltapparats wird mit einigen Anarchistengruppen gerechtfertigt. Trifft es einen anderen, wird dies auch gerechtfertigt. Doch ausgerichtet wird der Ausbau der staatlichen Gewaltorgane auf die Niederschlagung jeglicher demokratischen Bewegung im Volk, auf die Niederschlagung von Streiks, auf die Sicherung der Kapitalistenherrschaft gegen das Volk, das um seine Rechte kämpft.

Gegen die Sonderkommandos, die anonym ihren Terror verbreiten, müssen wir sofort so vorgehen, daß wir sie aufspüren, ihre Namen und ihre Taten bekannt machen, und wo wir sie sehen, mit Fingern auf sie zeigen. Seht diese Biedermänner, die darauf getrimmt werden, ihre kriminellen Neigungen im Dienst der kapitalistischen Staatsmacht auszutoben!

Diese Sonderkommandos müssen weg! Diesen Kampf müssen wir führen auf der Linie der demokratischen Forderung nach Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung. Die Kapitalistenklasse braucht diese vom Volk getrennten bewaffneten Formationen, um ihre Ausbeuterordnung aufrechtzuerhalten. Die Arbeiterklasse muß dagegen für die umfassende Demokratie des Volkes kämpfen, um die Kapitalistenherrschaft und damit Ausbeutung und Unterdrückung beseitigen zu können. Dazu muß sie das demokratische Recht auf allgemeine Volksbewaffnung durchsetzen gegen einen bis an die Zähne bewaffneten kapitalistischen Staat.

–Red./OAG München–

CDU gegen DGB-Führer

Nicht daß sie Politik machen, sondern welche Politik die DGB-Führer machen, ist schlecht. Die CDU-Totengräber wollen "neutrale Gewerkschaften".

Der CDU-Geschäftsführer Biedenkopf hat der DGB-Führung "totale Parteinahme" für die SPD und "einseitige Stellungnahme" nach dem Rücktritt Brandts vorgeworfen. Die CDU will damit die Gewerkschaften zu einem politisch neutralen Verein machen. Das läuft im Ergebnis auf das gleiche hinaus, wie die oft gehörte Forderung aus CSU-Kreisen, die Gewerkschaften abzuschaffen. Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter vertreten, können niemals politisch neutral sein. Die Einheitsgewerkschaft muß alle Arbeiter vereinen, ungeachtet der Tatsache, daß sie verschiedene politische Richtungen haben. Das aber bedeutet nicht, daß sie sich politisch neutral verhalten. Vielmehr muß die Einheitsgewerkschaft offen sein für die Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Richtungen. Wir Kommunisten kämpfen nicht dagegen, daß die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften ihren politischen Standpunkt vertreten, sondern wir bekämpfen ihren politischen Standpunkt, der ein bürgerlicher politischer Standpunkt ist. Wir kämpfen gegen die bürgerlichen Auffassungen in den Gewerkschaften, weil sie die Gewerkschaften hindern, ihre Aufgabe zu erfüllen, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Aber wir treten für eine offen geführte Auseinandersetzung in den Gewerkschaften ein um die proletarische Linie im gewerkschaftlichen Kampf. Wir kämpfen dagegen, daß die SPD in den Gewerkschaften ihre Positionen mit Ausschlüssen und unter Mißachtung der gewerkschaftlichen Demokratie gegenüber den Kollegen vertritt, aber wir fordern nicht parteipolitische Neutralität. Wenn die CDU derzeit versucht, die Unzufriedenheit der Kollegen mit der SPD-Politik der Gewerkschaftsführung auf ihre Mühlen zu lenken, dann müssen wir zeigen, daß hier Totengräber der Gewerkschaftsbewegung am Werk sind, die unter ihrer Fahne versuchen, das zu vollenden, was die SPD-Führer tun.

- bb -

Hamburger Senat deckt Verbrechen türkischer Faschisten

Hamburg. Am 21. Mai ist der türkische Bauingenieur Neset Danis, der auf der Versammlung des türkischen Arbeitervereins in Norderstedt am 5. Mai von türkischen Faschisten brutal zusammengeschlagen worden war, an den Folgen seiner schweren Verletzungen gestorben.

Die fünf türkischen Demokraten, die ebenfalls Opfer dieser Schlägerei waren und vom Norderstedter Kripo-Chef Buchholz verhaftet wurden, sind vor ein paar Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden. Der Haftbefehl gegen die fünf Türken ist nicht aufgehoben worden. Sie haben lediglich Haftverschonung bekommen. Diese Vogelfreiheit hat das Gericht mit folgenden Auflagen verbunden: Erstens dürfen die Türken nichts über den faschistischen Überfall in Norderstedt publizistisch verbreiten, zweitens dürfen sie mit dem alten 1. Vorsitzenden des türkischen Arbeitervereins und mit dem Hauptschläger dieses Überfalls nicht reden, drittens müssen sie zweimal in der Woche sich bei der Polizei melden. Das heißt, die Betroffenen werden gerichtlich daran gehindert, sich einzusetzen für die bedingungslose Offenlegung aller Tatsachen.

Die Verantwortlichen des Hamburger Senats, dessen Polizei in Norderstedt auf Verlangen des türkischen Konsulats im Einsatz war, verhindern zusammen mit der Justiz eine rückhaltslose Aufklärung dieses Mordes. Als gute Imperialisten stehen sie auf der Seite der türkischen Faschisten, des türkischen Regimes, seiner Vertretung in Westdeutschland und des türkischen Geheimdienstes, mit dem sie eng zusammenarbeiten.

Eine Dokumentation der Rechtsanwälte zur Offenlegung dieses Überfalls wird in der ganzen Stadt erfolgreich verkauft und ist inzwischen vergriffen. In Hamburg werden Unterschriften gesammelt für die Forderungen, daß der Hamburger Senat alle Tatsachen in diesem Fall offenlegt, daß Bürgermeister Schulz und Innensenator Klose zu diesen Vorgängen auf einer öffentlichen Veranstaltung in Hamburg Stellung nehmen sollen: Inzwischen sind 1 500 Unterschriften bereits gesammelt.

Diese Veranstaltung soll am Mittwoch, 29.5., im Audimax der Universität stattfinden.

Am Samstag, dem 1. Juni, soll eine Demonstration stattfinden aus Protest gegen die Ermordung von Neset Danis. In der Woche zwischen dem 27. Mai und 1. Juni wird in Norderstedt ein öffentliches Tribunal stattfinden, auf dem die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

–Ortsgruppe Hamburg–

Aus dem Inhalt

Schmidts „harter Kurs"....

Fortsetzung von Seite 1

neuen Regierung werden daher auch ihre Geschwindigkeit und Eleganz in dem Maße einbüßen, wie die politische Krise des westdeutschen Imperialismus die Massen in eine scharfe Frontstellung gegen diesen Staat treiben wird. Aber dies wird nicht automatisch geschehen. Denn die Demagogen der CDU/CSU werden versuchen, aus dieser Krise Gewinn für ihre Partei herauszuschlagen, indem sie dem Volk viel versprechen, um nichts zu halten. Daher müssen die Kommunisten ihre Arbeit unter den Massen jetzt verstärken und die Klarheit über das Ziel des Kampfes, den Sozialismus, verbreitern.

DIE REGIERUNG SCHWENKT AUF DIE LINIE DER CDU/CSU EIN

In seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag hat Schmidt am 17. Mai die Linie seines Regierungskurses festgelegt. Sie lautet: "In einer Zeit weltweit wachsender Probleme konzentrieren wir uns in Realismus und Nüchternheit auf das Wesentliche, auf das, was jetzt notwendig ist, und lassen anderes beiseite."

Die weltweit wachsenden Probleme für die Kapitalisten aber sind nichts als die Verstärkung des Aufruhrs und des Befreiungskampfes der Völker in der Welt, der Verschärfung der Widersprüche zwischen den Supermächten und zwischen den kapitalistischen Ländern und der wachsenden politischen und sozialen Widersprüche im Land.

Die Konzentration auf das Wesentliche, die die neue Regierung verspricht, wird also die Konzentration auf die Sicherung der Kapitalistenherrschaft in Westdeutschland und auf die Expansion des westdeutschen Imperialismus sein.

Der von Schmidt gepriesene Realismus ist in seinem Kern das Versprechen der Regierung an die Kapitalistenklasse, alles zu tun, was für die Kapitalisten heute notwendig ist, und nicht mehr. Beiseite gelassen werden große Teile jener Reformen, mit denen die Regierung Brandt die Arbeiterklasse und das Volk mit der bürgerlichen Klassenherrschaft versöhnen wollte.

Der neue Regierungskurs der "Konzentration auf das Wesentliche" ist daher ein verschärft reaktionärer Kurs. Denn das Wesentliche in diesem Staat ist die Verteidigung und Sicherung der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten. Darauf aber liegt die Konzentration des neuen Regierungskurses, der reaktionärer ist, weil er offener diese Ausbeutung verteidigen wird, als es während der Regierung Brandt der Fall werden.

Dies zeigt sehr gut, daß die Herrschaft der Kapitalistenklasse heute nicht mehr so selbstverständlich ist, wie dies noch vor ein paar Jahren der Fall war. Denn auf Selbstverständliches braucht man sich nicht zu konzentrieren, das läuft von alleine.

Indem sich die SPD/FDP-Regierung auf das "Machbare" konzentriert, schwenkt sie nun auch auf die taktische Linie der CDU/CSU ein, die der Brandt-Regierung immer vorwarf, vom Wünschbaren und nicht vom Machbaren auszugehen.

Wünschbar wäre es wohl für die Kapitalisten gewesen, wenn die Reformpolitik der Regierung Brandt den Klassengegensatz hätte zerreden können. Machbar war es aber nicht, weil die Krise des Kapitals wächst und die Unzufriedenheit der Volksmassen nicht mit Reformversprechen zu beseitigen ist. Daraus zieht die Bourgeoisie heute mit dieser Regierung der Rechtsentwicklung der herrschenden Klasse ihre Konsequenz.

STABILITÄT UND EXPANSION AUF KOSTEN DES VOLKES

In der Regierungserklärung heißt es: "Angemessene Erträge sind Voraussetzung für die erforderlichen Investitionen". Das ist vom Standpunkt der Kapitalisten, die von den Profiten leben, die die Arbeiterklasse schafft, richtig. Es zeigt, daß die Regierung den Standpunkt der Kapitalisten vertritt.

Die Profite der Kapitalisten gehen aber immer zu Lasten der Arbeiterklasse, die für diese Profite ihre Gesundheit und ihr Leben ruiniert. Jede Handlung der Regierung zur Unterstützung der Profitmacherei ist also gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Welche Handlungen werden dies sein? Die neue Regierung bezeichnet als "entscheidende Voraussetzung" für die Gewährleistung der Tarifautonomie die "Verantwortung für das Ganze". Verantwortung für das Ganze heißt in der kapitalistischen Gesellschaft: Verantwortung für die Beibehaltung der Ausbeutung, auf der diese Gesellschaft beruht. Dagegen muß die Arbeiterklasse um ihren Lohn kämpfen und braucht ihre politische Bewegungsfreiheit. Sie hat keine Verantwortung für das kapitalistische Profitsystem, sondern dafür, daß sie aller Unterdrückung und Ausbeutung ein Ende macht. Dafür gewinnt sie große Teile des Volkes.

Sie wird sich keine Verantwortung für dieses Profitsystem auferlegen lassen, wie es diese Regierung will. Sie wird daher auch gegen alle Versuche dieser Regierung kämpfen müssen, ihr die Freiheit des Lohnkampfes einzuschränken. Hat Schmidt in seiner Regierungserklärung diesen Angriff nur in sehr allgemeiner Form angekündigt, so ließ der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Lambsdorf, die Katze vollends aus dem Sack, als er erklärte, daß man dies jetzt nicht öffentlich sagen könnte, da dies eine Provokation darstelle. So etwas behandle man am besten "diskret" und in "geschlossenen Räumen".

Das aber erhebt diese Regierung zu ihrem Programm, daß sie dieses Recht des Lohnkampfes beschneiden will, wenn es dem "Ganzen" der Profitsucht der Kapitalisten, nicht genehm ist.

Während die wichtigsten Lebensmittel tagtäglich teurer werden, ohne daß die Löhne auch nur annähernd mitziehen können, erklärt dieser Kanzler: "Weitaus dem größten Teil des Volkes geht es heute materiell und wirtschaftlich gut, das heißt besser denn je". Tatsächlich ist es aber so, daß die Lohnabhängigen zum großen Teil nur deswegen heute ihren Lebensunterhalt nicht noch mehr einschränken mußten, weil sie sich die Lohnerhöhungen in selbständigen Streiks und Tarifkämpfen gegen diese Regierung und gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung erkämpft haben.

Wenn diese Regierung erklärt, es ginge dem Volk heute besser denn je, dann will sie damit bloß darauf vorbereiten, daß man den Gürtel bald noch enger schnallen soll.

Die Regierung verspricht Stabilität, da der Staat ab jetzt sparsamer sein werde. Aber von den Sparmaßnahmen der Regierung wird vor allem das Volk und nicht die Kapitalistenklasse betroffen sein. Gespart werden wird vor allem in jenen Bereichen, die für die Lohnabhängigen wichtig sind. Gespart werden soll an all jenen Reformen, die Geld kosten, trotzdem aber wird der staatliche Unterdrückungsapparat ausgebaut werden. Trotz allem Gerede von Sparmaßnahmen und Steuerreform denkt diese Regierung gar nicht daran, die Ausschröpfung des Volkes durch indirekte Steuern zu beseitigen. Und während sie von Sparmaßnahmen redet, erhöht sie gleichzeitig die Wahlkampfgelder für die Parteien und die Diäten für die Abgeordneten.

Die Arbeiterklasse und das Volk haben ein Interesse an einem billigen Staat, der nicht wie ein blutsaugender Polyp auf dem Volk lastet und ihm die Taschen leert. Kein Interesse haben sie aber an Sparmaßnahmen, die auf Kosten des Volkes vor sich gehen und bloß dazu taugen, die Profite der Kapitalisten und das Luxusleben von deren politischen Vertretern noch zu verschönern.

DIE KLASSENFRONTEN WERDEN KLARER

Die neue Regierung hat es aufgegeben, davon zu reden, sie wolle "mehr Demokratie wagen", wie es noch bei Brandt–Scheel hieß.

Sie verspricht den Kapitalisten, alle politischen Organisationen zu bekämpfen, die sich nicht an die Verfassung halten, alle Gegner der Verfassung aus dem öffentlichen Dienst zu jagen. Diese Verfassung aber ist die Garantieerklärung für das Privateigentum an Produktionsmitteln, also für den Reichtum und die politische Macht einiger weniger auf Kosten der Masse des Volkes. Die neue Regierung räumt so weiter mit der Illusion auf, daß die Sozialdemokraten Demokratie für das Volk bringen würden.

Die Regierung verspricht, "die Freiheit ... gegenüber ihren Feinden" zu verteidigen, sie verspricht also, die Freiheit des Privateigentums und damit ein Recht der Minderheit gegenüber dem Volk zu verteidigen. Damit zeigt sie deutlich ihren Klassencharakter und jeder fortschrittliche Mensch wird damit zunehmend schärfer vor die Entscheidung gestellt, sich auf die Seite der Kapitalisten oder die Seite der Arbeiterklasse zu schlagen. Das heißt aber, für oder gegen diesen bürgerlichen Staat und diese bürgerliche Verfassung zu sein.

DIE IMPERIALISTISCHE EXPANSION GEHT WEITER

Außenpolitisch bekennt sich die Regierung Schmidt–Genscher zur "Einigung Europas in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten" und zur NATO.

Sie verspricht, alles für einen freien Handel in der Welt und in Europa zu tun. Was verspricht sie damit anderes als alles dafür zu tun, daß die westdeutschen Kapitalisten ihre Warenund Kapitalexportoffensive in die kapitalistischen Länder und die Länder der Dritten Welt fortsetzen können. Daher ist es auch unausweichlich, daß diese Fortführung der imperialistischen Expansion zur Verschärfung der Widersprüche im kapitalistischen Lager führen wird. Das Bekenntnis der Regierung zur Europäischen Gemeinschaft ist also durchaus ernst gemeint. Es ist das Bekenntnis zur Vorherrschaft des westdeutschen Kapitalismus in Europa. (Siehe Artikel Seite 14).

Es ist kein Wunder, daß eine solche klassenbewußte Regierungserklärung den Beifall der Kapitalisten wie der bürgerlichen Presse erhält.

Auch die CDU/CSU kann einem solchen Regierungskurs nur noch Unterschiede im Detail entgegensetzen. Umso mehr vergrößert sich daher ihre Demagogie.

Aber der Kurs der Regierung Schmidt–Genscher, der klarer gegen die Volksmassen gerichtet ist, als dies noch für Brandt galt, wird die Volksmassen nicht an den bürgerlichen Staat binden. Wenn es den Kommunisten immer besser gelingen wird, in diese Bewegungen der Massen die Klarheit über das Ziel des Sozialismus hineinzutragen, die Klarheit darüber, daß es keine Alternative zu dieser Regierung gibt als den Aufbau der Kommunistischen Partei und den Kampf um die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, und um den Sozialismus, wird es auch den bürgerlichen Demagogen nicht gelingen, die Volksmassen zu verwirren.

Die Klassenkämpfe werden an Schärfe gewinnen und sie werden sich in dem Maße klarer auf ihr Ziel, die proletarische Staatsmacht, die die Volkssouveränität verwirklicht, ausrichten, wie sich in diesen Kämpfen das Programm der Kommunisten als geeignet erweist, den Ausweg aus der Krise des Imperialismus zu zeigen.

–e.r.–

DAS NEUE KABINETT DER GENSCHER/SCHMIDT-REGIERUNG

DGB unterstützt den Kurs nach rechts

Die DGB Zeitung "Welt der Arbeit" lobt die neue Regierung unter der Überschrift "In den Startlöchern ein Kabinett der Macher". Gleich unter der Überschrift steht dort weiter: "In Helmut Schmidts Mannschaft sitzen viele Gewerkschaftsfreunde." Schmidt selbst ist Mitglied der ÖTV. Fast alle SPD-Minister nennen sich Mitglied einer Gewerkschaft und haben wohl auch ein Gewerkschaftsbuch, wie auch die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten. Ein Teil der Minister hat seine politische Karriere in der Gewerkschaftsführung gemacht, so Verteidigungsminister Leber, der Vorsitzender der Gewerkschaft Bau Steine Erden war und sich rühmen kann, sich dort eine besondere Tarifstreittaktik ausgedacht zu haben. Sie besteht darin, keine Forderungen zu erheben. So Sozialminister Arendt, der als Vorsitzender der Bergbaugewerkschaft sich rühmen konnte, während der großen Bergbaukrise 1966 die kampfbereiten Bergleute verschaukelt zu haben, ehe er sich auf den Ministerposten absetzte. Neu im Kabinett ist der jetzige Forschungsminister Matthöfer, der zuvor Abteilungsleiter beim IG Metall Vorstand war. Er gilt als "Linker". Als die IG Metall noch gegen die Notstandsgesetze auftrat, war auch er als Kämpfer gegen die "verfassungsändernden Ermächtigungsgesetze" aufgetreten. Für den Eintritt der SPD in die Große Koalition 1967 gab er seinen Widerstand auf. Als 1968 mit großer Mehrheit die Notstandsgesetze beschlossen wurden, ist Matthöfer während der namentlichen Abstimmung mal kurz pissen gegangen.



Als erstes nach der Regierungserklärung empfing Bundeskanzler Schmidt die Gewerkschaftsführung. Als letztes vor der Regierungserklärung hatte er sich mit seinen Kapitalistenfreunden abgestimmt.

"Die Gewerkschaften dürfen sich gut bedient fühlen" heißt es über die Regierungszusammensetzung in dem oben erwähnten DGB Artikel in "Welt der Arbeit". Auch ein großer Teil der neuen parlamentarischen Staatssekretäre kommen aus Gewerkschaftsvorständen. Andere Zeitungen schreiben deshalb, daß das neue Kabinett ein "Gewerkschaftskabinett" sei. Und sie schreiben auch offen, was damit bezweckt ist. Die Gewerkschaften sollen noch enger an die Regierung gebunden werden. Ein "Unfall" wie der letzte ÖTV-Streik dürfe sich nicht wiederholen. Dies will die Regierung Schmidt/Genscher erreichen, indem sie die personelle Verflechtung zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung noch enger zieht.

DIE REGIERUNG IST NICHT DER FREUND DER GEWERKSCHAFTEN, SONDERN DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER SIND FREUNDE DER ARBEITERFEINDLICHEN REGIERUNG

Doch auch das wird dieser Regierung nichts nützen. Auch Kluncker hat keineswegs die Regierung Brandt aus freien Stücken in Schwierigkeiten bringen wollen. Er war gezwungen, den ÖTV-Streik durchzuführen, weil die Gewerkschaftsmitglieder den Kampf erzwungen haben, gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen anzugehen. Kluncker mußte sich an die Spitze stellen, um die Gewerkschaftsführung nicht völlig zu isolieren, und er hat sich an die Spitze gestellt, um den Forderungen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die Spitze abzubrechen.

Was ist das überhaupt für eine gewerkschaftsfreundliche Regierung, die durch die gerechten Streiks der Lohnabhängigen in Schwierigkeiten gerät? Nur wenn das Interesse der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Ordnung an erster Stelle der Regierung steht, nur dann kann eine Regierung durch Streiks in Schwierigkeiten geraten. Nicht die Gewerkschaften sind Freund einer solchen Regierung, sondern die Gewerkschaftsführer, die ihre Aufgabe darin sehen, den Widerstand der Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeutung abzufangen und zu sabotieren.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER LOBEN DEN "EISERNEN KANZLER"

Die Regierung Schmidt/Genscher ist angetreten, um härter gegen den Widerstand der Lohnabhängigen vorzugehen. Als Regierung des Kapitals in einem kapitalistischen Staat muß sie einen härteren Kurs einschlagen, weil die Politik der Gemeinsamkeitsappelle an der Wirklichkeit der Klassengesellschaft gescheitert ist. Ohne daß die Regierung schon gezeigt hätte, wie dieser härtere Kurs aussehen wird, lobt die Gewerkschaftsführung in ihrer Zeitung schon den neuen eisernen Kanzler. So heißt es in der "Welt der Arbeit": "Kräftig zupackend hat Helmut Schmidt in die Hand genommen." Mit diesen Worten hilft die Gewerkschaftsführung mit, das Bild eines Mannes aufzubauen, der als Kanzler sich durchsetzen soll. Durchsetzen gegen wen? Zunächst gegen den linken Flügel in der SPD. Die Gewerkschaftsführung rät ihm zum "durchstarten, daß die Fetzen fliegen". Wo sollen wohl die Fetzen fliegen? Ein paar Sätze weiter wird er beschrieben als ein Mann, der "ohne Rücksicht auf Verluste zu handeln vermag". Auf welcher Seite sollen die Verluste sein?

DGB-FÜHRUNG FÜR DEN AUSBAU DER KAPITALISTISCHEN STAATSMACHT

Sie schreiben weiter: Schmidt sei für die "Stärkung der staatlichen Lenkungsfunktion". Es sei "nur der Staat in der Lage, die positiven Energien in der Gesellschaft zu bündeln und für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben nutzbar zu machen." Wer diese höhere Weisheit des Staates anerkennt, kann unter dessen Fittichen jede Art von Freiheit genießen, jede Art von Geschäften betreiben. Diese Staatsauffassung, die das DGB Organ an Schmidt lobt, ist nichts anderes als eine Umschreibung des kapitalistischen Staates im faulenden letzten Stadium des Kapitalismus. Die Kapitalisten genießen unter dem Schutz des Staates die Freiheit ihrer Geschäfte, die Freiheit der Ausbeutung, während der Staat mittels Steuerausplünderung "positive Energien bündelt" für "Zukunftsaufgaben". Was diese Zukunftsaufgaben sind, kann man am besten am Staatshaushalt ablesen, nämlich am Ausbau und der Sicherung des Staatsapparates selbst zum Schutz der Ausbeuterfreiheit der Kapitalisten.

DGB-FÜHRUNG RÄT ZUR GROSSEN KOALITION, FALLS SICH DIE REGIERUNGSMEHRHEIT NICHT HALTEN KANN.

Die Fähigkeit, diese Staatsaufgaben "ohne Rücksicht auf Verluste" zu erfüllen, lobt das offizielle DGB-Organ dem Kanzler Schmidt an. Mit diesen Fähigkeiten soll er der SPD die Regierung erhalten und für den Fall, daß ihm das nicht gelingt, weil die Zeit bis zu den Hessen-Wahlen nur noch so kurz ist, rät ihm das DGB-Organ kaum versteckt zur Bildung der Großen Koalition oder einer Allparteienregierung, deren Kanzler er dann werden soll. Das liest sich dort kurz so: "Wenn ihm das nicht gelingt, bleibt ihm nichts anderes übrig, als seine Kanzlerschaft auf neue Mehrheiten zu gründen." (Alle Zitate aus "Welt der Arbeit" – Wochenzeitung des DGB vom 17.5.74)

Schmidt selbst und die Gewerkschaftsführung versuchen, einen starken eisernen Kanzler aufzubauen. Das heißt jedoch nur, daß er den starken Mann spielen muß, weil die Unterstützung für ihn und diesen kapitalistischen Staat in der Arbeiterklasse und im Volk schwach ist. Hinter einem eisernen Kanzler steht die Staatsgewalt – aber nicht das Volk. Ein eiserner Kanzler bedeutet nur, daß der Gegensatz zwischen den arbeitenden Volksmassen und diesem kapitalistischen Staat sich verstärkt hat und daß die herrschende Klasse damit rechnen muß, daß er sich weiter verschärft. Den bürgerlichen Gewerkschaftsführern wird ihre Unterstützung für diesen Regierungskurs und diese Regierung nicht gut ausgehen. Den Kampf gegen die Verschlechterung der materiellen Lage werden die Lohnabhängigen gegen die falschen Führer der Gewerkschaften durchsetzen und diese weiter isolieren. Den Kampf um Rechte wird die Arbeiterklasse mit den Volksmassen gegen diese Regierung führen müssen. Und diese Regierung wird schneller kaputtgehen als die vorhergehende, denn das Harte bricht auch leichter. Doch dies wird ihr auf die Dauer nicht die reaktionäre von der CDU/CSU stärken, sondern die Arbeiterklasse und die Volksmassen stärken gegenüber der Kapitalistenklasse, die sich immer mehr hinter ihrer eisern klirrenden Staatsmacht einigeln wird.

–bb–

"Ich meine, man kann es wagen, in der Bundesrepublik zu investieren und Unternehmer zu sein. Man fährt nicht schlecht und es wird sich übrigens auch weiterhin ganz gut auszahlen! Pessimismus haben wir nicht nötig."

Willy Brandt in seiner Eröffnungsrede bei der Hannover Messe am 25.4.1974)

Warum und wie wir uns an Wahlen beteiligen

Der KBW wird zur Niedersachsenwahl noch keine Kandidaten aufstellen, jedoch mit aller Wahrscheinlichkeit die Aufstellung von Kandidaten für die Hessenwahlen beschließen. Im folgenden der Beschluß, der unsere Beteiligung an Wahlen begründet.

In der Erwägung, daß – die Arbeiterklasse die politische Macht erobern muß, um ihre soziale Revolution durchführen zu können und die Parlamente keine geeigneten Mittel dazu sind, vielmehr sich die Arbeiterklasse eigene Machtorgane wird schaffen müssen;

– die parlamentarische Demokratie, innerhalb derer die bürgerliche Klasse das politische Leben der Nation zu organisieren sucht, historisch mit dem Zeitpunkt überholt ist, wo die Bourgeoisie aufgehört hat, Repräsentant der fortschrittlichen Bestrebungen der Nation zu sein, was spätestens mit dem Eintritt in die imperialistische Phase des Kapitalismus der Fall war;

– die bürgerlichen Parlamente seitdem immer offenbarer zu Instrumenten des Volksbetrugs, der Stätten der Korruption und Bestechlichkeit geworden sind, wo bezahlte Agenten der bürgerlichen Klasse als Männer des Volkes auftreten;

– gleichzeitig die Parlamente immer mehr zur "public-relations"-Abteilung des ständig anschwellenden Staatsapparates verkommen;

– dieser objektive Funktionsverlust der Parlamente und die Verfaulungserscheinungen, die an diesen Einrichtungen eintreten, nicht automatisch begleitet werden vom Vertrauensverlust des Volkes in die Parlamente und von der Aktivität der Volksmassen beim Aufbau eigener, rätemäßiger Vertretungskörperschaften;

– vielmehr die Erkenntnis von der Untauglichkeit bürgerlicher Parlamente für die Herausbildung und die unumschränkte Herrschaft des Volkswillens durch aktive politische Aufklärungsarbeit der Kommunisten unter den Massen verbreitet werden muß;

– dazu die Beteiligung an Parlamentswahlen, wo das politische Interesse der Volksmassen gesteigert ist und die bürgerlichen Politiker gezwungen sind, unters Volk zu gehen, wo sie gestellt werden können und die Entsendung von Vertretern der revolutionären Arbeiterklasse in Parlamente geeignete Mittel sind, um in den Wahlen die eigenen Kräfte messen zu können und um auf der Bühne, welche sich die bürgerliche Klasse gezimmert hat, das Schmierentheater zu enthüllen, bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Vorstellung zu stören und die revolutionären Forderungen der Arbeiterklasse ins Volk zu tragen und die sozialistische Gesellschaft zu propagieren;

– die bürgerliche Klasse in Westdeutschland erkannt hat, welche Gefahr es für ihre Herrschaft darstellt, wenn das Parlament tatsächlich die Klassenkonflikte widerspiegelt und als Arena des Klassenkampfes von den Vertretern des revolutionären Proletariats genutzt wird;

– deshalb durch Einschränkungen im Wahlgesetz (5-Prozent-Klausel), Auflagen im Parteiengesetz und das juristisch jederzeit mögliche Verbot revolutionärer Parteien versucht wird, die westdeutschen Parlamente von Sprechern der revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse rein zu halten, was für die Kommunisten doppelter Anlaß sein muß, gegen diese Bestrebungen vorzugehen;

beschließt die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, daß der KBW nach Maßgabe seiner Kräfte sich an Wahlen zu Bundes-, Landes- und Kommunalparlamenten beteiligen und eigene Kandidaten dazu aufstellen wird. Über jeden einzelnen Fall einer Wahlbeteiligung entscheidet das Zentrale Komitee. – Wenn der KBW damit Rechte beansprucht, die jeder anderen Partei zukommen, so hält er gleichzeitig an seiner Auffassung fest, daß die Vereinigung der westdeutschen Kommunisten in einer Partei noch nicht gelungen ist und damit der Wiederaufbau der einen Kommunistischen Partei in Westdeutschland noch nicht abgeschlossen ist. Diese Tatsache aber hindert uns keineswegs, der bürgerlichen Klasse und ihren politischen Vertretern überall und unter Ausnutzung aller Rechte heute schon entgegenzutreten, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen für den Kommunismus und für die Revolution zu gewinnen. (beschlossen auf der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW)

geeignete Mittel sind, um in den Wahlen die eigenen Kräfte messen zu können und um auf der Bühne, wel-
die Revolution zu gewinnen. (beschlossen auf der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW)
die SPD sei dafür, daß sich die Eltern die Lehrer ihrer Kinder näher ansehen sollten. Wir forderten das Po-

Korrespondenzen zu den Wahlen in Niedersachsen

SPD: Linker Leim und hastiges Ende

Hannover. Zu den Landtagswahlen in Niedersachsen gehen die bürgerlichen Politiker wieder verstärkt unter das Volk. Wo die CDU mit der Losung "Ruhe und Ordnung" auf Stimmenfang geht, bietet die SPD von allem etwas an.

Der niedersächsische Ministerpräsident Kubel (SPD) gibt die Hauptlosung seiner Partei an: "Mit starker Hand für Niedersachsen."

Die Jusos und einige linke Ortsvereine in Hannover dürfen ihren Wahlkampfbeitrag unter der Parole führen: "Gegen die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik." So nahm der traditionsreiche Ortsverein Linden/Limmer den "Verfassungstag" zum Anlaß, eine Podiumsdiskussion gegen die Rechtsentwicklung durchzuführen.

Der Justitiar des Hauptvorstandes der IG Chemie und Mitglied des Landtags, Pennigsdorf, wieder Kandidat der SPD, gab eine Einschätzung aus seiner Sicht: Alle gesellschaftlichen Kräfte hätten nach 45 gelernt und an dem Grundgesetz gearbeitet, vor allem, um das Volk vor einem zu starken Staat zu schützen und die Freiheit der Parteien zu sichern.

In mehreren Beiträgen zeigten wir auf, daß ein Gesetz für zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Klasse wie die Arbeiterklasse und die Kapitalisten nicht gleich gut sein könne. Außerdem machten wir klar, daß das Volk sich vor dem bürgerlichen Staat schützen muß, der seine Machtorgane wie Polizei, Gerichte, Behörden und Schulapparat vom Volk getrennt hält und diese gegen das Volk einsetzt. Dabei seien ja besonders die SPD-Regierungen in den Ländern und im Bund federführend gewesen. Zum Beispiel Berufsverbote, Notstandsgesetze, Aufrüstung der Polizei, Bundesgrenzschutz usw.

Unsere Forderung nach Wahl und Abwahl der Lehrer und höheren Beamten durch das Volk, um den Gewaltapparat des bürgerlichen Staates für das Volk erreichbar zu machen, wurde von vielen Anwesenden durch Kopfnicken und Zustimmung unterstützt. Das Podium meinte dazu, auch die SPD sei dafür, daß sich die Eltern die Lehrer ihrer Kinder näher ansehen sollten. Wir forderten das Podium auf, ernsthaft zu antworten. Daraufhin meinten sie, mit der Wahl das würde denn doch ein wenig zu weit gehen, sie seien aber für Mitbestimmung der Eltern.

Gegen Schluß der Veranstaltung sollte eine Resolution gegen die Berufsverbote abgestimmt werden. Wir erweiterten die Entschließung mit der Forderung an den Personalrat der Landesversicherungsanstalt Hannover, alle Kräfte zu mobilisieren, um einen Kollegen der DKP, den das Berufsverbot getroffen hat, wieder einzustellen. Das Podium weigerte sich mit Händen und Füßen, stimmte aber einem Kompromißantrag einer DKP-Kollegin zu, die beiden Anträge getrennt abzustimmen. Nach Abstimmung der ersten Resolution aber wollte das Podium vom Zusatz nichts mehr wissen und löste ganz schnell die Veranstaltung auf.

Hier haben wir den Fehler gemacht, trotz der Empörung mehrerer Teilnehmer die Abstimmung nicht konsequenterweise weiter zu verfolgen. Wir beschränkten uns darauf, in einzelnen Gesprächen deutlich zu machen, wie es mit dem Verständnis der SPD, auch des linken Flügels, von der Selbstbestimmung des Volkes und seiner Demokratie steht.

Für viele wurde auf dieser Veranstaltung klarer, daß für die SPD das "linke" Auftreten der Leim ist, mit dem man gutgläubige Menschen lockt, um sie dann als Wählerstimme zu schlucken.

–U.B., Hannover–

Auf Fragen Redeverbot

In dem Ort Wehrstedt nahe Bad Salzdetfurth fand am 13. Mai eine Wahlveranstaltung der SPD statt. Es sprachen Hermann Rappe, MdB, und Leonhard Streloke, SPD-Kandidat für Wehrstedt und Betriebsratsmitglied bei FUBA, Hans Kolbe & Co.

Mitglieder des KBW meldeten sich auf dieser Versammlung zu Wort, wobei sie ihre Standpunkte zum Rücktritt Brandts erläuterten. Sie fragten Rappe, was er gegen die Arbeitslosigkeit zu tun gedenke und legten dar, warum es entgegen der Behauptung Rappes eine Reallohnsenkung gebe. Auf diese Fragen antwortete Rappe mit allgemeinem Geschwätz. Als er mit den Forderungen aus dem Programm des KBW konfrontiert wurde, stimmten er und die übrigen Mitglieder der SPD ein allgemeines Gegröle an. Antworten konnte niemand. Hektisch wurden die Sozialdemokraten jedoch, als man auf die Betriebe zu sprechen kam. L. Streloke wurde direkt auf seine Arbeit im Betriebsrat der FUBA angesprochen und gefragt, warum er nachts zu einem Kollegen geschlichen sei, um von diesem die Unterschrift unter eine Lohngruppenkündigung zu erschleichen. Den Genossen des KBW wurde das Wort entzogen. Ein Genosse sprach dennoch weiter und fragte Rappe, warum er auf dem Hohen Weg die Polizei geholt habe, als er von Genossen gefragt wurde, was er denn außer Arbeitslosigkeit und Polizeiknüppel zu bieten habe. Es entstand ein Tumult. SPD-Streloke schrie: "Sie haben hier keine Fragen zu stellen!", andere wollten die Polizei holen. Die Sozialdemokraten, konkreten Fragen ausgesetzt, wollten nicht antworten und reagierten mit Redeverbot. Dieses sollte mit Polizei durchgesetzt werden. Doch der Genosse ging nicht aus dem Saal und die Polizei wurde nicht geholt, da Streloke genau wußte, daß wir das in der Roten Antenne, der Zeitung der Betriebszelle bei FUBA, veröffentlichen würden. Davor hatte er Angst. Man erteilte uns nicht mehr das Wort. Kurz darauf wurde die Versammlung beendet.

Von den ca. 60 Besuchern sprachen 10 mit uns. Man hatte großes Interesse an unseren Vorstellungen. Wir diskutierten noch etwa eine Stunde mit Kollegen, wobei SPD-Streloke ständig um uns herum hüpfte und kläffte. Die Kollegen sollten sich nicht mit uns unterhalten. Doch die Kollegen kümmerten sich nicht darum, sondern sprachen weiter mit uns.

– T.B., Hildesheim –

CDU: Staatsaufsicht geht vor

DIE CDU SPIELT SICH AUF ALS VERTRETERIN DES VOLKES UND WILL DOCH NUR DIE REAKTIONÄRE STAATSAUFSICHT UND BEVORMUNDUNG VERSTÄRKEN

Oldenburg. Im Rahmen des Wahlkampfes für die Niedersächsischen Landtagswahlen führte die CDU mit ihren lokalen Landtagskandidaten eine Veranstaltung zum niedersächsischen Schulgesetz durch.

Trotz eines groß angelegten Werberummels für diese Veranstaltung erschienen nur ca. 40 Leute, was sicherlich auch darauf zurückzuführen ist, daß zur gleichen Zeit eine bildungspolitische Wahlveranstaltung der SPD und die Fernsehübertragung des Fußballeuropapokalspiels stattfanden.

In ihren einführenden Referaten kritisierten die CDU-Kandidaten einmütig, daß im niedersächsischen Schulgesetz die Rechte der Eltern viel zu kurz gekommen sind.

In der Diskussion beschränkten wir uns darauf, die Sorge der CDU um die Rechte der Eltern etwas näher zu beleuchten. So kritisierten wir zunächst, daß schon im SPD-Gesetz selbst nur eine Scheinmitbestimmung der Eltern in der Schulkonferenz besteht (maximal 5 Elternvertreter können an der Konferenz teilnehmen), daß aber die CDU die Zahl der Elternvertreter in der Schulkonferenz noch weiter reduzieren will. Für diese Kritik ernteten wir noch die Zustimmung der anwesenden Sozialdemokraten, so daß zu befürchten war, daß sich frühere Erfahrungen bestätigen: auf CDU-Veranstaltungen werden wir zu Wahlhelfern der SPD.

Das das jedoch nicht sein muß, zeigte sich, als wir die Mitbestimmungsdiskussion beendeten und stattdessen unsere Beiträge an den demokratischen Forderungen des Programms – vor allem 'Wahl der Lehrer durch das Volk' – ausrichteten. In einem Beitrag griffen wir Äußerungen der CDU-Kandidaten auf wie "wenn die Eltern nicht gezwungen wären, ihre Kinder in die Schule im Einzugsgebiet zu schicken, sondern wählen könnten, in welche Schule ihr Kind gehen soll, könnte es eine heilsame Lehre für Lehrer sein wenn die Eltern ihre Kinder aufgrund von Unzufriedenheit mit dem Unterricht in eine andere Schule schickten".

Wir interpretierten das so, daß die CDU dafür einträte, daß die Eltern bestimmen können, wer ihre Kinder unterrichtet. Durch Kopfnicken bestätigten die anwesenden CDU-Anhänger diese Position.

Darauf zeigten wir den klaren Widerspruch dieser Äußerung zu der praktischen Politik der CDU im Fall der Entlassung des DKP-Mitgliedes Hans-Joachim Müller aus dem Schuldienst auf. Obwohl die Mehrheit der Eltern dafür eintritt, daß Müller weiter ihre Kinder unterrichten soll, hat sich die CDU besonders stark dafür gemacht, daß er entlassen wird. Damit hatten wir die Vertreter der beiden großen Parteien gezwungen, die Katze aus dem Sack zu lassen. Die Sozialdemokraten versäumten es nicht, sich von uns zu distanzieren, die CDU-Vertreter gaben die scheindemokratische Einnebelungstaktik auf: nicht mehr Elternrecht sondern staatliche Schulaufsicht hieß jetzt ihre Parole.

Durch die ungünstige Zusammensetzung - fast nur CDU-Anhänger, wenige SPDler - hatten wir zwar kaum Zustimmung für unsere Positionen gefunden, aber wir haben gelernt, auf der Grundlage unserer Programmforderungen die bürgerlichen Politiker zu entlarven.

Erfolgloses Redeverbot

Bad Salzdetfurth. Am 15.5. besuchten wir zusammen mit Kollegen eine Wahlveranstaltung der CDU. Der Kandidat der CDU in Salzdetfurth, dem Wahlkreis 20, Götz Vahl, wollte sich vorstellen. Vahl sprach über die Ostpolitik, den Rücktritt von Brandt und über Wirtschaftspolitik.

Wir fragten, was er gegen die Arbeitslosigkeit in Bad Salzdetfurth tun wolle (86 Kollegen bei Fuba, 64 bei Petrick). Er sagte darauf, daß niemand einen Anspruch habe, seinen Arbeitsplatz zu behalten. Dann lamentierte er über "überhöhte" Lohnforderungen, weshalb die Kapitalisten wohl nicht mehr investieren wollten.

Vahl bewies, daß er ein tüchtiger Vertreter der Kapitalistenklasse ist. Konsequenterweise wurde uns auch sehr bald Redeverbot erteilt. Als wir uns jedoch nicht darum kümmerten, wußten sich die CDU-Leute nicht anders zu helfen, als die Versammlung kurzerhand zu schließen. Wir diskutierten hinterher noch über das Programm des KBW und die Kommunistische Volkszeitung.

–N., Bad Salzdetfurth–

Prozess gegen KBW-Genossen in Mannheim beginnt am 28.5.

Am Dienstag, dem 28. Mai 1974, um 14 Uhr beginnt beim Landgericht Mannheim ein Revisionsprozeß gegen mehrere Mitglieder des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) und der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg (KHG), der am Dienstag, dem 4. Juni, Mittwoch, dem 5. Juni und Freitag, dem 7. Juni fortgesetzt werden soll. Gegenstand des Revisionsverfahrens ist die Demonstration gegen den "Entwicklungshilfekongreß" in Heidelberg im Jahre 1970, die sich vor allem gegen den Kriegsverbrecher Mc Namara, der an dieser Konferenz teilnahm, und gegen den Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mocambique richtete. Aus Anlaß dieses Revisionsverfahrens wird der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) am 5. Juni um 19 Uhr im Kulturhaus in Mannheim-Käfertal eine Veranstaltung durchführen mit dem Titel "Die Völker der Welt werden siegen!". An dieser Veranstaltung werden auch Vertreter verschiedener Befreiungsbewegungen teilnehmen.

Was nützt dem Arbeitslosen das Geschwätz vom Grundgesetz?

Hildesheim. Alle bürgerlichen Parteien veranstalten in Hildesheim seit einigen Wochen einen großen Spektakel. Warum? Am 9. Juni sind in Niedersachsen Landtagswahlen. Wie jedermann weiß, ist dies die einzige Zeit, wo die Herren aus Stadtrat und Landtag, manchmal sogar aus dem Bundestag, herauskommen aus ihren großen Ledersesseln und komfortablen Villen, um große Reden zu halten.

Den kandidierenden bürgerlichen Parteien gemeinsam war, daß sie aus aktuellem Anlaß auf ihren Veranstaltungen das 25-jährige Bestehen der Bundesrepublik auf Grundlage des Grundgesetzes löblich hervortaten. Alle priesen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die soziale Marktwirtschaft. Wohin das in Artikel 14 des Grundgesetzes dokumentierte Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln geführt hat, beweist die Situation der Hildesheimer Arbeiter und ihre Zukunftsaussichten:

In zahlreichen Fällen gibt es Entlassungen, so bei Senking (Ölofen) 400, Fuba (Antennenwerk) 86, Petrick (Elektroindustrie) 64, bei Blaupunkt wurden 350 Kollegen wegrationalisiert. Bei Bosch, Phönix, Ahlborn (Maschinenfabrik), Kothe (Galvanisierungsbetrieb) stehen größere Entlassungen bevor. Kurzarbeit soll u.a. bei Blaupunkt und Bosch eingeführt werden.

Auf dem Arbeitsamt in Hildesheim (100 000 Einwohner) sind bislang 6 000 Kollegen arbeitslos gemeldet. Einer von ihnen bin ich. Meine Arbeitslosenunterstützung beträgt 180 DM im Monat. (Ich wurde gleich nach der Lehre "nicht weiterbeschäftigt".)

Und dann erzählen uns diese Klugscheißer von bürgerlichen Politikern etwas vom grandiosen Grundgesetz, das Sicherheit und Fortschritt für alle gewährleistet. Unsere Politiker sind das jedenfalls nicht – genauso wenig, wie das unser Grundgesetz ist!

– F.K., Hildesheim –

Nur für Parteien!

Mieterrat machte Informationsstand trotz Verbot auf dem Marktplatz

Göttingen. Im Zuge der Landtagswahlen müssen alle Parteien und ihre Vertreter im Stadtrat und Landtag nach vier Jahren mal wieder auf den Marktplatz kommen. Damit die Bevölkerung sich in dieser hohen Zeit auch wirklich nur auf ihre Versprechungen konzentriert, erheben sie von Anfang Mai bis zum 8. Juni Alleinanspruch auf den Marktplatz. Andere Informationsstände in dieser Zeit sind von der Bauverwaltung der Stadt Göttingen untersagt: "Der Rathausvorplatz steht jeden Samstag bis einschließlich 8.6.74 nur den politischen Parteien für ihre Informationsstände im Rahmen des Landtagswahlkampfes zur Verfügung." (Bauverwaltung)

So wurde auch der Informationsstand des Mieterrates Neustadt/Ost (ein Teil der Innenstadt) verboten, mit dem über die Sanierungspläne der bürgerlichen Parteien für die Innenstadt berichtet wurde. Solche Diskussionen auf dem Markt können den bürgerlichen Parteien natürlich nur schaden, weil – konfrontiert mit der Realität – die glanzseitigen Broschüren zum sozialen Wohnungsbau auf ihren Tischen den Glanz verlieren. Dagegen schützen können sie sich nicht mehr, auch nicht durch eine hinterlistige "Sondernutzungssatzung".

Wir haben den Stand natürlich trotzdem durchgeführt und in den Diskussionen festgestellt: Viele Menschen sind empört über die Wohn- und Mietpolitik des Stadtrates, die die Lebensbedingungen der Werktätigen erheblich verschlechtert und die Profite der Konzerne erhöht hat (letzte Woche erst wurde ein neuer Betonklotz des Warenhauskonzerns Hertie in der Innenstadt eröffnet). Diese Empörung, die sich auch in anderen Stadtteilen breit macht, müssen wir in einen politischen Angriff gegen den Stadtrat zusammenfassen, unter der Forderung, daß solche Volksvertreter wie der verantwortliche Stadtbaurat Wiltenstein weg müssen.

–A.S. und C.D., Göttingen–

10. Jugendkonferenz der IG Metall

GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG SICHERTE UNVEREINBARKEITSBESCHLUSS

Vom 9. bis 11. Mai fand in Oberhausen die 10. ordentliche Jugendkonferenz der IG Metall statt. Diese Konferenz ist die höchste Ebene der IG-Metall-Jugend. Dementsprechend wird ihr auch von der Gewerkschaftsführung große Bedeutung zugemessen. Bedeutung insofern, daß alles daran gesetzt wird, daß die Gewerkschaftsjugend nicht aus den Reihen springt und sich an die Politik der Gewerkschaftsführung hält. Die Grundlagen, um diesen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, wurden schon frühzeitig geschaffen.

Mitte bis Ende Januar wurde den Ortsverwaltungen mitgeteilt, daß bis zum 11. Februar die Anträge zur Konferenz bei den Bezirksleitungen vorliegen müssen. Bis dies dann die Ortsjugendausschüsse (OJA) erfuhren, gingen nochmals ein paar Tage vorbei und so blieb kaum noch Zeit, über die Anträge zu diskutieren.

Die gesamten Anträge, die an ein dickes Telefonbuch erinnern, gingen den Delegierten Anfang Mai zu. Wenn sie sie eine Woche vor der Konferenz bekamen, hatten sie Glück. Wir Delegierten fragten uns da schon, was mit den Anträgen vom 11. Februar bis Anfang Mai gemacht wurde? Doch dies merkten wir auf der Konferenz schnell. Die Bezirksleitungen und die Abteilung Jugend des Vorstandes hatten sie genau studiert und sich bestens auf alle kritischen Punkte vorbereitet. Die Antragskommission hatte alle Anträge mit einer Bemerkung versehen. Sie empfahl uns Zustimmung oder Ablehnung.

Um dem Ganzen den letzten Schliff zu geben, riefen die meisten Bezirksjugendsekretäre ihre Delegierten am Anreisetag in Oberhausen zusammen, um ihnen einzuschärfen, wie sie sich auf der Konferenz verhalten und wie sie abstimmen sollten.

"SOLIDARITÄT IST UNSERE KRAFT" – KEINE SOLIDARITÄT MIT WILLY BRANDT!

"Solidarität ist unsere Kraft" – das war das Motto der Konferenz. Nach dem Rücktritt Willy Brandts wurde es vom Hauptredner des ersten Tages, Eugen Loderer, dem 1. Vorsitzenden der IG Metall, zur Solidarität mit Willy Brandt umgewandelt. "Diese Republik kannte keinen Kanzler, der den Arbeitnehmern und ihren Organisationen näher gestanden hätte. Unser Bedauern über diesen Vorgang, unsere Solidarität mit dem Menschen Willy Brandt gehen Hand in Hand mit unserer Solidarität zu seiner Politik, mit dem Bekenntnis zu seinem Programm", meinte Loderer und zählte dann eine Reihe der sogenannten Reformen auf. Obwohl die Delegierten ihm viel Beifall zollten, lehnten 77 Delegierte und damit die Mehrheit es ab, einen Initiativantrag zu unterstützen, der zur "Solidarität mit Willy Brandt" aufrief. Sie hatten Brandts Verhalten bei den spontanen Streiks, beim Lohnkampf im öffentlichen Dienst, seine Initiative zum Wehrkundeerlaß und zum Radikalenerlaß noch nicht vergessen. Ein Kollege sagte dazu treffend: "Eine Glorifizierung und Heiligsprechung von Politikern kann uns nichts nützen. Wir müssen uns auf die eigene Kraft verlassen!"

MEHR ALS 240 ANTRÄGE LAGEN VOR

Nachdem anderthalb Tage mit Reden, Grundsatzreferaten, Tätigkeitsbericht und der Diskussion darum vergangen waren, ging die Diskussion über die Anträge los. Es war schon von Anfang an klar, daß die Zeit viel zu kurz war, um über alle 240 Anträge eine Diskussion führen zu können. Es wäre jetzt sehr langwierig, alles berichten zu wollen. Ein besonders wichtiger Punkt war die Debatte über die Anträge zum Unvereinbarkeitsbeschluß. Schon vor der Diskussion wurde viel darüber gemunkelt. Bezirksjugendsekretäre riefen ihre Delegierten und schworen sie auf den Unvereinbarkeitsbeschluß ein. Als dann die Diskussion um die Anträge begann, hatten wahrscheinlich viele Delegierte das Gefühl, daß hier etwas faul war. Da hielt nämlich eine Kollegin aus Darmstadt gleich zu Beginn einen ausformulierten Beitrag, den sie von drei Seiten Papier ablas, und der den Beiratsbeschluß bis ins letzte verteidigte und nur seinen Mißbrauch kritisierte. Jeder, der mit dieser Kollegin anschließend diskutierte, merkte sehr schnell, daß ihr Redebeitrag nicht von ihr stammen konnte, sondern daß er sorgfältig vorbereitet worden war. Seine Wirkung auf die Delegierten verfehlte er deshalb auch nicht. Denn in ihm wurde sehr schlau verfahren. Einerseits wurde die Kritik der Kollegen aufgenommen, daß es nicht richtig ist, fortschrittliche Kollegen aus den Gewerkschaften auszuschließen. Andererseits wurde die falsche Linie der KPD/ML in der Gewerkschaftsfrage dazu benutzt, um ausgiebig über die "Chaoten" herzuziehen und ihren Ausschluß aus den Gewerkschaften zu begrüßen. Mit diesem Redebeitrag und einem dazu passenden Initiativantrag, der den "Mißbrauch des Unvereinbarkeitsbeschlusses" verurteilte, gelang es, die Kritik der Gewerkschaftsjugend aufzufangen. Mit großer Mehrheit wurde für diesen Antrag gestimmt und nicht mehr als 30 Kollegen stimmten gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß. Mit den Mitteln des Ausschlusses soll die politische Herrschaft der bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft gesichert werden. In den Gewerkschaften soll die politische Meinungsbildung verhindert werden, eine Meinungsbildung, die geradlinig von den Interessen der Arbeiterklasse ausgeht und die Gewerkschaften zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse macht. Das ist das Ziel der Kommunisten, dahin drängt ein großer Teil der IG-Metall-Mitglieder. Mit den Gewerkschaftsausschlüssen wollen die bürgerlichen Machthaber das verhindern und ihre politische Führung der Klassenversöhnung sichern.

MACHEN WIR DIE GEWERKSCHAFTEN ZU KAMPFORGANISATIONEN DER ARBEITERKLASSE

Was das heißt, wurde mir auf der Konferenz so recht bewußt. Gerade hier zeigte es sich, wie falsch es ist, eigene Gewerkschaften aufzubauen und die bewußtesten Kollegen aus der IG Metall herauszuziehen. Denn wo führt das hin? Es führt dahin, daß wir der Partnerschaftsideologie, den Klassenversöhnlern in den Gewerkschaften das Feld räumen. Den Einfluß, den die Gewerkschaftsführung noch auf die Arbeiterklasse und die Arbeiterjugend hat, werden wir aber nur schlagen, wenn wir uns öffentlich mit ihren Positionen auseinandersetzen, uns nicht davor scheuen.

Die Bundesjugendkonferenz war eine Möglichkeit, diesen Kampf voranzutreiben. Noch waren die Kommunisten dort schwach vertreten. Doch sicher hat mancher unserer Diskussionsbeiträge den Kollegen Anlaß zum Nachdenken gegeben. Wesentlich wird es für uns aber sein müssen, die Diskussion im Betrieb anhand der täglichen Kämpfe voranzutreiben.

– M./Red. –

Versicherungsangestellte kämpfen für bessere Bezahlung

So heißt die Hauptparole, die seit dem 8. Mai am Informationsstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) hier in Köln flattert.

WORUM GEHT ES?

Nach drei Verhandlungsterminen, zwei Schlichtungsterminen und 14 Tagen "Bedenkzeit" haben die Versicherungskapitalisten das Schlichtungsergebnis abgelehnt (ab 1.4. 12 % mehr Gehalt, ab 1.12. weitere 2 %, ab 1.1.1975 zusätzlich 13 DM vermögenswirksames Sparen). Stattdessen haben sie empfohlen, ab 1.4. freiwillig 11 % mehr Gehalt zu zahlen. Ihre Begründung: Die Inflation trifft die Versicherungen immer sehr stark. Sie könnten deshalb nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen und als erster Wirtschaftszweig mehr als 11 % zahlen.

Wie fadenscheinig diese Begründung ist, zeigt sich allein schon in der chemischen Industrie, wo zur gleichen Zeit Abschlüsse über 11 % getätigt wurden.

Für uns heißt die "freiwillige Zahlung" von 11 %: Abbau des Reallohns und ständige Unsicherheit, denn zur Zeit können die Versicherungskapitalisten soviel Gehalt zahlen, wie es ihnen gerade paßt.

Da die Ortsverwaltung der Gewerkschaft HBV völlig inaktiv blieb, haben wir in der Fachgruppe Aktionen beschlossen. Vor mehreren Kölner Versicherungen wurden morgens Flugblätter verteilt. Zum Feierabend haben wir einen Stand und Informationsständer aufgebaut. Gleichzeitig wurden Unterschriften gesammelt mit der Forderung nach sofortiger Urabstimmung und nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Während der Informationsstand mehrmals sehr ungünstig aufgestellt worden war und die Resonanz entsprechend gering blieb, war die Unterschriftenaktion bei mehreren Betrieben ein großer Erfolg.

–KBW-Versicherungszelle, Köln–

IG Druck Demonstration



Stuttgart: 1 200 Mitglieder der IG Druka, vor allem Journalisten, demonstrierten am 18. Mai gegen die Zusammenlegung von Zeitungen und den Abbau der Arbeitsplätze. Der KBW verteilte auf der Demonstration eine KVZ-Extra, in der aufgezeigt wurde, daß nicht unter Mitbestimmungsparolen der Kampf für die Sicherheit der Arbeitsplätze erfolgreich geführt werden kann. Die Gewerkschaftsführung führte einen Schweigemarsch durch. Desto klarer waren die Sprechchöre von Heidelberger und Mannheimer Kollegen zu verstehen: "Gegen Rationalisierung und Arbeitshetze unseren entschiedenen gewerkschaftlichen Kampf!" – "Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!" – "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes; vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!"

IGM Delegierter entlassen

IG METALL VERWEIGERT RECHTSSCHUTZ

Emmendingen. Am 8.5.74 wurde dem Kollegen Franz Keldermann fristlos gekündigt, wegen unerlaubten Fernbleibens von der Arbeit. Der Kollege Keldermann ist beschäftigt bei der Firma Klöckner-Ferromatic, Malterdingen. F. Keldermann, Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IGM, Verwaltungsstelle Freiburg, Kandidat der Jugendvertreterwahlen bei Klöckner, war von der Jugendmitgliederversammlung der IGM als Delegierter für die vom 9. bis 11.5.74 stattfindende Bundesjugendkonferenz der IGM gewählt worden. Vom Personalbüro ließ er sich auf einem Formular der Gewerkschaft den Lohnausfall für die drei Tage bestätigen. Doch dem Produktionsleiter paßte es nicht, daß der Kollege auf die Konferenz gehen wollte und er genehmigte keinen Urlaub. Kollege Keldermann ließ sich davon nicht einschüchtern und ging trotzdem auf die Konferenz.

Als er trotz der fristlosen Entlassung wieder zur Arbeit erschien, wurde er von der Geschäftsleitung sofort nach Hause geschickt. Diese Entlassung stellt einen massiven Angriff von Seiten der Klöckner-Kapitalisten auf die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit und auf das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb dar. Denn was nützt uns ein Delegierter auf einer gewerkschaftlichen Konferenz, wenn er nicht hinkann?

Doch die beste Unterstützung erhielt dieser Angriff der Geschäftsleitung durch Betriebsratsvorsitzenden Heinze, Mitglied des Gesamtbetriebsrats der Klöckner-Ferromatik-Gruppe. Heinze hatte bereits einige Wochen zuvor seine Einstellung zum Kollegen Keldermann gezeigt.

Damals strich er den Namen des Kollegen Keldermann von der Kandidatenliste der Jugendvertreterwahl mit der Begründung, Jugendvertreter könne nur werden, wer 6 Monate im Betrieb ist. Das stimmt nicht und der Name mußte wieder eingesetzt werden.

Auch jetzt bei der Kündigung zeigte der Betriebsratsvorsitzende sein wahres Gesicht: Auf die Frage von den Kollegen, ob denn der ganze Betriebsrat der Kündigung zugestimmt habe, schrie Heinze den Kollegen Keldermann an, daß ihn das nichts angehe.

Na gut, denkt man. Da findet ein massiver Angriff auf die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit statt, da muß doch eigentlich die IG Metall sofort vor Gericht ziehen. Denkste.

Als Kollege Keldermann zur DGB-Rechtsstelle und zur IGM ging, da lehnte es Josef Guski, 1. Bevollmächtigter der IGM Freiburg, ab, Rechtsschutz zu gewähren.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Vor gut einem halben Jahr hatte die örtliche Gewerkschaftsführung schon, allerdings erfolglos, versucht, den Kollegen wegen Mitgliedschaft im KBW aus der IG Metall auszuschließen. Sie wollten einen unbequemen Kritiker loswerden, der zum Beispiel die Zusammenarbeit des DGB-Vorsitzenden Jorzig mit dem Verfassungsschutz zur Bespitzelung fortschrittlicher Kollegen offen angeklagt hatte. Jetzt versuchen sie es auf diesem Weg im direkten Zusammenspiel mit den Kapitalisten. Das sind schon ungeheuerliche, gewerkschaftsschädigende Methoden.

Solche Leute wie Betriebsratsvorsitzender Heinze, IGM-Bevollmächtigter Guski und DGB-Chef Jorzig kann die Arbeiterklasse auf keinen Fall brauchen. Diese Leute arbeiten, zum Teil bewußt, mit den Kapitalisten zusammen. Was wir brauchen sind kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften, die uns wirklichen Schutz bieten können gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse.

Sofortige Wiedereinstellung von Franz Keldermann!

Rechtschutz durch die IG Metall!

Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!

–Betriebszelle Klöckner

VERTRETERVERSAMMLUNG NORDBADEN:

6 GEWler ausgeschlossen

Der GEW-Vorstand von Nordbaden hatte den Ausschluß von insgesamt sieben Kollegen beschlossen (siehe KVZ Nr.5/74). Die Kollegen hatten Einspruch eingelegt, der nun von der Vertreterversammlung Nordbaden am 17. Mai entschieden werden mußte. Die Kollegen hatten unter anderem in Stuttgart als GEWler an einer Demonstration gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst und gegen die Berufsverbote teilgenommen. Das war den bürgerlichen Machthabern in der GEW zuviel.

Die Gewerkschaftsführung versuchte, die Verbreitung einer Solidaritätserklärung mit den betroffenen Kollegen durch eine einstweilige Verfügung zu verhindern, was ihr nicht gelang. Auf der Vertreterversammlung durften die Ausgeschlossenen eine "persönliche Erklärung" – freilich nicht länger als 5 Minuten – abgeben. Die Ausgeschlossenen nutzten die Zeit, um die mitgliederfeindliche Politik der Vorstände zu entlarven. Sie setzten die Forderung nach der Einheitsgewerkschaft gegen die Versuche, aus der GEW eine SPD-Richtungsgewerkschaft zu machen. Sie forderten die öffentliche Kontrolle des Schulwesens und kritisierten die Verfilzung der Vorstände mit der Schulaufsichtsbehörde. Sie forderten die Abschaffung des Beamtenrechts und die Wahrnehmung des Streikrechts, das notwendig ist, um dem Staat als Arbeitgeber die Forderungen der Kollegen nach einheitlicher Besoldung und Verbesserung der Arbeitssituation abtrotzen zu können. Sie zeigten auf, daß die Gewerkschaftausschlüsse nichts anderes bedeuten als die Vorwegnahme der Berufsverbote durch den Staat.

Der Vorsitzende der GEW Baden-Württemberg, Vergin, leugnete den Interessengegensatz der Gewerkschafter zum Arbeitgeber Staat. Der Staat sei doch "unser Staat", den man nicht wie 1933 zerschlagen lassen wolle. Als ob die Kommunisten und Gewerkschaftsmitglieder die Machtergreifung der Faschisten verursacht und gefördert hätten.

Den Kampf gegen die Berufsverbote, der den Beschäftigten im öffentlichen Dienst vom Staat durch die Ministerpräsidentenbeschlüsse aufgezwungen wurde, diffamierte der Mannheimer Bezirksvorsitzende Burck als "sattsam bekanntes Lieblingsthema des Kollegen Stallknecht".

Die Kandidatur des Kollegen R. Stallknecht zum Vorsitz der Fachgruppe Grund- und Hauptschule ist für Burck bloß noch "Eroberung gewerkschaftlicher Machtpositionen im Sinne des bekannten Strategiepapiers des Kommunistischen Bundes Westdeutschland". Natürlich durften die Ausgeschlossenen zu den antikommunistischen Haßtiraden und zum Denunziantentum Burcks keine Stellung nehmen. Obwohl sich bei vielen Vertretern die Meinung festgesetzt hatte, Kommunisten als aktive Gewerkschafter müßten ausgeschlossen werden, gab es auch Vertreter, die klarmachten, wohin die Politik der GEW-Führung läuft: zur Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften.

Vergin hat auf der Vertreterversammlung selbst ausgesprochen, daß mit dem letzten Mittel, das der GEW-Führung bleibt, nämlich dem Ausschluß, die Probleme nicht beseitigt sind. Auch die Einführung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wird die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Forderungen der Mitglieder und der Abwiegelei der GEW-Führung nicht verhindern können.

Auf dieser Vertreterversammlung der GEW Nordbaden konnte sich die Vorstandspolitik jedoch noch klar durchsetzen, denn die Vertreterversammlung übertraf die für den endgültigen Ausschluß notwendige Zweidrittelmehrheit. Lediglich bei der Kollegin Fischer wurde die Zweidrittelmehrheit verfehlt.

–rs–

BUNDESDELEGIERTENKONFERENZ DER GEW IN MAINZ

Vom 5. bis 8. Juni findet in Mainz die Bundesdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft statt. Der Vorstand ist aber offensichtlich in keiner Weise daran interessiert, daß dieser Konferenz eine breite innergewerkschaftliche Debatte über die Anträge zu dieser Konferenz und über die Wahl der Delegierten vorausgeht.

Auch im Bezirksverband Frankfurt wollte der Vorstand keine Mitgliederversammlung durchführen. Aber mit einer Unterschriftenresolution unter den Mitgliedern erzwangen dort die Kollegen am 21. Mai eine außerordentliche Mitgliederversammlung, auf der über 350 GEW-Mitglieder anwesend waren. Mit großer Mehrheit verabschiedeten sie dabei die folgende Resolution, die wir auszugsweise veröffentlichen:

"*. . . Die am 17. Februar 1974 vom Hauptvorstand verabschiedeten "Abgrenzungsbeschlüsse" haben zwei wesentliche Zielsetzungen:*

Ausschlußandrohung gegen 'Kommunisten und deren Sympathisanten';

fundamentale Eingriffe in die Rechte der Mitgliederversammlungen durch Änderung des Wahlverfahrens für gewerkschaftliche Funktionsträger. . . .

Die Mitgliederversammlung des BV Frankfurt lehnt sowohl die Abgrenzungsbeschlüsse als auch die geplanten Satzungsänderungen ab und fordert die Bundesvertreterversammlung auf, alles zu tun, um eine solche Entwicklung zu verhindern und für die uneingeschränkte innergewerkschaftliche Demokratie einzutreten.

Die Mitgliederversammlung des BV Frankfurt besteht auf den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und der innergewerkschaftlichen Demonkratie!

Die Mitgliederversammlung des BV Frankfurt wendet sich deshalb nicht nur gegen innergewerkschaftliche Abgrenzungsbeschlüsse, sondern auch gegen alle Versuche, über Eingriffe in die Rechte der Mitgliederversammlungen die gewerkschaftliche Basis zu schwächen!"

Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Unter diesen Parolen haben am 1. Mai in zahlreichen Städten Westdeutschlands und in Westberlin Gewerkschaftsmitglieder an den gewerkschaftlichen Maidemonstrationen teilgenommen und haben damit zum Ausdruck gebracht, was die Arbeiter und Angestellten brauchen und was sie nicht brauchen können: Sie brauchen die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes und lehnen jede Spaltung und Ausschlußpraxis zugunsten einer weiteren Umwandlung der Einheitsgewerkschaften in SPD-hörige Parteipfründenklüngel ab. Dies war die Meinung des größten Teils aller Gewerkschaftmitglieder, die am diesjährigen 1. Mai auf die Straße gegangen sind und an den Maikundgebungen teilgenommen haben. Alles andere schwächt die Arbeiter und Angestellten im Kampf gegen die Kapitalisten.

Die Gewerkschaftsführung, die sich mit Haut und Haaren de, SPD-Regierung und der friedlichen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten verschrieben hat, ist da ganz anderer Meinung: Sie versucht alle aus den Gewerkschaften hinauszuwerfen, die für die Interessen ihrer Klasse konsequent eintreten, gegen die Kapitalisten kämpfen und deshalb auch gegen die Bundesregierung und den Kurs der Gewerkschaftsführung auftreten. Zu diesem Zweck hat sie die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im letzten Jahr gefaßt. Dabei hat sie sich die falsche "RGO"-Politik einiger in der Gewerkschaft gar keine Rolle spielenden Organisationen zum Vorwand genommen, um gegen alle klassenbewußten und revolutionären Gewerkschafter vorzugehen, insbesondere gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften.

Im Laufe des letzten Jahres hat die Gewerkschaftsführung viele unserer Mitglieder aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, hat ihnen Reverse vorgelegt oder hat Ausschlußverfahren gegen sie eingeleitet, obwohl der Kommunistische Bund Westdeutschland niemals eine "RGO"-Politik vertreten hat, sondern stets gegen diese aufgetreten ist und entschlossen für die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes eingetreten ist. Dabei haben wir natürlich die Gewerkschaftsführer und jene Gewerkschafter, die die Interessen der Bundesregierung über die Interessen der Arbeiter und Angestellten stellen, scharf kritisiert. Sie sind es nämlich, die die Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes verhindern und damit die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächen.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER LEITEN EINE NEUE AUSSCHLUSSWELLE EIN

Am 1. Mai hat die Linie der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes weitere Erfolge erzielt! Nirgendwo konnte sie von den Gewerkschaftsführern unterdrückt werden. In einigen Städten war die Gewerkschaftsführung fast vollständig isoliert.

Jetzt nach dem 1. Mai versucht sich die Gewerkschaftsführung zu rächen und ihre Spalterpolitik fortzusetzen, die am 1. Mai unter den Augen der versammelten Gewerkschaftsmitglieder nicht erfolgreich durchgesetzt werden konnte. Sie leitet eine neue Ausschlußwelle ein. Immer deutlicher wenden sich diese Ausschlüsse vor allem gegen die Mitglieder des KBW oder gegen Gewerkschaftsmitglieder, die mit dem KBW zusammenarbeiten. Unmittelbar nach dem 1. Mai hat die örtliche Gewerkschaftsführung in Wolfsburg gegen das Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees einen Ausschlußantrag ohne Verfahren an den Hauptvorstand der IG Metall gestellt. Dieter Bock war bis zu seiner Wahl in den Ständigen Ausschuß Vertrauensmann bei Teves in Wolfsburg gewesen. Ebenfalls einen Ausschlußantrag ohne Verfahren hat die örtliche IG Druck-Führung in Osnabrück gegen das Mitglied des ZK des KBW Jockel Detjen gestellt, der ebenfalls Vertrauensmann ist und wie Dieter Bock langjähriges Gewerkschaftsmitglied.

Diese Ausschlußverfahren haben keinerlei anderen Grund als daß Dieter Bock und Jockel Detjen Mitglieder der Leitung des KBW sind, der von der Gewerkschaftsführung frecherweise als gewerkschaftsfeindliche Organisation eingestuft wird, obwohl jedermann weiß, daß wir stets innerhalb der Gewerkschaften die Interessen der Gewerkschaften gegen ihre der Gewerkschaft schadenden Führer vertreten haben.

In Bremen sind nach dem 1. Mai in verschiedenen Einzelgewerkschaften Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil die betreffenden Gewerkschaftsmitglieder an einer Demonstration des KBW zum 1. Mai teilgenommen haben, wo dreitausend Menschen sich hinter den Parolen "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!", "Für kampfstarke, klassenbewußte Einheitsgewerkschaften! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!" zusammengeschlossen hatten. Auf dem Bremer Vulkan sind jetzt vier weitere Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet worden wegen Zugehörigkeit zu einer gegnerischen Organisation, wobei in drei Fällen der KBW, in einem Fall die Gruppe Rote Fahne (KPD) gemeint ist.

In Wolfsburg laufen mehrere Ausschlußverfahren gegen Gewerkschaftsmitglieder, die im Rahmen gewerkschaftlicher Gremien zu einer Maidemonstration aufgerufen hatten. In Nordbaden-Nordwürttemberg sind sieben GEW-Mitglieder wegen Mitgliedschaft im KBW bzw. wegen dessen Unterstützung ausgeschlossen worden.

WIE MÜSSEN WIR NUN GEGEN DIESES BLINDWÜTIGE, ABER SYSTEMATISCHE VORGEHEN DER GEWERKSCHAFTSFÜHRER VORGEHEN?

Das wichtigste ist, daß wir die Hauptsache nicht aus den Augen verlieren: den Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften auf der Linie des konsequenten Klassenkampfes gegen die Kapitalisten, und daß wir uns nicht in ein von dieser Hauptsache losgelöstes Gefecht mit den Gewerkschaftsführern verwickeln lassen. Das würden sie gerne sehen, denn bald würde die ganze Sache als Streit zwischen Politikern erscheinen, die die Gewerkschafter wenig angeht. In diese Falle werden wir also nicht tappen.

Stattdessen werden wir den Kampf gegen die Ausschlüsse so führen, wie wir überhaupt den Kampf um die Gewerkschaften führen: Wir werden positive Vorschläge machen für die gewerkschaftliche Arbeit, Vorschläge, die dem Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten nützen, und werden in jedem einzelnen Ausschlußverfahren, wie in den Ausschlußverfahren insgesamt, herausarbeiten, was wir für Vorschläge gemacht haben und für was wir positiv eintreten und was dagegen die Gewerkschaftsführung vorgebracht hat und für was sie eintritt. Wir werden sagen, ihr wollt uns rauswerfen, aber was habt ihr gemacht, als wir hier für eine Teuerungszulage als wir hier für eine Teuerungszulage gekämpft haben? Was habt ihr gemacht in der Tarifrunde, als wir für Mark- und Pfennigbeträge eingetreten sind, als wir dann während des Streiks mit Streikposten gestanden sind, als wir zusammen mit den anderen Kollegen gegen die Schlichtungsergebnisse waren und ihr einen Abschluß gemacht habt, den die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt hat?

Immer wird es darauf ankommen, daß wir uns durch die Gewerkschaftsführung nicht isolieren lassen, daß wir sofort die in unserer Abteilung organisierten Gewerkschaftsmitglieder informieren und zur beschlußmäßigen Stellungnahme auffordern und dies stets mit Vorschlägen damit verbinden, wie der Kampf gegen die Kapitalisten weiter geführt werden muß, und wie das geschehen soll, wenn aktive Gewerkschaftsmitglieder rausgeschmissen werden, weil sie für den Sozialismus sind statt für die Bundesregierung.

Auf keinen Fall werden wir uns vor unserer Linie abbringen lassen: Kampf in den Gewerkschaften um die Gewerkschaften, Herstellung der Gewerkschaftseinheit auf dem Boden des Klassenkampfes. Wir werden uns auch nicht dahin drängen lassen, daß wir eigene gewerkschaftliche Organisationsformen aus dem Boden zu stampfen versuchen, bloß weil sich herausstellt, daß der Kampf in den Gewerkschaften schwer ist und langwierig. Stattdessen werden wir versuchen, durch unsere positiven Vorschläge für die gewerkschaftliche Arbeit in der persönlichen Überzeugungsarbeit unter den Kollegen die Gewerkschaftsarbeit voranzubringen und die Bedingungen für unsere Wiederaufnahme zu schaffen. Dies wird umso besser möglich sein, wenn es uns gelingt, für jeden Rausgeworfenen mehrere Nachfolger zu gewinnen, die auf der gleichen Linie in den Gewerkschaften weiterarbeiten.

Auch als Ausgeschlossener kann man in den Gewerkschaften arbeiten, denn die Gewerkschaften sind die Mitglieder der Gewerkschaften.

Niemals wird es den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gelingen, die Kommunisten in den Gewerkschaften auszurotten, wenn die Kommunisten richtig in den Gewerk schaften arbeiten. Dies ist unsere feste Überzeugung und sie stützt sich auf Erfahrungen.

Joscha Schmierer

Die Ausschlüsse bekämpfen

ZK–MITGLIED DES KBW NIMMT STELLUNG ZUM AUSSCHLUSS AUS DER IG DRUCK

Am 11.5.1974 wurde ein Ausschlußantrag gegen mich vom Ortsvorstand Osnabrück beim Hauptvorstand der IG Druck und Papier gestellt. Der Ortsvorstand bezog sich auf den Unvereinbarkeitsbeschluß in der IG Druck und Papier, nach dem die Mitgliedschaft in kommunistischen Organisationen wie dem KBW unvereinbar ist mit der Gewerkschaftsmitgliedschaft. Bei der Abstimmung konnte sich der Beschluß im Ortsvorstand mit sieben gegen drei Stimmen durchsetzen.

Diesen Antrag konnte der Ortsvorstand endlich stellen, da er eine "greifbare Begründung" für einen Ausschluß hatte: Auf der Veranstaltung der KBW-Ortsgruppe Osnabrück zum 1. Mai hatte ich als ZK-Mitglied gesprochen, und dies wurde bereits vorher auf Plakaten und Flugblättern angekündigt.

Der Osnabrücker Gewerkschaftsführung bin ich schon seit längerer Zeit ein Dorn im Auge, denn innerhalb der Gewerkschaft bin ich als KBW-ler bekannt, man konnte es nur nicht "stichhaltig" beweisen, um einen Ausschlußantrag zu stellen. In der IG Druck und Papier war ich Vertrauensmann. In den Gewerkschaften wurde ich vor allem dadurch bekannt, daß ich 1971 Vorsitzender des DGB-Kreisjugendausschusses war und weiterhin oft auf gewerkschaftlichen Versammlungen wie zum Betriebsverfassungsgesetz, den Bundestagswahlen usw. aufgetreten bin sowie an DGB-Delegiertenkonferenzen teilgenommen habe. Dabei konnte ich die Sympathie nicht weniger Kollegen erringen. Zuletzt bin ich auf der Veranstaltung des DGB Osnabrück beim Brandt-Besuch au.getreten und habe "Willy" nach den Genscher-Thesen und den selbständigen Streiks im letzten Jahr befragt. Er antwortete mir, "daß im öffentlichen Dienst nicht auf Kosten der Steuerzahler gestreikt werden soll und ... daß die Streiks im letzten Jahr von Radikalen organisiert worden wären und diese deshalb abgelehnt werden müssen."

Willy Brandt hat zwar daraufhin Beifall von den anwesenden Betriebs- und Personalräten erhalten (die zumeist Mitglieder der SPD waren), aber geheuer war den Kollegen und der Gewerkschaftsführung dieses Auftreten nicht. Der Gewerkschaftsführung paßte es überhaupt nicht, daß auf der Veranstaltung mit "Willy" ein heißes Thema angeschnitten wurde, denn im letzten Jahr hatte es auch in Osnabrück Streiks gegeben. In diesen Streiks gab es eine deutliche Konfrontation zwischen den Kollegen und der Gewerkschaftsführung, die auch auf einer Veranstaltung mit den ausländischen Kollegen bloßgestellt wurde und kleinlaut versprach, es künftig besser zu machen.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung will mit derartigen Ausschlußanträgen wie gegen mich ihre Politik durchsetzen. In der örtlichen Auseinandersetzung versucht sie, mich zum Schweigen zu bringen. Das wird ihnen aber nichts helfen, denn geschwiegen wird von den Osnabrücker KBW-Mitgliedern in den Gewerkschaften im allgemeinen nicht, sondern unsere Mitglieder werden meine Arbeit weiterführen, die Machenschaften der Gewerkschaftsführer entlarven und den Kampf gegen die Kapitalistenklasse in den Betrieben organisieren. Auch wenn sie mich aus der Gewerkschaft ausschließen werden, werde ich weiterhin als Arbeiterpolitiker unter den Kollegen auftreten und gemeinsam mit ihnen für meine Wiederaufnahme kämpfen.

Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaftsführern wird in Osnabrück nicht nur in den Gewerkschaften geführt, sondern auch auf der Ebene der Kommunalpolitik, denn der erste Bevollmächtigte der IGM, Weber (SPD), ist nicht nur der mächtigste Mann im DGB-Haus, sondern auch gleichzeitig Oberbürgermeister (in Niedersachsen ein "ehrenamtlicher" Posten). Ahnlich ist es beim DGB-Kreisvorsitzenden Nettelstrot (CDU): Fr ist Mitglied im Stadtrat

Die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung am Ort ist ein Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien und dem KBW, in dem die bürgerlichen Parteien unseren wachsenden Einfluß fürchten. Nicht ohne Grund hat der DGB-Kreisvorsitzende Nettelstrot am 1. Mai dieses Jahres eine Hetzrede gegen uns gehalten.

In der IG Druck und Papier war ich Vertrauensmann und es ist mir gelungen, im eigenen Betrieb und in anderen Betrieben Sympathie unter den Kollegen zu erwerben. Da ich in zwei der drei größten Druckerei-Betriebe Osnabrücks schon gearbeitet habe und dort bereits als Lehrling mit den älteren Kollegen zusammengekommen bin, wurde ich im Laufe der Zeit bekannt. Ich habe aber auch Nackenschläge einstecken müssen, als ich zum 1. Mai 1973 ein Mai-Komitee mitgründete und damit eine gewerkschaftsoppositionelle Linie vertrat, also eine falsche Linie zur Gewerkschaftsarbeit zugrunde legte. Ich bin aus diesem Grunde als örtlicher Jugendleiter der IG Druck und Papier zurückgetreten, weil ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr das Vertrauen der Kollegen hatte. Ich habe diesen Fehler auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung selbstkritisch festgestellt, nachdem wir das in der Organisation ebenfalls geklärt hatten. Während des nächsten Jahres konnte ich den verlorenen Boden wieder zurückgewinnen und wurde in meinem Betrieb von den Kollegen zum Vertrauensmann ernannt. Im Vertrauenskörper und auf Gewerkschaftsversammlungen konnte ich durch mein Auftreten und durch meine Arbeit als Vertrauensmann Kollegen für unsere Meinung gewinnen.

Zusammen mit anderen fortschrittlichen Kollegen haben wir in der letzten Tarifrunde lineare Lohnforderungen durchgesetzt. Hierbei hatte es Auseinandersetzungen gegeben, denn viele Maschinensetzer, die im allgemeinen mehr verdienen, sprachen sich gegen lineare Lohnforderungen aus. Auch hatte der zweite Vorsitzende des Landesbezirks Niedersachsen. Rodewig, auf einer Vertrauenskörpersitzung gegen unsere Forderungen ohne Erfolg polemisiert und versucht, unsere Forderungen lächerlich zu machen.

Obwohl der Ausschlußantrag im Ortsvorstand durchkam, konnten sich die Antragsteller selbst mit dem Ausschlußantrag politisch nicht im vollen Umfang durchsetzen. Außer den drei Gegenstimmen vertrat ein Kollege noch den Standpunkt, daß er zwar gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sei, aber sich an die demokratischen Spielregeln in der IG Druck und Papier halten müsse. Er stimmte deshalb für meinen Ausschluß.

Daß die Gewerkschaftsführung sich durch den Unvereinbarkeitsbeschluß eben nicht an demokratische Regeln hält, sondern sich durch Ausschlüsse von oben gegen Widerstand von unten sichern will und für ihre Interessen der Einheitsgewerkschaft bewußt schadet, muß in unserer Auseinandersetzung deutlich festgestellt werden. Anfang Juni wird in Osnabrück eine örtliche Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier stattfinden. Bis dahin ist es die Aufgabe, in den Betrieben die Diskussion über den Ausschlußantrag aufzunehmen.

Jockel Detjen
(Mitglied im ZK und Sekretär der Ortsgruppe Osnabrück)

4 Ausschlüsse bei Vulkan

Am letzten Mittwoch wurde auf der Betriebsratssitzung des Bremer Vulkan bekannt, daß gegen 4 kommunistische Gewerkschafter ein Ausschlußantrag aus der IG Metall gestellt worden ist. Die Antragsteller, soweit bekannt: ein SPD-Betriebsrat, der nach dem selbständigen Streik im letzten Sommer seine Freistellung verlor und zurück an die Werkbank mußte, der Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe, ein Meister und ein Kalkulator. Die IG-Metall-Ortsverwaltung Bremen hat dem Ausschlußantrag sofort zugestimmt. Begründung für die Anträge: Unterstützung der Parolen des KBW bzw. der Gruppe Rote Fahne und das Auftreten der 4 kommunistischen Gewerkschafter auf der Streikversammlung auf dem Vulkan am Tage der Urabstimmung nach dem Metaller-Streik. Gerade diese 4 Genossen waren auf der Versammlung nach dem Ende des Metallerstreiks aufgetreten und hatten das Ergebnis des Tarifkampfs verurteilt, die Politik von Loderer und von vom Steeg als gewerkschaftsschädigend gekennzeichnet und deren Abwahl und Ausschluß aus der IG Metall gefordert. In wenigen Tagen hatten über 1 000 Kollegen durch ihre Unterschrift diesen Ausschlußantrag unterstützt (vgl. KVZ Nr. 7/74). Die Vulkan-Kollegen sind empört darüber, daß hinter ihrem Rücken gegen diese 4 kommunistischen Gewerkschafter der Ausschlußantrag gestellt ist und sie nicht selbst als Gewerkschaftsmitglieder dazu Stellung nehmen können, wo sie doch die Kollegen als Vertreter ihrer Interessen kennen. Besonders empört sind sie, daß die Ortsverwaltung der IG Metall diesen Ausschlußanträgen sofort zustimmt, während die Anträge von 1 000 Vulkanesen gegen Loderer und vom Steeg überhaupt nicht behandelt wurden. So kamen am Freitag in wenigen Stunden genügend Unterschriften für eine außerordentliche Vertrauensleutesitzung zur Beratung über die Ausschlußanträge zustande, auf Branchenversammlungen und durch Unterschriften haben viele Kollegen eine sofortige IG-Metall-Mitgliederversammlung auf dem Vulkan gefordert, auf der die Ortsverwaltung zu den Ausschlußanträgen Stellung nehmen muß.

Weitere Ausschlußanträge hat die Ortsverwaltung Bremen bei VFW gegen 4 kommunistische Gewerkschafter gerichtet und gegen den Vorsitzenden des IG-Metall-Ortsjugendausschusses Bremen. Die Ortsverwaltung muß das machen, um die spontane Bewegung in Bremen, die gerade beim Vulkan am entwickeltsten ist, wieder auf ihre Bahnen zu lenken und dem bewußten Element in der Bewegung, den Kommunisten, dabei das Rückgrat zu brechen.

Ausschlußanträge gegen 6 Postler

Bremen. Der Amtsgruppenvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) des Fernmeldeamtes 1 hat am 9. Mai gegen 6 Kollegen Ausschlußanträge gestellt, weil sie an der KBW-Maidemonstration teilgenommen haben. Die Teilnahme sei gewerkschaftsschädigend. Die Kollegen in den Fernmeldeämtern 1 und 2 sind damit aber nicht einverstanden. Mit ihren Unterschriften forderten bisher 150 Kollegen die Einstellung der Ausschlußverfahren und Mitgliederversammlungen, auf denen die Betroffenen das Recht zur Stellungnahme haben sollen.

Sie bitten alle Gewerkschafter und Gewerkschaftsorgane, die Forderung nach Einstellung der Ausschlußverfahren durch Resolutionen und Briefe an die Amtsgruppenvorstände der Fernmeldeämter 1 und 2 und an die Orts- und Bezirksverwaltung der DPG zu unterstützen.

–Post-Zelle, Bremen–

80 Polizisten sichern Lohnbetrug

Lüdenscheid. Seit Dienstag, den 14.5. liegen in Lüdenscheid, einer mittleren Industriestadt am Rande des Ruhrgebietes, ca. 500 Arbeiter auf der Straße. Nachdem die Firma August Grüber und Co den Konkurs angemeldet hatte, kam sofort der Konkursverwalter, um seinen Daumen auf alles zu legen, was an Vermögenswerten noch zu retten war und damit die Ansprüche der Gläubiger zu sichern. Ein Teil der Arbeiter hatte vorher auf Anregung des Betriebsrates versucht, den Betrieb selbst zu übernehmen, indem sie sich verpflichteten, eine viertel Million in ihren Betrieb zu stecken. Darauf wollten sich aber weder die Gläubiger noch die Grüber-Kapitalisten einlassen, obwohl die Auftragsbücher der Spezialfirma auf mehrere Monate hinaus gefüllt waren. Auch Versuche der Geschäftsleitung, den durch die Fehlplanung der Kapitalisten bankrotten Betrieb an eine amerikanische Gesellschaft zu verschachern, scheiterten.

Als der Konkursverwalter den Betrieb am Montag, den 13.5. nun überprüfte, stellte sich heraus, daß die Situation viel schlimmer war, als befürchtet, 30 bis 40 Mill. Schulden. Nicht einmal die Lohnzahlung für April war gesichert, geschweige denn für Mai.
Das war den Arbeitern, die vorher mit Versprechungen hingehalten worden waren, zuviel. Lautstark äußerten sie ihren Unmut. Konkursverwalter Dr. Lynker bekam es mit der Angst zu tun und forderte Polizei an. 80 Polizisten aus Dortmund, Hagen und dem Kreis Lüdenscheid wurden zusammengezogen und umzingelten den Betrieb bei der Lohnauszahlung für April. Der Monat Mai wurde einfach nicht bezahlt. Die Kapitalisten hatten es per Aushang in der Woche vorher noch zugesichert.
Die Grüber-Kollegen sind in Lüdenscheid nicht die einzigen, die auf der Straße liegen, auch aus anderen Betrieben treffen Berichte von Entlassungen ein. Es wird nicht so leicht sein, in einer solchen Situation wieder eine neue Arbeit zu finden. Deshalb muß das Arbeitslosengeld, 80 % des Lohns, für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden.
Lynker sagte, als er erklärte, wie er den Betrieb schließen will: "Wir wollen den Leichnam so gut wie möglich beerdigen." Auch wir, die Arbeiterklasse und das ganze Volk haben jemand zu beerdigen, nämlich den Kapitalismus.

G.W., Köln



De Kollegen von Grüber warteten stundenlang, unklar war, ob der Lohn ausgezahlt würde. Der Konkursverwalter ließ Polizei aufmarschieren.

De Kollegen von Grüber warteten stundenlang, unklar war, ob der Lohn ausgezahlt würde. Der Konkursverwalter ließ Polizei aufmarschieren.

Ford lagert nach Spanien aus

VERSTÄRKTER DRUCK AUF DIE KÖLNER FORDARBEITER

**Köln. In der KVZ Nr.9 haben wir berichtet, daß Ford-Köln tief in der Krise steckt. Der Vorstand fühlt sich jedoch noch nicht stark genug, um in der Produktion Massenentlassungen durchzusetzen. Hier setzt man vorerst noch auf die "Fluktuation", also die "freiwillige" Kündigung der Kollegen. Daß dabei nach wie vor auf der einen Seite Druck ausgeübt wird und auf der anderen Seite hohle Versprechungen gemacht werden (Übergangsprämie bei vorzeitiger Pensionierung), ist ein offenes Geheimnis.
Im Angestelltenbereich dagegen geht man schon schärfer vor: Dort sind bereits über 200 entlassen worden.
In einer solchen Situation, wo die "armen" Ford-Kapitalisten jammern, man müsse rationalisieren, um nicht Bankrott zu gehen, entsteht plötzlich ein neues Ford-Werk in Valencia/Spanien.**

FORD AUF DER SUCHE NACH "ANLAGESICHEREN" STAATEN

Allein die Vorgeschichte dieses Planes zeigt, wie profitgierig die Kapitalisten und insbesondere die internationalen Konzerne sind.
Auf der anderen Seite wird auch klar, daß wir Kollegen dabei immer die Dummen bleiben, solange wir uns nicht zusammenschließen und uns gegen die Willkür der Kapitalisten wehren.

Schon 1970 sickerte bei uns im Werk durch, daß der große "Henry Ford II." sich überlegte, in Europa ein neues Werk entstehen zu lassen.
Nach England, das wegen seiner vielen Streiks ausschied, wurde die BRD in die engere Auswahl gezogen. Man wollte zunächst in der Eifel ein Motorenwerk aufbauen, das später erweitert werden sollte.
Doch das deutsche "Wirtschaftswunder" und damit die relative Ruhe unter den Kollegen war längst vorbei.
Verschreckt durch die Ford-Streiks 1970 in der Tarifrunde, 1972 in Merkenich und 1973 in Niehl und Merkenich, sah sich die Ford-Spitze nach "ruhigeren" Ländern um.

Ein solches Land meinte man schließlich in Spanien gefunden zu haben. Der Faschismus unter Franco garantiert hervorragende Ausbeutungsbedingungen: Gewerkschaften sind nicht erlaubt, fortschrittliche Organisationen verboten und Arbeiter, die streiken, werden teilweise von Polizei und Militär brutal zusammengeschossen bzw. lebenslang in den Knast gesteckt. Henry Ford glaubt, dort ein "wahres Paradies" gefunden zu haben.
Schon bis 1976 wird das Werk in Valencia mit allem drum und dran stehen. Man will dort kleinere Autos bauen (Nachfolger des Escort), zunächst 1 000 pro Tag. Damit soll der gesamte Mittelmeerraum und der südamerikanische Markt erobert werden. Im Werk werden nur spanische Arbeiter beschäftigt, im Management allerdings sollen Deutsche und Engländer vertreten sein. Für eine bestimmte Übergangszeit werden auch deutsche Meister und Techniker gesucht, die die Spanier anlernen sollen.

FORD INVESTIERT AUF UNSERE KOSTEN

Es ist klar, daß Ford mit dem neuen Werk in Valencia versucht, wieder aus der Krise herauszukommen. Denn statt der absolut durchgefallenen Consul- und Granada-Modelle setzt man jetzt auf Kleinwagen, die noch am ehesten verkauft werden können. Es ist aber auch klar, daß diese Pläne auf Kosten der über 30 000 Kollegen in Köln durchgesetzt werden.

Denn wie wird sich die Sache weiterentwickeln?
Die Mittelklassewagen, die bisher bei uns gebaut wurden, haben immer weniger Absatzchancen. Wir werden erst umgesetzt, dann schließlich auf die Straße gesetzt. Gleichzeitig wird der Vorstand an allen Ecken und Enden sparen. Wie drastisch das sein wird, zeigt die Ankündigung, 1975 die Tariferhöhung von den Übertarifen abzuziehen und nicht mehr draufzuzahlen.
Stattdessen wird die Kleinwagenproduktion in Spanien und teilweise in Saarlouis auf Hochtouren gefahren. Die Folge ist, daß in Köln unter Hinweis auf die sich weiter verschlechternde Absatzlage der Mittelklassewagen, die Rationalisierungen verstärkt werden.

Wir Arbeiter müssen jedoch wissen: Solange wir die Kapitalisten nicht entmachtet haben und die gesamte Produktion in unsere eigenen Hände genommen haben, werden sie immer wieder solche Produktionsverlagerungen und "Kapitalschiebereien" vornehmen.
Anstatt in solchen Situationen nach "Mitbestimmung" und "Investitionskontrolle" zu rufen (wie Jusos und DKP), kommt es darauf an, **die für uns schädlichen Folgen der Rationalisierungen zu bekämpfen.**
Deshalb kann es für die Kölner Ford-Kollegen nur die Forderung geben:
- **Keine Entlassungen!**
- **Für den 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich!**

–O. und K., Köln–

Konstanz. In den letzten 12 Monaten wurden bei Telefunken Computer in Konstanz 600 Arbeiter und Angestellte entlassen. Jetzt kündigte der AEG–Vorstandsvorsitzende Grolbe weitere Entlassungen für das Konstanzer Werk an.
Durch Rationalisierung und Entlassungen = stärkere Ausbeutung der Arbeiter und durch Zusammenschluß mit anderen Firmen soll die Konkurrenz mit IBM abgebaut werden. Außerdem will AEG nur noch im Ausland neue Fabriken aufbauen. "Im Inland sollen im wesentlichen nur noch Ersatz–Modernisierungsinvestitionen vorgenommen werden. Erweiterungen sind dem Ausland vorbehalten." (Südkurier, Konstanz 10.5.1974) Die Ausbeutung hier ist die Grundlage verstärkter Ausbeutung in anderen Ländern.

Miete verdoppelt

FOLGE DES ÖTV–TARIFVERTRAGES

Landau. In den letzten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst (März 1974) wurde zwischen der ÖTV und den öffentlichen Arbeitgeberverbänden eine Mieterhöhung in den Personalunterkünften der Krankenhäuser vereinbart. Diese Mieterhöhung beträgt in unserem Heim über 100 %, in anderen noch mehr. Die Mieterhöhungen werden rückwirkend wie die Lohnerhöhungen ab Januar 1974 geltend gemacht.

In diesem Monat sahen die Kollegen erstmal aufgrund der erhöhten Abzüge auf dem Lohnstreifen die große Sauerei: von 65 DM auf 132 DM wurde in unserem Heim die Miete erhöht, dazu kommen 268 DM Mietrückzahlung seit Januar. Durch eine Verwaltungsangestellte, die bei uns wohnt, bekamen wir allerdings schon im April Wind von der Sache. Die Kollegin setzte einen Protestbrief gegen die Mieterhöhung auf, den sie von den Heimbewohnern (in unserem Heim insgesamt 23) unterschreiben ließ und an den Krankenhausträger, den Bezirksverband Pfalz, schickte. Dieser schickte den Brief mit der Bitte um Stellungnahme an den Verwaltungsdirektor unserer Klinik, der, wie er auf der Personalversammlung sagte, unsere Eingabe unterstützt. Die Klinik sei bereit, einen Mietzuschuß zu gewähren. Wie inzwischen durchgesickert ist, soll der Mietzuschuß anfangs 50 % von der Mieterhöhung betragen, dann aber im Laufe der Zeit abgebaut werden, bis nach 2 Jahren die erhöhte Miete von uns voll bezahlt werde. Was genaues weiß aber keiner. Soviel man jetzt auf dem Lohnstreifen sehen konnte, wird der Zuschuß als Überstundengeld gewährt und zwar in Höhe von 50 DM monatlich. Davon gehen nun aber natürlich wieder Steuern ab, die je nach Gehaltsgruppe unterschiedlich hoch sind, ja sogar noch höher als vorher, da man jetzt ja aufgrund der Überstunden "mehr verdient". Was von dem Zuschuß übrigbleibt, sind schätzungsweise 25 DM bis 35 DM und dieser "Zuschuß" soll noch weiter abgebaut werden.
Die Empörung der Kollegen ist groß, sowohl über die Verschacherung durch die ÖTV-Führung wie über die ganze Uninformiertheit und Unklarheit, die durch die Mauscheleien und die Willkür der Lohnzettelwirtschaft hervorgerufen werden.

U.L., Pfälz. Nervenklinik Landau

300 % Mieterhöhung in Schwesternwohnheim

Göttingen. Die Mieten im Schwesternwohnheim sind bis zu 300 % erhöht worden. Für die betroffenen Kollegen sieht das konkret so aus:
Für eine 1-Zimmer-Wohnung betrug die Miete bisher 71 DM. Nach den neuen Berechnungen muß diese Kollegin einen Beitrag von 193,07 DM bezahlen (inklusive Reinigung).
Und das rückwirkend ab 1.1.1974!

Auf einer Vollversammlung der Mieter wurde ein Mieterrat gewählt, der die Sache der Mieter organisiert in die Hand nimmt mit folgendem Ziel:
- Jeder Mieter erhält einen schriftlichen Mietvertrag (bisher waren es immer nur mündliche Absprachen);
- Zurücknahme der rückwirkenden Zahlungen
- Überprüfung der Wertansätze für die Zimmer (in diesem Zusammenhang wurden alle Mißstände in den Wohnheimen mit aufgegriffen und in Forderungen gefaßt, wie zum Beispiel: Keine Verletzung des Briefgeheimnisses!).

Lehrstelle nur bei Verzicht auf gewerkschaftliche Betätigung

Bad Kreuznach. Wie in der gesamten BRD, so wissen die Kapitalisten auch hier in Bad Kreuznach das rückläufige Lehrstellenangebot auszunützen. Bei der Firma Schulz und Co., Arzneimittelgroßhandlung, wurde einem Bewerber zur Bedingung der Einstellung gemacht, nicht in die Gewerkschaft einzutreten, nicht zu Jugendvertreterwahlen zu kandidieren, sich nicht mit Beschwerden an den Betriebsrat zu wenden und sich von "linken" Jugendvertretern zu distanzieren. Tatsache ist, daß die Kollegen sich jetzt bei der Firma eine kampfstarke Jugendvertretung gewählt haben, die standhaft den Kapitalisten gegenüber auftreten kann. Die Jugendvertretung arbeitet auf Grundlage von Arbeiterinteressen. Das ist der Geschäftsleitung ein Dorn im Auge, versucht sie doch jetzt, mit Kündigungen und Androhungen von Kündigungen die Jugendvertretung kaputt zu machen.
Diese hat sofort, nachdem sie von diesen Druckmaßnahmen bei der Einstellung von Lehrlingen erfahren hat, alle Kollegen informiert. Der Geschäftsleitung werden solche Mittel recht wenig nützen. Sie bauen auf die Verschwiegenheit, rechnen aber nicht mit dem persönlichen Mut und der Aufdeckung dieser Schikanen.
Auch der Betriebsrat wird sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und diesen Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz arbeitsrechtlich verfolgen.
Die Kapitalisten merken, daß sie gegen die gewerkschaftlich organisierten Kollegen weniger Druckmittel anwenden können. Sie merken auch, daß die Empörung und Unruhe im Betrieb zunimmt und breiter wird. Sie versuchen, dem rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben, indem sie von vornherein nur solche Kollegen einstellen, die sich von ihnen einschüchtern lassen und auf ihre Bedingungen eingehen. Das wird ihnen jedoch nicht gelingen.
Dadurch werden die Kollegen erst recht aufmerksam und erkennen, gegen wen sich diese Angriffe auf Meinungs- und Organisationsfreiheit richten: gegen ihre Interessen. Dagegen werden sie vorzugehen wissen, bis das Recht auf uneingeschränkte Organisations- und Meinungsfreiheit erkämpft ist. –KBW-Sympathisanten Bad Kreuznach–

Weg mit dem Tendenzschutzparagraph!

Weg mit dem Tendenzschutzparagraph!

Delmenhorst. Im Betriebsverfassungsgesetz 4 118, Absatz 2 heißt es:
"Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf Religionsgemeinschaften und ihre karitativen und erzieherischen Einrichtungen unbeschadet deren Rechtsform."
Mit diesem sogenannten Tendenzbetriebs- oder Tendenzschutzparagraphen machten wir im evangelisch-lutherischen Wichernstift Delmenhorst (Alten- und Kinderheime, ca. 300 Kollegen) einige Erfahrungen.

Anhand der Tarifrunde im öffentlichen Dienst wurde uns klar, daß eine Lohnerhöhung für uns eine Sache sein soll, die vom Himmel fällt, denn eine gesetzlich abgesicherte Möglichkeit, uns an Lohnkämpfen zu beteiligen, gibt es für uns nicht. Zwar hat sich das Diakonische Werk "freiwillig" an den BAT (Bundesangestelltentarif) gebunden, diese Bindung kann aber ebenso schnell wieder gelöst werden, wie sie eingegangen wurde. Der Abschluß von Kirchentarifen und besonders miesen Haustarifen wird außerdem nicht ausgeschlossen.
Der Ausschluß von den Tarifkämpfen hat aber noch eine weitere Funktion: Diese kirchlichen Betriebe werden zu einem großen Teil aus vom Staat gezahlten Pflegesätzen unterhalten. Unser eigentliches Gegenüber im Lohnkampf ist also der bürgerliche Staat. Allein bei der evangelischen Diakonie arbeiten aber 300 000 Menschen. 300 000 Menschen weniger im Lohnkampf, das sind für den bürgerlichen Staat viele Möglichkeiten mehr, Lohnraubabschlüsse durchzusetzen und gleichzeitig die vom Staat gezahlten Pflegesätze niedrig zu halten.
Um die Bewegung für eine eigene Interessenvertretung der Lohnabhängigen in den kirchenlichen Tendenzbetrieben abzuwiegeln, setzte uns das Diakonische Werk eine eigene "Mitarbeitervertretungsordnung" (MVO) vor die Nase, zu deren Einführung die Kollegen überhaupt nicht gefragt wurden. Im Vorwort der MVO heißt es: "Diakonie geschieht wie aller kirchliche Dienst unter der Verheißung und dem Auftrag des Evangeliums und setzt vertrauensvolle Zusammenarbeit auch bei verschiedenen Dienst- und Lebensformen voraus."
Auf Grundlage einer früheren MVO wurde eine Betriebsversammlung aufgelöst, weil ein Kollege die Tarifrunde im öffentlichen Dienst ansprach.
Gewerkschaftliche Fragen aber "haben mit der einzelnen Einrichtung und ihrer Mitarbeiterschaft nichts zu tun".
Was also schützt dieser Tendenzschutzparagraph? Er schützt sicherlich nicht die Kollegen in den Tendenzschutzbetrieben vor der Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Er schützt auch nicht die in Einrichtungen wie dem Wichernstift Betreuten, denn er entzieht diese Einrichtungen der öffentlichen Kontrolle. Er schützt aber den weiteren Einfluß der Kirchen auf Einrichtungen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen. Er soll die Kirchen davor schützen, daß die in ihren Betrieben beschäftigten Lohnabhängigen erkennen, daß niemand ihre Interessen vertritt, wenn sie es nicht selber tun. Und er schützt die Bestrebungen des bürgerlichen Staates, die Ausgaben für den sozialen Bereich so niedrig wie möglich zu halten.
Dem müssen wir die Forderungen entgegensetzen:
- **Völlige Trennung von Kirche und Staat! Streichung jeglicher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln!**
- **Aufhebung aller Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte. Uneingeschränktes Recht auf Bildung von Betriebs- und Personalräten.**

Der Tendenzschutzparagraph fesselt aber nicht nur die Werktätigen in den kirchlichen Betrieben. Er gilt auch für Zeitungsredaktionen, für private Schulen und Internate, für die freien Wohlfahrtsverbände wie Arbeiterwohlfahrt und Deutsches Rotes Kreuz. Die Kollegen in allen diesen Betrieben werden nur dann ihre Abspaltung von den anderen Kollegen überwinden können, wenn sie jede Gelegenheit nutzen, um Verbindung miteinander aufzunehmen, Erfahrungen auszutauschen, um so gemeinsam gegen den Tendenzschutzparagraphen und für eine wirkliche Interessenvertretung zu kämpfen. Diese Verbindung müssen wir herstellen über die Gewerkschaften. Im Wichernstift wurde aus der Auseinandersetzung um diese Fragen heraus eine ÖTV-Betriebsgruppe gegründet. Wir müssen aber auch die Kommunistische Volkszeitung nutzen als einen Hebel, um unsere Erfahrungen an möglichst viele Kollegen weiterzugeben.

–Betriebszelle Wichernstift–

Explosionsgefahr bei Wacker-Chemie

KEINE REGELMÄSSIGEN SICHERHEITSKONTROLLEN, KEINE SICHEREN LAUFSTEGE

Vorige Woche stand im Kölner Stadtanzeiger ein Artikel, der über einen Vorfall bei der Wacker-Chemie in Köln-Merkenich folgendes berichtete: In dem Wacker-Werk war aus einer alten, verrosteten Druckleitung hochexplosives Venylchloridgas ausgeströmt und bedeckte mehrere hundert Quadratmeter des Werks- und des umliegenden Geländes hüfthoch. Die in der Nähe liegende Straße mußte abgesperrt werden, da der kleinste Funke eine verheerende Explosion zur Folge gehabt hätte. Außerdem bestand die Gefahr, daß sich das Gas von selbst entzündete. Laut Stellungnahme der Firmenleitung sollte das alte Rohr in den nächsten Tagen ausgewechselt werden. Soweit der Bericht in der Zeitung. Dort stand jedoch kein Wort darüber, wer die Verantwortung für solch lebensbedrohende "Vorfälle" zu tragen hat. Es stand dort nur die läppische Bemerkung eines Firmensprechers, daß nach menschlichem Ermessen ein solcher Fall nicht mehr vorkommen kann, wenn die alte Leitung durch eine neue ersetzt ist.

NICHT ZUFALL – SONDERN "RISIKO" AUF BELEGSCHAFT GEWÄLZT

Um Klarheit über die Hintergründe zu gewinnen, fuhr ich zu einem Wacker-Kollegen, der dann auch die ganze Wahrheit ans Licht brachte. Der ganze Vorfall war nicht ein unglücklicher Zufall oder ähnliches, sondern hatte handfeste Ursachen. Der Kollege stellte fest: Weder werden bei Wacker regelmäßige Sicherheitskontrollen der Venylchloridleitungen durchgeführt, noch sind für solche Kontrollgänge abgesicherte Laufstege an den haushohen Verarbeitungskesseln vorhanden. Und wenn Laufstege vorhanden sind, sind diese so schmal, daß sich die Kollegen bei der Arbeit wie Artisten auf dem Tanzseil vorkommen.
Als ich dann weiter mit dem Wacker-Kollegen über die Vermeidbarkeit solcher "Vorfälle" sprach, kam heraus, daß in Punkto Sicherheit auf Kosten der Kollegen gespart wurde. Denn es konnte nur deshalb so viel Gas ausströmen, weil die einzelnen Rohrabschnitte nicht durch Sicherheitsventile voneinander getrennt sind. Der Kollege wußte auch eine Lösung: Zwischen jedem Rohrabschnitt am Flansch Sicherheitsventile anbringen, die bei Druckabweichungen (Druck in den Leitungen normal 2,5 atü) die defekte Stelle sofort von beiden Seiten abriegeln. Aber etwas resigniert sagte er auch: wenn er einen solchen Vorschlag macht, dann sagt der Sicherheitsingenieur: Das wußte ich auch schon – und kassiert dann die Prämie vom Werk (falls diese Maßnahme überhaupt durchgeführt wird).
Dann brachte der Kollege aber die Forderungen, die zur Sicherheit notwendig sind, kurz auf den Punkt:
Regelmäßige Kontrollgänge;
Genügend und sichere Laufstege;
Überprüfung der Leitungen vor Inbetriebnahme durch Dampfdruck;
Sicherheitsventile zwischen den Rohrabschnitten!

NICHT VERTRAUEN – KONTROLLE IST NOTWENDIG!

Es kommt jetzt aber darauf an, sich nicht auf die Einsicht des Sicherheitsingenieurs und der Geschäftsleitung zu verlassen. Vielmehr muß dafür gesorgt werden, daß die Kontrolle über alles, was die Sicherheit betrifft, in die Hände der Kollegen selbst übergeben wird. Nur so haben die Kollegen die Möglichkeit, Schlampereien, die Gesundheit und Leben bedrohen, abzustellen. Wie notwendig dieser Schritt ist, zeigen immer mehr Unglücksfälle, wie z.B. die Explosion bei Dynamit-Nobel in Würgenhausen, wo fünf Kollegen ums Leben kamen.
Auch die Wacker-Kollegen haben dazu voriges Jahr eine bittere Erfahrung gemacht: Vier Arbeiter kamen in der Y-Halle um, als der Deckel eines Druckkessels sich löste und der Druck die ganze Halle zerstörte. Zwar spricht die Firmenleitung heute von menschlichem Versagen bei diesem Unglücksfall, jedoch der Wacker-Kollege weiß es genauer: Die Kollegen, die damals vergessen haben sollen, den Deckel richtig zu verschrauben, wurden durch die dauernde Antreiberei verrückt gemacht. Sie waren also nicht schuld an dem Unglück, sondern diejenigen, die den Arbeitern immer mehr Arbeitskraft abpressen wollen und sie umherhetzen. Daher gibt es nur eins:
Übergabe der Kontrolle über alle Sicherheitsfragen für die Belegschaft an den Betriebsrat;
Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und nicht durch "Sicherheitsingenieure", die der Geschäftsleitung verantwortlich sind;
Auswahl und Einstellung des Sicherheitspersonals ausschließlich durch den Betriebsrat.

– M.F., Köln –

Werksarzt gefordert
DER EINGESTELLTE ARBEITSMEDIZINER IST KEIN WERKSARZT/ ER HILFT DIE AUSBEUTUNG ZU VERSCHÄRFEN
Berlin. Die Kollegen von Standard Elektronik Lorenz (SEL) hatten
spiel die Hauptaufgabe der Werksmedizin, Gesundheitsvorsorge am Ar-
schine aushalten können, wie sie unter den vorgegebenen Bedingungen am kostengünstigsten zu funktionieren haben.
Das Betriebsärztegesetz sieht vor: Werksarzt und Arbeitsmediziner sind von der Geschäftsleitung angestellt

Streik der Bühnenarbeiter

FREIE VOLKSBÜHNE: ARBEITER FORDERN 300 DM

Westberlin. Bei einer Festspielaufführung traten Bühnenarbeiter der "Freien Volksbühne", die sonst dem feinen Publikum unsichtbar hinter den Kulissen schuften, vor den Vorhang und verlasen eine Resolution. In dieser Resolution bekräftigten sie ihre Forderung nach 300 DM mehr für alle und forderten den Berliner Senat auf, darüber sofort mit ihnen in Verhandlungen zu treten.

Damit zogen die Kollegen der "Freien Volksbühne" die Konsequenz aus den Betrügereien des ÖTV-Bezirksvorstands und nahmen ihre Sache selbst in die Hand. Seit Mittwoch vorletzter Woche sind sie im Streik.
Die ÖTV-Spitze hatte zuvor wortradikal getönt, sie werde die Forderungen der Kollegen von der Volksbühne mit der notwendigen Härte durchzusetzen wissen. Am 8. Mai kam dann das Tarifergebnis: 11 %, mindestens 200 DM. Das, obwohl die Forderungen wesentlich höher waren, obwohl die Löhne der Kollegen 35 % unter den vergleichbaren Löhnen der Kollegen vom Städtischen Theater liegen, obwohl weder Kindergeld noch 13. Monatsgehalt gezahlt werden.

Zu streiken wurde ihnen von der ÖTV-Bezirksleitung verboten. Jetzt waren sie zum Streik auf eigene Faust gezwungen. In Streikvollversammlungen beschließen sie, wie der Streik weitergehen soll. Sie schreiben Flugblätter an die Bevölkerung und haben überall und auch bei den Kollegen der anderen Theaterbetriebe viel Sympathie für ihren Kampf gewonnen.
Die Empörung über die SPD-Leute im ÖTV-Vorstand ist noch besonders gestiegen, weil sie in dem Tarifvertrag ausgemacht haben, daß Zulagen angerechnet werden können.

Nach einer Demonstration am vergangenen Mittwoch wurde nun gegen 25 der 30 Kollegen die Entlassung ausgesprochen. Zugleich werden die Kollegen unter Hinzuziehung von Polizei mit Hunden ausgesperrt. Den Entlassungsschreiben will der Betriebsrat jedoch nicht zustimmen. Der Kampf wird weitergehen. –Red., nach Berichten der KG Westberlin–

PIERBURG: Gekündigte Betriebsräte wiedergewählt

Neuss. Mit Mehrheit wurden vier Betriebsräte der Firma Pierburg von den Kollegen bei den Betriebsratswahlen Anfang Mai wiedergewählt, gegen die Kündigungen laufen.
Im letzten Sommer hatten die Kollegen von Pierburg erfolgreich für die Abschaffung der Leichtlohngruppe II sowie für Lohnerhöhungen zwischen 50 und 65 Pfennig gestreikt. Jetzt fand die erste Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Düsseldorf statt. Der mit 25 000 DM gekaufte Zeuge (ehemaliges Betriebsratsmitglied) war aber nicht erschienen. Er sollte beweisen, daß die Betriebsräte damals den Streik organisiert hatten. Die Kapitalisten haben nun während des Gerichtsverfahrens einen neuen Vorwurf erhoben. Die Betriebsräte waren zu dem in Konkurs gegangenen Hauptzulieferbetrieb von Pierburg gefahren und hatten mit dem dortigen Betriebsrat über die Sicherung der Arbeitsplätze gesprochen. Der Vorwurf war jetzt: Aufforderung zum Streik und gleichzeitig sei ein Solidaritätsstreik in Neuss versprochen worden. Die angekarrten Zeugen konnten nur bestätigen, mehrmals sei das Wort Solidarität gefallen. Die Kapitalisten wissen aber, daß die Solidarität der Kollegen die starke Waffe gegen ihre Ausbeuterherrschaft ist. Das hatte die Solidarität und der erfolgreiche Streik in Pierburg gezeigt. Mit Kündigungen und Gerichtsurteilen gehen die Kapitalisten dagegen vor. Die Gerichtsverhandlung wurden auf den 18. Juni vertagt. A.H.

Der mit 25 000 DM gekaufte Zeuge (ehemaliges Betriebsratsmitglied) war aber nicht erschienen. Er sollte beweisen, daß die Betriebsräte damals den Streik organisiert hatten. Die Kapitalisten haben nun während des Gerichtsverfahrens einen neuen Vorwurf erhoben. Die Betriebsräte waren zu
Kollegen die starke Waffe gegen ihre Ausbeuterherrschaft ist. Das hatte die Solidarität und der erfolgreiche Streik in Pierburg gezeigt. Mit Kündigungen und Gerichtsurteilen gehen die Kapitalisten dagegen vor. Die Gerichtsverhandlung wurden auf den 18. Juni vertagt. A.H.

Werksarzt gefordert

DER EINGESTELLTE ARBEITSMEDIZINER IST KEIN WERKSARZT/ ER HILFT DIE AUSBEUTUNG ZU VERSCHÄRFEN

Berlin. Die Kollegen von Standard Elektronik Lorenz (SEL) hatten durch ihre Unterschriftensammlung bekräftigt:
Wir brauchen einen Werksarzt!
Diese berechtigte Forderung wird in immer mehr Betrieben erhoben. Es gibt gegenwärtig nur 1 500 Werksärzte in ganz Westdeutschland und Westberlin, in 12 % der Groß- und 1 % der Kleinbetriebe. Dies angesichts einer ständigen Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Werktätigen.

Die tatsächliche Verbesserung der medizinischen Versorgung wird angesichts der verstärkten Arbeitshetze und der eingeschränkten Möglichkeiten des Werksarztes aber nur gering sein. Dafür sorgt vor allem das neue "Gesetz über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit" vom Oktober 1973. Dort rangiert zum Beispiel die Hauptaufgabe der Werksmedizin, Gesundheitsvorsorge am Arbeitsplatz zu betreiben, an letzter Stelle. Das ist gar kein Wunder, denn die nächsten Interessen aller Kapitalisten sind Rentabilität und Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ein Werksarzt wird für sie erst dann interessant, wenn die Kosten durch hohen Krankenstand und Unfälle am Arbeitsplatz den Profit mindern, den Produktionsablauf stören.

Die Geschäftsleitung von SEL hat gegen die Forderungen der Kollegen statt eines Werksarztes einen Arbeitsmediziner eingestellt. Warum?
Ein Arbeitsmediziner hat die noch eingeschränktere Funktion, Methoden auszuklügeln, wie noch mehr Arbeitskraft aus den Kollegen herausgepreßt werden kann. Er soll feststellen, wieviel die Arbeiter an der Maschine aushalten können, wie sie unter den vorgegebenen Bedingungen am kostengünstigsten zu funktionieren haben.

Das Betriebsärztegesetz sieht vor: Werksarzt und Arbeitsmediziner sind von der Geschäftsleitung angestellt und nicht dem Betriebsrat, noch viel weniger den Kollegen direkt rechenschaftspflichtig.
Der Kommunistische Bund Westdeutschland stellt dazu in seinem Programm folgende Forderungen auf:
Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sicherheits- und Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten; sofern es sich um staatliche Betriebe oder Einrichtungen handelt, durch den Staat.

Richtigstellung

ZUM STREIK BEI SAUTTER/REUTLINGEN (KVZ 10/74)

Mit größtem Erstaunen stellten wir fest, daß im Zusammenhang mit dem Streik bei der Graphischen Kunstanstalt Sautter in Reutlingen unser Bericht vom 8.5. nicht abgedruckt wurde, sondern ein in entscheidenden Punkten falscher Bericht des Genossen M.F. Wir bitten euch daher, folgende Punkte richtigzustellen:

1. Es wurden nicht nur 11 000 DM für die Streikenden gespendet, sondern nahezu 20 000 DM.
2. Wenn Ihr schreibt, daß ein Teilerfolg erzielt wurde, so geht das an den Tatsachen vorbei. Richtig ist vielmehr, daß aufgrund der breiten Solidarität in anderen Reutlinger Firmen zwar alle Kündigungen vom Firmeninhaber Jürgen Seifried zurückgezogen wurden, aber das eigentliche Streikziel, die 11,3 % Lohnerhöhung nicht auf die übertariflichen Zulagen anzurechnen, konnte nicht durchgesetzt werden.
3. In Einzelgesprächen zwischen dem Betriebsleiter und allen Kollegen – nicht nur den Entlassenen – wird nun jeder Arbeiter über die Höhe der Anrechnung der 11,3 % auf die übertariflichen Zulagen informiert und "darf" sich die Entscheidung des Herrn Seifried noch erläutern lassen.

Unserer Einschätzung nach war dieser Streik in politischer Hinsicht ein enormer Lernprozeß für die Kollegen. Im ökonomischen Sinne allerdings eine völlige Niederlage.

–KBW Sympathisantengruppe Reutlingen–

Ein Tag in der Briefabgangsstelle

ZEITNAHME BEI DER POST HINTER DEM RÜCKEN DER KOLLEGEN/ KORRESPONDENZ

Heidelberg. Seit einiger Zeit bin ich regelmäßiger Leser der Kommunistischen Volkszeitung und bin sehr froh, endlich eine Zeitung für Arbeiter gefunden zu haben, aus der ich Informationen, die der Wahrheit entsprechen, entnehmen kann. Ich fühle mich dazu veranlaßt, auch meinen Beitrag zu leisten, um andere Kollegen einmal die unmöglichen Zustände bei der Deutschen Bundespost so wie sie in einer Briefabgangstelle herrschen, zu zeigen.

Um 14.00 Uhr beginnt mein Dienst in der Briefabgangsstelle eines großen Postamtes. Es ist ein Tag wie jeder andere. In der Zeit von Dienstbeginn bis 17.00 Uhr ist alles fahrplanmäßig abgelaufen. Plötzlich ruft uns über Lautsprecher unsere AUFSICHT (ein Mann, der zum Antreiben, Beobachten und Hetzen da ist) in die Mitte des Raumes. Vor uns steht unser Stellenvorsteher und erklärt uns, daß in etwa einer Stunde ein paar Leute kommen, die hier in unserer Gruppe praktischen Unterricht im Stoppen von verschiedenen Arbeitsgängen bekommen. Alles ist nur eine reine Übungssache und geht uns überhaupt nichts an. Es wird uns gesagt, daß wir gar keine Rücksicht nehmen sollen und ruhig unsere Zigaretten rauchen können. In Wirklichkeit weiß jeder dieser Zeitnehmer ganz genau, bei welcher Arbeitsgruppe er gestoppt hat und es ist ein Kinderspiel festzustellen, wer wann und wo gearbeitet hat. Die Namen sind dann schnell in die jeweiligen Auswertungspapiere eingetragen. Wir aber, die Verteiler, sind ja zu dumm, um diesen schlauen Herren auf die scheinheiligen Schliche zu kommen.

Inzwischen ist es 18.30 Uhr und der Hauptverkehr geht los. Von allen Außenämtern und Briefkästen kommt die Post und in einer Stunde ist der ganze Raum voll davon. Jetzt muß jeder von uns Arbeitern, Beamten und Angestellten aus sich rausholen, was rauszuholen ist. Die Aufsicht wird nervös und treibt mit allen Mitteln. Wenn jetzt einer dabei ist, der nicht ganz so schnell arbeitet, bekommt er von den anderen Kollegen Druck. Dies ist verständlich, denn in zwei bis drei Stunden müssen tausende von Sendungen gestempelt, sortiert, versackt und auf die richtigen Züge gebracht werden.
Alles, was liegen bleibt, muß ab 22.00 Uhr der Nachtdienst mitmachen und der ist sowieso schon sehr überlastet. In zwei oder drei Tagen hat man selbst wieder Nachtdienst und weiß sehr gut, was das heißt, viel Rückstand zu haben.
Unter diesen miserablen Bedingungen ist keiner von uns in der Lage, kollegial zu handeln noch zu denken. Man denkt nur an eines, so schnell als möglich fertig zu werden, und das ist den Postbonzen natürlich mehr als recht. Ich weiß nicht, ob sich jemand diesen Streß und die Selbsthetze vorstellen kann. Es kommt einem so vor, als stünde man an einem Fließband, das immer schneller und schneller gestellt wird, und hinterher fragt man sich – wie hast du das eigentlich geschafft?
Ausgerechnet während dieser Zeit kommen die Herren und stellen sich hinter jeden Verteiler und stoppen "nur so zur Übung". Wenn schon solche unmenschlichen Kontrollen durchgeführt werden müssen, warum dann nicht mit Kameras und Lichtschranken, die würden dann wenigstens nicht im Weg rumstehen und uns bei der Arbeit stören. Für wie **blöde** hält uns eigentlich das Bundespostministerium? Andauernd wird die Mindeststückzahl pro Stunde hochgeschraubt. Kein Wunder, daß bei der Deutschen Bundespost 20 Teilkräfte rationeller und billiger sind als eine vollautomatische Sortiermaschine.

Die Nebenwirkungen, die bei diesem Arbeitsniveau auftreten, spüre ich ganz deutlich am eigenen Leib. Ich bin so überreizt und brauche bestimmt eine gute Stunde, bis ich überhaupt wieder ansprechbar bin. Sie können sich sicher gut vorstellen, was meine Familie von mir hat. Das Essen habe ich mir nach meinem Spätdienst (drei- bis viermal die Woche von 14 bis 22 Uhr) auch schon abgewöhnt. Der Streß steckt mir noch so in den Gliedern, daß ich mich doch nur übergeben müßte, wenn ich etwas zu mir nehmen würde.
Zum Abschluß möchte ich noch folgendes sagen:
Man sagt, die Post diene dem "Allgemeinwohl". Kaum einer macht sich Gedanken darüber, ob diese Aussage richtig ist. Jeder Verteiler weiß, daß der größte Teil seiner Sendungen aus Werbung, Warenproben und Geschäftspost besteht. Diese Erfahrung macht auch der Empfänger. In Zahlen ausgedrückt:
80 % der Dienstleistungen der DBP werden für die Privatwirtschaft erbracht. Diese Zahl macht mehr als deutlich, für wen die Post eigentlich arbeitet und was hier unter "Allgemeinwohl" verstanden wird.

G.R., Heidelberg

Für Verbot der Schichtarbeit

SPALTUNGSMANÖVER MIT SCHICHTZULAGEN BEI LEITZ

Um die Produktionskosten zu senken, schöpfen die Kapitalisten bei Leitz in Wetzlar alle Möglichkeiten aus. Und das selbstverständlich auf dem Rücken der 5 000 Mann starken Belegschaft. Aus einem Familienbetrieb soll ein "modern" geführter Betrieb werden.

Ich arbeite seit mehreren Jahren bei Leitz in Wetzlar. Mit der Zeit merke ich, wie immer mehr die "Produktionskosten" auf dem Rücken der Arbeiter gesenkt werden. Das fängt an bei der Erhöhung der Kantinenpreise, Schließung der Werksbücherei und des Gemeinschaftshauses, Kürzung der Schichtzulage und Abbau der übertariflichen Zulagen bis hin zu Umbesetzungen mit Lohneinbußen und der Verringerung der Belegschaft (bis 1975 nach und nach 1 000 Mann).
Der Trick der Leitz-Kapitalisten ist, daß nicht die gesamte Belegschaft auf einmal angegriffen wird, sondern immer nur Teile von ihr, mal die Angestellten, mal die Werksesser. Jetzt sind die Schichtler dran.

Seit zehn Jahren wird dafür, daß man sich bei der Schicht noch mehr kaputt macht, 40 Pfennig die Stunde mehr bezahlt. Als die Arbeiter vom Betriebsrat wissen wollten, wann die **Zulage** mal erhöht wird, sagte er **"dies wird bundesweit nach Tarif erhöht". Und wie es erhöht wurde!** Ab 1975 wird es laut Tarifvertrag 7,5 % vom Ecklohn geben und das auch nur für die Spätschicht, die Frühschichtler gehen leer aus. Das bedeutet, daß man noch weniger bekommt als vorher.
Die Schichtfrauen machen zwar täglich 15 Minuten mehr Pause als die Männer, aber die bekommen sie von den 8 Stunden abgezogen. So daß am Ende des Monats bis zu fünf dreiviertel Stunden ausfallen. Monatlich entsteht also ein Verlust von ungefähr 40 DM, der aber durch die Schichtzulage noch abgefangen werden konnte. Nach der neuen "bundesweiten" Regelung werden die Schichtfrauen weniger bekommen als normale Arbeiterinnen.
Die Betriebsaufbauzelle Leitz hat durch Gespräche mit den Kollegen versucht, klar zu machen, warum der KBW für ein Verbot der Schichtarbeit eintritt. Durch den "Metallarbeiter", die Betriebszeitung des KBW, wurde die gesamte Belegschaft informiert und mit unserem Standpunkt zur Schichtarbeit bekanntgemacht, den die meisten für richtig erklärten.
Ich versuche im Betrieb durch Gespräche mit den Kollegen, sie dazu zu bringen, für ein Verbot der Schichtarbeit zu kämpfen. Es gibt eine starke Bewegung unter den Kollegen, die sich aber noch sehr uneinig sind. So ist schon ein Versuch gemacht worden, die Schicht zu verweigern, als aber ein paar erklärten, sie würden nicht mitmachen, gab man es zu schnell auf.
Für Verbot der Schichtarbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft mit Ausnahme jener, in denen sie aus technischen Gründen unumgänglich ist!

–D.K.–

Trotz Verbot Versammlungen des KBW zum Grundgesetz

Wo Ortsgruppen des KBW und Sympathisantengruppen arbeiten, in den meisten größeren Städten der Bundesrepublik, führte der KBW Veranstaltungen durch, in denen wir unsere Stellung zur Verfassung öffentlich vertraten und das Programm des KBW erläuterten.

Die Kapitalistenklasse und ihre Lakaien in den bürgerlichen Parteien hatten die großangekündigten Festlichkeiten zur ihrem Verfassungstag wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Statt auf öffentlichen Plätzen ein Volksfest zu Ehren ihrer Ausbeuterordnung zu veranstalten, mußten sie befürchten, daß das Volk keinen Grund haben würde, mit ihnen zu feiern. Und mit ihren Streitereien untereinander, welche von den bürgerlichen Parteien wohl der beste Verfassungsschützer sei, hätten sie auch schlecht vor dem Volk gemeinsam zum Jubel dieser Verfassung antseten können. So zogen sie sich zu einer kurzen Feierstunde hinter den Mauern des Bundestages zurück. In Frankfurt war noch eine Feier in der Paulskirche, die übertragen werden sollte nach draußen für die Volksmassen. Nachdem sich dort jedoch buchstäblich nicht eine Menschenseele einfand, wurden die Lautsprecher nach 15 Minuten abgeschaltet.

Was von diesem Grundgesetz zu halten ist, bestätigte sich uns in der Tatsache, daß in vielen Städten zum Teil schon zugesagte Säle für Veranstaltungen des KBW auf Anweisung staatlicher Stellen bis hinauf zu Landesregierungen gesperrt wurden. So unter anderem in Freiburg und Heidelberg auf Geheiß der Landesregierung, in Göttingen, Bochum, Wolfsburg, Holzminden von der Stadtverwaltung. Das Recht auf Versammlungsfreiheit und Freiheit der Verbreitung der eigenen Meinung haben in diesem Lande diejenigen, die die Säle besitzen.

Und weil der freie Himmel noch niemand gehört, können Versammlungen unter freiem Himmel auch nach diesem Grundgesetz extra von dieser Staatsmacht verboten werden. Dieses Recht ließen wir uns freilich nicht nehmen. Wo uns die Säle verweigert wurden, zogen wir auf öffentliche Plätze. In Wolfsburg wurde zum Beispiel auf dem Platz vor dem verbotenen Saal nicht nur die Rede vom Genossen Martin Fochler, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW, gehalten, sondern auch die geplanten Stücke der Sing- und Theatergruppe "Rotes Signal" öffentlich aufgeführt. Als Polizeibeamte mitten in die Rede des Genossen Fochler dazwischenfahren und ihn auffordern, die Papiere zu zeigen und seine Rede sofort zu beenden, erleiden diese eine üble Schlappe. Über Lautsprecher erklärt der Genosse Fochler, was die Polizisten von ihm verlangen und daß er sich das Rederecht nicht nehmen lassen wird. Unter großem Beifall der Anwesenden zieht die Polizei ab und taucht nicht wieder auf.

In Köln wird den Genossen des KBW untersagt – wie übrigens in vielen anderen Städten auch – in der Stadt Plakate zu kleben, um zu ihren Veranstaltungen einzuladen. Plakate werden beschlagnahmt. Eine Genehmigung zum Plakatieren kostet 1 000 DM, wird ihnen amtlicherseits erklärt. Wieder ein Beispiel, daß die Benutzung der wenigen Rechte nur denen gewährt wird, die die finanziellen Mittel haben. Doch die Genossen lassen sich dadurch ihr Recht nicht nehmen und plakatieren weiter.

Die Rechte in diesem Land garantiert nicht die Verfassung, vielmehr gibt sie der Staatsmacht nur das Recht, sie zu nehmen. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen müssen sich ihre Rechte erkämpfen.

1947: Die KPD hatte recht

EINE RICHTIGE KRITIK AN DER GEWALTENTEILUNG IN DER BÜRGERLICHEN VERFASSUNG

In der letzten Kommunistischen Volkszeitung seid ihr im Artikel über das Grundgesetz unter anderem auch auf die Frage der Gewaltenteilung eingegangen und habt aufgezeigt, daß dieses Prinzip genau verhindert, daß alle Macht tatsächlich vom Volk ausgeht und nur dazu dient, die Herrschaft der bürgerlichen Machthaber über die breite Masse des Volkes aufrechtzuerhalten und zu schützen. Und weil uns die Bourgeoisie von klein auf dazu erziehen will, daß wir ihr helfen, ihre Macht über uns auszuüben und zu legitimieren, müssen wir schon in der Schule jede Verfassung, die in der Geschichte auftaucht, zuallererst danach untersuchen, ob die Gewaltenteilung verwirklicht ist oder nicht. Dabei wird uns eingehämmert, daß dies das wichtigste Kriterium sei, um zu entscheiden, ob eine Verfassung demokratisch ist. Dabei wird dann niemals untersucht, wer zu dieser Zeit die Macht im Staate hatte und wem die Gewaltenteilung diente. Ich möchte dazu aus der Rede des Abgeordneten Eckert, der der Kommunistischen Partei angehörte, zitieren, die er als Vertreter der Kommunistischen Fraktion im Badischen Landtag, die dort mit 4 Sitzen vertreten war, am 11. April 1947 im Kaufhaussaal zu Freiburg gehalten hat. Er bezieht da nämlich eine klare Position gegen diese Verfassung, die wir heute noch haben:

"Der Landtag ist nach unserer Auffassung die vom ganzen Volke direkt gewählte oberste Staatsautorität. Er beschließt die Gesetze, er überwacht ihre Ausführung, er übt die oberste Kontrolle aus über alle Regierungsmaßnahmen, über alle Staatshandlungen, über die gesamte Verwaltung und Rechtssprechung. Sie sehen daraus, daß wir die herkömmliche sogenannte "Dreiteilung der Gewalten" ablehnen. Die Dreiteilung der Gewalten wird von der bürgerlichen Staatsrechtslehre geradezu als eine Offenbarung demokratischen Geistes, als ein integrierender Bestandteil jeder Demokratie bezeichnet. Wir wissen, daß diese Dreiteilung der Gewalten in die gesetzgebende, in die verwaltende und in die rechtsprechende Gewalt durchaus nicht eine Offenbarung darstellt; sie ist vielmehr im Kampf des fortschrittlichen Bürgertums als Waffe benutzt worden, um durch sie die vorher in der Hand der Fürsten und Feudalherren zusammengeballte absolute Macht, die die Gesetze gab, ihre Durchführung anordnete und das Recht formulierte, einzugrenzen. In ihrer klassischen Form wird sie von Montesquieu 1748, bereits vor 200 Jahren also, in seinem Buche "De l'esprit des lois" zusammengefaßt. Inzwischen hat sich einiges verändert, auch wenn es die Herren Staatsrechtslehrer noch nicht bemerkt haben sollten. Das Bürgertum steht nicht mehr im Kampf mit dem Absolutismus, es möchte aber allzu gerne die Dreiteilung der Gewalten aufrechterhalten, um eine wirkliche Demokratie, eine eindeutige Herrschaft des Volkes, d.h. der breiten Massen der Werktätigen, so zu schwächen, daß nur eine Scheindemokratie übrigbleibt. Darum versucht auch der uns vorgelegte Verfassungsentwurf der neuen Demokratie so viele Bremsen einzubauen, daß es überhaupt fraglich ist, ob sie in Bewegung gesetzt werden kann. Schweigen wir ganz von dem Staatspräsidenten, den die BCSV (das ist die heutige CDU) inzwischen selbst hat in der Versenkung verschwinden lassen. Bleibt der Versuch, die Regierung möglichst der Kontrolle des Landtags zu entziehen, bleibt die Absicht, durch den Ständerat die Gesetzgebungshoheit des Landtags einzugrenzen, bleibt der Staatsgerichtshof, der sich aus einigen Juristen zusammensetzt, die darüber zu entscheiden haben, ob die von den Vertretern des Volkes gemachten Gesetze auch wirklich dem demokratischen Geist der Verfassung entsprechen, bleibt das Recht der Juristen, die Verfassungsmäßigkeiten von Gesetzen und behördlichen Verfassungen zu prüfen; bleibt es dabei, daß die richterliche Gewalt durch unabsetzbare Richter ausgeübt wird, die nicht zur Verwantwortung gezogen werden können, auch wenn sie, wie im Fall Tillessen, eine Hitler-Amnestie aus dem Jahre 1933 zum Ausgangspunkt ihrer Urteilsfindung machen, bleibt vor allem das Berufsbeamtentum, das sowohl dem Großherzog, wie der Republik und dem Herrn Hitler den Eid geleistet hat, auch in der neuen Demokratie bestehen. Es ist gut, sich bei der Gelegenheit den Wortlaut des Beamtentreueeides im Dritten Reich, den sie alle geschworen haben, die im Amt blieben, ins Gedächtnis zu rufen. Sie schworen alle, die Beamten des Dritten Reiches: Ich schwöre: ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten, meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe".

Die Kommunistische Fraktion lehnt jede Eingrenzung der Volkssouveränität ab. In der Verfassung einer neuen Demokratie kann es keinen Ständerat, kann es keinen Staatsgerichtshof, kann es keine selbstherrlichen Richter geben, kann es keine Beamtenhierarchie und Autokratie geben, die als "Sachbearbeiter" die eigentliche Macht im Staate darstellen und die jeweils wechselnden Minister an sich vorüberziehen lassen möchten. Für uns ist die gewählte Vertretung des Volkes die oberste Instanz für alle Funktionen, die das Leben des Volkes darstellen. Die Regierung steht für uns nicht neben, sondern unter dem Landtag und ist ihm in allen Dingen verantwortlich. Der Staatsgerichtshof ist überflüssig und gefährlich. Die Richter werden gewählt und haben sich vor dem Volk über ihre Tätigkeit zu verantworten. Die Beamten sind für uns nichts anderes als mit einem Amte betraute Angestellte des Staates, Beauftragte des Volkes im öffentlichen Dienst. Es soll kein besonderes Beamtenrecht geben und keine Pensionen, die Rechte der Beamten werden, wie die aller anderen arbeitenden Menschen, durch die Bestimmungen des vorgesehenen Arbeitsrechts festgehalten und ihnen in den Bestimmungen über die Sozialversicherung die Möglichkeit gegeben, sich gegen alle Wechselfälle des Lebens zu schützen."

Ich meine, daß das auch heute noch genau die richtige Position zu "unserem" Grundgesetz ist. Daraus können wir auch lernen, daß wir alle Prinzipien, die uns die herrschende Klasse als absolut richtige und immerwährende entgegenhält, sehr sorgfältig untersuchen müssen, ob sie nicht die Arbeiterklasse und das Volk davon abhalten wollen, sich ihre eigene, eindeutig vorwärts drängende Demokratie zu schaffen. Dazu müssen die Arbeiterklasse und das Volk diese verrottete, verlogene bürgerliche Demokratie, die wenigen nützt und vielen schadet, zerschlagen.

– sy, Kommunistische Hochschulgruppe Freiburg –

Wie man sich gegen die Einschüchterungstaktik der ›Dienstgespräche‹ wehren kann

Viele Lehrer und andere im öffentlichen Dienst Beschäftigte haben sich mit dem Lehrer Güde solidarisch erklärt. Mit Leserbriefen und öffentlichen Stellungnahmen in den verschiedensten Zeitungen, auch in der KVZ, haben sie ihren Willen ausgedrückt, sich das Recht auf freie politische Betätigung und freie Meinungsäußerung nicht nehmen zu lassen.

Das Oberschulamt Karlsruhe ist durch diese breite und aktive Solidarisierung mit dem Kollegen Güde gegen die Aushorchmethoden in erhebliche Schwierigkeiten geraten. Seine volksfeindlichen Geschäfte, die es gewöhnlich abgeschirmt von der Öffentlichkeit vornimmt, werden breit diskutiert und angeprangert. Öffentlich kann das Oberschulamt dem nicht entgegenwirken. Daher versucht es, die einzelnen Kollegen, die sich mit dem Lehrer Güde solidarisiert haben, wieder als einzelne zu packen und so zu isolieren und sie einzuschüchtern.

Wie geht es dabei vor und wie kann man sich dagegen wehren?

Die Betroffenen erhalten zunächst die Aufforderung, zu einem Dienstgespräch beim Oberschulamt zu erscheinen. Der Anlaß des Dienstgespräches wird nur in seltenen Fällen erwähnt. Diese "Dienstgespräche" sollen für jeden einzelnen betroffenen Kollegen getrennt durchgeführt werden. Viele Kollegen haben darauf richtig so reagiert, daß sie auf der vorherigen Angabe des Gesprächsgegenstandes bestanden haben, weil ein Anlaß zu einem privaten Gespräch mit einem dieser Herren nicht besteht. Nachdem das Oberschulamt hierauf als Betreff "Ihre Äußerung in der KVZ" nannte, und dann die Kollegen auf der Möglichkeit einer schriftlichen Stellungnahme beharrten, erhielten sie zur Antwort, daß nur in einem mündlichen Gespräch geklärt werden könne, was ihre Namensnennung in der KVZ bedeutet, und daß die Kollegen daher verpflichtet seien, zu einem "Dienstgespräch" zu erscheinen.

Solche Dienstgespräche haben aber eine eindeutige Funktion: Sie sollen das ohnehin schon vorhandene Material der Behörde über den Kollegen vervollständigen, um dann die Einleitung des eigentlichen Disziplinarverfahrens mit um so sichererem Erfolg zu garantieren. Im Disziplinarverfahren hat aber jeder Beamte – Referendare, Probe-, Zeit- und Lebenszeitbeamte – genau festgelegte Rechte: Er kann sich eines Beistandes bedienen, kann bis auf wenige Ausnahmen seine Disziplinarakte einsehen bzw. einsehen lassen, und er kann vor allem eine mündliche, schriftliche oder aber überhaupt keine Stellungnahme abgeben. Alle diese wichtigen Rechte stehen dem Beamten aber in einem "Dienstgespräch" nicht zu. Vielmehr ist hier der Beamte verpflichtet, Aussagen zu machen, und die Beteiligung eines Verteidigers ist zweifelhaft.

Bei dem "Dienstgespräch" über KVZ-Leserbriefe handelt es sich ganz eindeutig um einen Gegenstand eines Disziplinarverfahrens. Denn die Leserbriefe der Kollegen haben mit dem Dienstbetrieb rein gar nichts zu tun. Daher ist es klar, daß durch die Veranstaltung solcher "Dienstgespräche" die Kollegen restlos gestellt und eingeschüchtert werden sollen.

Gegenüber solch leicht durchschaubaren Praktiken ist es richtig, auf dem disziplinaren Charakter des angeordneten Gespräches zu bestehen, sich jeder mündlichen Stellungnahme zu den erhobenen Vorwürfen zu enthalten, bevor die Behörde nicht zugestanden hat, daß es sich um ein disziplinarrechtliches Vorermittlungsverfahren handelt, und bevor sie den Kollegen nicht auf die Rechte aufmerksam gemacht hat, die ihm in diesem Verfahren zustehen. Erst danach kann eine Stellungnahme zur "Sache" erfolgen, diese allerdings auch nur schriftlich nach vorheriger schriftlicher Bekanntgabe des Gegenstandes des Disziplinarverfahrens.

Wir müssen über diese Verfahrensweise des Oberschulamtes breit diskutieren, auch über die Frage, wie man sich dagegen zur Wehr setzt. Im Lehrerkollegium, bei den Schülern und Eltern und in der gesamten Öffentlichkeit müssen solche Vorgänge bekannt gemacht werden, weil juristische Maßnahmen und Schritte zwar eine gute Hilfe sein können, weil es aber im Ergebnis auf die breite Solidarität aller ankommt.

Der vorstehende Bericht zeigt, wie notwendig es ist, die breiteste Öffentlichkeit über Verfolgungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst zu unterrichten. Wir fordern daher unsere Leser auf, solche Vorgänge, falls sie bekannt werden, der Redaktion der KVZ zu berichten.

Trotz Verbot verkaufen wir KVZ

IN MEHREREN STÄDTEN VERBOT DES KVZ–VERKAUFS / DKP RUFT VERFASSUNGSSCHUTZ AN

Krefeld. Das Ordnungsamt versucht seit einigen Wochen das Verteilen von Flugblättern und den Verkauf von Zeitungen zu verhindern. So wurden Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Herbertstraße (AGH), die in einer Obdachlosensiedlung arbeiten, Strafanzeigen angedroht, weil sie in einem Flugblatt über die elende Situation in der Siedlung informierten, ebenso wurden Genossen der Kommunistischen Gruppe und der KSG von mit polizeilichen Vollmachten ausgestatteten Beamten des Ordnungsamtes der Verkauf der KVZ in der Krefelder Innenstadt verboten und schließlich wurde uns ausdrücklich verboten, bei unserem Infostand "Wir Kommunisten und die Verfassung" Zeitungen zu verkaufen.

Bei diesem Vorgehen stützt sich das Ordnungsamt auf den § 11 der Krefelder Verordnung, die das Verteilen von Flugblättern grundsätzlich genehmigungspflichtig macht und den Verkauf von Zeitungen verbietet, "mit der Einschränkung, daß Ausnahmen von der Ordnungsbehörde mit entsprechenden Auflagen zugelassen werden" (§ 11, Abs. 2).

Gegen diesen Paragraphen und für uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit haben wir zusammen mit anderen Gruppen eine "Gemeinsame Erklärung" an die Krefelder Lokalzeitungen, die Parteien und die Stadtverwaltung geschickt.

Die DKP beteiligte sich nicht an der "Gemeinsamen Erklärung". Wollte sie anfangs zur Bedingung machen, daß die Verwirklichung des Grundgesetzes Ziel dieser Erklärung sein müsse, so stellte DKP-Vorsitzender Horst Wilhelms schließlich fest: "In der Sache stimmen wir mit euch vollkommen überein; aber solange diese beiden Chaotengruppen (gemeint ist die KG und die KSG) unter der Erklärung stehen, werden wir nicht unterschreiben." Mit derselben Begründung zog auch die SDAJ ihre schon gegebene Unterschrift wieder zurück! Dies zeigt ganz deutlich: Wenn es um die demokratischen Rechte der Bevölkerung geht, stehen die DKP-Oberen niemals vorne an der Front, sondern im Abseits!

B.W., KG Krefeld

Osterholz-Scharmbeck. Seit einiger Zeit verkaufen wir die Kommunistische Volkszeitung (KVZ). Selbstverständlich stellt man sich hierbei an Orte, wo die meisten Menschen zu erreichen sind und nicht auf eine Kuhweide. Aus diesem Grund stellen wir uns, wie auch am Sonnabend, dem 6.4.74, vor das Kaufhaus Reuter. Offensichtlich ist aber die DKP der Meinung, daß nur ihr UZ-Verkauf die Leute zu Reuter lockt. Jedenfalls geht das aus ihrer Monatszeitschrift "Zur Sache" hervor. Dort wird nämlich behauptet, daß die Tatsache, daß wir vom KBW vor Reuter die KVZ verkaufen, ein Anhängen an den Schwanz der DKP sei, um unsere Zeitung unter die Leute zu mogeln.

Obwohl wir noch nicht lange in Osterholz-Scharmbeck arbeiten, ist das nicht das einzige Beispiel der Vorgehensweise der DKP, nämlich mit allen Mitteln zu versuchen, nur nicht mit der offenen Auseinandersetzung unsere politische Meinung aus Osterholz-Scharmbeck zu vertreiben. Denn wie ging es weiter?

Die nächsten Schritte waren:

Offene Denunziation bei Polizei und Verfassungsschutz. Sie haben nichts eiligeres zu tun, als sich öffentlich den Kopf des Verfassungsschutzes darüber zu zerbrechen, ob wir eigentlich eine Genehmigung für unseren Verkauf hätten. So geschehen im schon zitierten Blättchen. Sie haben sogar schon Anfragen an die Polizei gerichtet. Ist es nicht lächerliche Demagogie, wenn die DKP dann auch noch behauptet, **wir** arbeiten mit dem Verfassungsschutz zusammen. Tatsache ist, daß gerade die DKP das macht (Zitat eines SDAJ-Vertreters, offensichtlich im Eifer des Gefechts: "Wir haben wegen euch beim Verfassungsschutz angerufen.")

So geschehen auf einer Veranstaltung im Jugendheim OHZ.

Aber damit ist ihr Reservoir der gemeinen Tricks und Intrigen noch nicht erschöpft: In der Nacht zum 25.4.74 hörte es ein Diskothekenbesitzer aus Osterholz-Scharmbeck draußen fürchterlich krachen und erwischte, man höre und staune (d. h. eigentlich staunt man schon nicht mehr) den Sohn Bernhard des Kreisvorsitzenden und Landtagskandidaten Gerd Lieberum auf dem Marktplatz beim Zerstören zweier unserer Stellschilder zum 1. Mai.

Mao-tse Tung hat einmal gesagt: "Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen!"

Wir würden den einzelnen Menschen, die noch in der DKP sind, dringend empfehlen, sich ernsthaft mit dem Marxismus-Leninismus und den Maotse Tung-Ideen zu befassen, denn Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, daß man Auseinandersetzungen und verschiedene politische Ansichten offen vor der Bevölkerung, ohne zu lügen, ausführt, und daß dann die Arbeiter und das Volk selbst entscheiden, welcher Weg der richtige ist.

Ortsaufbauzelle Osterholz-Scharmbeck

Celle. Das Ordnungsamt hat uns jetzt verboten (Schreiben vom 17.5.), die KVZ in der Innenstadt zu verkaufen. Es begründet das Verbot damit, daß das uneingeschränkte Informationsrecht lediglich für die politischen Parteien gilt. Außerdem hätten wir schon genügend Gelegenheit gehabt, die KVZ zu verkaufen.

Dazu ist zu sagen: Dem Ordnungsamt gehören nicht die öffentlichen Straßen und Plätze, sondern sie gehören dem Volk.

Wir Kommunisten sind ein Teil der Bevölkerung. So richtet sich dieses Verbot nicht zufällig gegen uns und den Verkauf der KVZ. Denn in diesem Staat geht die Gewalt nicht vom Volk aus. Deshalb geht der bürgerliche Staat gegen alle Bewegungen vor, die wie wir für Sozialismus und umfassende Demokratie kämpfen.

Wir Kommunisten werden gegen dieses Verbot Widerspruch erheben und werden uns aber nicht auf die bürgerlichen Gerichte verlassen, sondern auf unsere eigene Kraft und die Unterstützung der Bevölkerung im Kampf für die uneingeschränkte Meinungs- und Informationsfreiheit. Trotz Verbot werden wir uns nicht das Recht nehmen lassen, die KVZ weiter in der Innenstadt zu verkaufen. Wie wir für das Recht eines jeden anderen eintreten, seine politische Zeitung zu verkaufen, die er für die Interessen der Arbeiter und des Volkes für dienlich hält.

Letzten Samstag haben wir verstärkt die KVZ in der Innenstadt verkauft und mit der Bevölkerung über das Verbot diskutiert. Das Verbot hat viel Empörung unter der Bevölkerung ausgelöst und das Interesse für die Ziele der Kommunisten, den Sozialismus, erhöht.

–R.K., Ortsaufbaugruppe Celle–

Die Fahrpreiserhöhung muss fallen!

FRANKFURT: AM 26.5. WURDEN DIE FAHRPREISE ZWISCHEN 30 UND 230 % ERHÖHT

Frankfurt, 25.5. Zum Zeitpunkt, an dem dieser Artikel veröffentlicht wird, werden durch willkürlichen Beschluß des Magistrats in Frankfurt drastische Erhöhungen der Fahrpreise (von mindestens 30 % bis maximal 230 %) in Kraft getreten sein – aber ganz sicher wird zu diesem Zeitpunkt auch der Kampf gegen diese Fahrpreiserhöhungen weitergehen, mit dem Ziel, sie zu Fall zu bringen. Egal wie dieses Kräftemessen zwischen Volk und Magistrat unmittelbar ausgehen wird – die Magistratsherren und die bürgerlichen Parteien, vor allem die SPD, die diese Erhöhung gegen den erklärten Willen der Bevölkerung durchdrücken wollen, werden jedenfalls nicht ungeschoren daraus hervorgehen. Das kann man heute schon sagen.
Gelingt es, die Fahrpreiserhöhung zu Fall zu bringen, so wird dies mit einer ernsten politischen Krise im Römer (dem Frankfurter Rathaus) zusammengehen. Denn für Rudi Arndt und Co. geht es bei der Sache ums Prinzip: dem Volk das Recht zu bestreiten, sich in die öffentlichen Angelegenheiten und in die Politik hineinzumischen.

Gerade das ist es aber, was immer größere Teile der Volksmassen in Frankfurt tun und als ihr Recht sich herausnehmen. Und aus diesem Grund wird es auch kein Sieg für den Magistrat sein, wenn er sich im Römer verschanzt, alle Fallbrücken hochzieht und starr an den Fahrpreiserhöhungen festhält. Das wird den Geist der Rebellion nur noch weiter verbreiten und die Lage der Magistratsherren verschlechtern und nicht verbessern.

DIE FAHRPREISERHÖHUNGEN SIND DER TROPFEN, DER DAS FASS ZUM ÜBERLAUFEN BRINGT

Das Gewitter des Volkszorns, das sich im Augenblick über dem Römer zusammenbraut, ist aus vielen verschiedenen Reibungspunkten zwischen Volk und Magistrat entstanden.
Das ungeheuer aufwendige und trotzdem aus allen Nähten platzende Verkehrswesen in Frankfurt – egal ob Straße oder Schiene – ist eine direkte Folge und nur die Kehrseite des ganzen Chaos, in welches die Kapitalisten diese Stadt gestürzt haben. Sie haben den ganzen inneren Stadtbereich mit ihren Geschäftsbauten in eine Wüste aus Glas, Stahl und Beton verwandelt und dafür Wohnhäuser straßenzugweise zerstört. Zehntausende von Menschen wurden in die Außenbezirke vertrieben. Dieser Prozeß wuchert immer rascher und zerstörerischer fort, wie ein Krebsgeschwür. Aufgrund dessen müssen immer größere Menschenmassen immer längere Anfahrtswege machen, um in Betrieb, Büro oder Kaufhaus zu gelangen. In die engen Straßenschluchten der Innenstadt paßt der Verkehr nicht mehr rein, er muß zunehmend unter die Erde gelegt werden. Das kostet irrsinnige Geldsummen. Ein 200-Meter-Straßentunnel, der kürzlich neueröffnet wurde, hat 30 Millionen gekostet. Ein 2 000-Meter U-Bahntunnel, der mit großer Reklame am 26. Mai eröffnet wurde, hat 300 Millionen Steuergelder verschlungen.

Für die Unterhaltung der Verkehrsmittel selbst stehen bereits keine Steuermittel mehr zur Verfügung. Tatsächlich wurde seit Jahren kein Pfennig an Steuern für den Ankauf und die Unterhaltung von Bahnen und Bussen ausgegeben, sondern alles dies mußte die Bevölkerung zusätzlich durch drückend hohe Tarife der Stadtwerke für Verkehr, Strom, Gas und Wasser aufbringen.

Dies alles sind Dinge, die die arbeitende Bevölkerung verständlicherweise äußerst erbittern. Noch mehr aber erbittert sie, daß ihr dies alles von der sozialdemokratischen Propaganda auch noch als großer Fortschritt verkauft wird. So ein Fortschritt ist zum Beispiel angeblich der "Frankfurter Verkehrsverbund", der mit den Fahrpreiserhöhungen zusammen am 26. Mai in Kraft tritt und für diese als Vorwand dient. Tatsächlich verbirgt sich hinter diesem wohlklingenden Namen buchstäblich nichts, als daß für die verschiedenen Verkehrsmittel, die nach Frankfurt hineinfahren, einheitliche Fahrkarten ausgegeben werden. Und daß für den Ausbau der Verwaltung, für die technische Umrüstung und für Werbung noch mehr Geld rausgeschmissen wird, als durch die Fahrpreiserhöhung zusätzlich dem Volk aus der Tasche gezogen wird.

Alle diese und andere Tatsachen bestimmen den Charakter des Kampfes gegen die Fahrpreiserhöhungen. Er dreht sich keineswegs nur um eine einzelne wirtschaftliche Frage. Sondern er dreht sich zentral um die Frage, daß das arbeitende Volk die Unterhaltung von öffentlichen und staatlichen Einrichtungen teuer bezahlen muß, die nicht nach seinen Interessen arbeiten, sondern nach denen der Kapitalisten, und worüber es nichts zu bestimmen hat.

Im Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen geht es darum, dem bürgerlichen Staat, der nur die Ausbeutung der Arbeiter und der übrigen Lohnabhängigen durch die Kapitaleigentümer sichert, **überhaupt** das Recht zu bestreiten, sich auf Kosten des Volkes durch abgepreßte Steuern, Gebühren und Tarife zu finanzieren.

Diese Stoßrichtung, die auf der Linie der Steuerforderungen unseres Programmes liegt, hat der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen in Frankfurt teilweise schon angenommen.

DIE GRÜNDUNG DER STADTTEILKOMITEES WAR EIN WICHTIGER SCHRITT IN DER ENTWICKLUNG DES KAMPFES

Von Anfang an war uns klar, daß eine entscheidende Bedingung des Siegs sein würde, Formen des demokratischen Zusammenschlusses aller aktiven, kampfbereiten Elemente aus der Arbeiterklasse und dem Volk zu schaffen, in denen sich ihre Initiative entfalten und ein einheitlicher Wille ausgebildet werden kann.
Da der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht allein Arbeitersache ist, sondern es für die Arbeiter darauf ankommt, sich in dieser Frage an die Spitze des ganzen werktätigen und ausgebeuteten Volkes zu setzen, ergriffen Mitglieder des KBW und seiner Massenorganisationen schon Ende März / Anfang April die Initiative zur öffentlichen Gründung von Stadtteilkomitees.

Schon die Mai-Kundgebung mit 10 000 Teilnehmern war beherrscht von Parolen gegen die Fahrpreiserhöhungen. Am 11. Mai fand auf Initiative der Komitees eine neue Demonstration statt, um die Kräfte für die entscheidende Phase des Kampfes zu sammeln. Es kamen über 3 000.

Am 21. Mai schließlich war eine "Protestkundgebung" des DGB angesagt, mit der der vorhandene Dampf in der organisierten Arbeiterschaft abgelassen werden sollte. Es zeigte sich, daß viele Kollegen es vorzogen, zu dieser Art von Protest, bei der sie sowieso nur Statisten sein sollten, gar nicht erst zu erscheinen. Es kamen nur ca. 5 000 auf den Römerberg, davon mindestens 3 000 durch die Komitees, den KBW und einige andere linke Organisationen mobilisiert.
Diese 3 000 zogen im Anschluß auf die Zeil, um dort eine eigene kämpferische Kundgebung zu halten und auch danach mit Agitation und kurzen Demonstrationszügen die Straße besetzt zu halten. Trotz anderthalbstündiger Verkehrsblockade auf einem Knotenpunkt des Schienenverkehrs wagte die Polizei nicht einzugreifen, da auch bei den Blockaden die Stimmung in den anwesenden Menschenmassen für uns und gegen den Magistrat war.



Auf Demonstrationen protestierten Tausende von Frankfurtern.

Auf den Gründungsversammlungen in neun Stadtteilen kamen jeweils zwischen 40 und 90 Personen, in ihrer Mehrzahl politisch nicht organisierte. Überall wurde gegen die Stimmen anwesender Vertreter der DKP, der Gruppe Rote Fahne und der Frankfurter Spontaneisten mit großer Mehrheit eine Plattform verabschiedet, in der neben der unmittelbaren Aktionslosung "Weg mit der Fahrpreiserhöhung" die Stoßrichtung des ganzen Kampfes klar festgelegt wurde durch die Forderung: Weg mit allen indirekten Steuern! Bestreitung der staatlichen Ausgaben ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Trotz vorhandener Schwächen sind die Komitees gegenwärtig die einzig wirksamen Organe des Volkswiderstands geworden. So ist es oft nicht gelungen, aus dem Clinch mit politischen Sektierergruppen herauszukommen und zu oft haben wir die Initiative an uns gerissen, ohne der Initiative der Unorganisierten Raum zu schaffen. Manche Entscheidungen, die schnell gefaßt werden mußten, wurden nicht demokratisch beschlossen. Doch die aktivsten Elemente aus der Arbeiterklasse und anderen Teilen des Volkes haben sich in den Komitees eng mit den Kommunisten zusammengeschlossen. Nur die Komitees besitzen gegenwärtig in Frankfurt die Autorität, größere Menschenmassen zur gemeinsamen Aktion zu rufen.

DER KAMPF GEGEN DIE FAHRPREISE ENTWICKELT SICH IN DIE BREITE UND IN DIE TIEFE

Die Sammlung von Unterschriften und die fortdauernde Aufklärungs- und Agitationsarbeit auf den Straßen und Plätzen seit sieben Wochen haben gezeigt, daß gerade die freche Propaganda des Magistrats in den Massen Empörung hervorgerufen hat. Diese Fahrpreiserhöhungen sind für viele der Punkt, wo sie sagen: Einmal muß Schluß sein!

Die weitere Agitation während dieser Woche, wofür wir alle 400 organisierten Mitglieder der Ortsgruppe und der Massenorganisationen fast täglich auf die Straße bringen, hat uns gezeigt, daß die Wut in der Arbeiterklasse und im Volk gegen diese Maßnahme des Magistrats eher noch wächst, statt der Resignation zu weichen. Die Menschen sehen, daß es Kräfte gibt, die an dem gesteckten Ziel zäh festhalten, und das ermutigt sie.

Am Montag, dem 27., wenn erstmals ganz Frankfurt sich nach den neuen Bedingungen fortbewegen soll, heißt unsere Parole: Ganz Frankfurt nach Betriebsschluß auf die Zeil! Alle Räder stehen still, wenn das ganze Volk es will!

DIE POLIZEI ÜBERFÄLLT EINEN AGITATIONSTRUPP DES KBW UND ZERSTÖRT LAUTSPRECHERANLAGE

Der Magistrat und seine Polizeitruppen reagieren auf diese Aufforderung immer nervöser: Heute, Samstag 25.5., überfielen sie mit Mannschaftswagen und zivilen Agenten einen Agitationstrupp des KBW auf der hellichten Zeil, schlugen die Genossen ohne Vorankündigung nieder, so daß manche bluteten, zertrümmerten eine Lautsprecheranlage, warfen die Flugblätter auf der Straße herum und zerrten vier Genossen in die Wagen. Kurze Zeit später überfielen sie auf die selbe Weise einen einzeln stehenden Schülergenossen.

Sie werden sich auf diese Weise nur immer verhaßter machen.

–G.K., Frankfurt–

Der Spielplatz muss bleiben

VERSAMMLUNG GEGEN SPIELPLATZ–ABBAU

Norden. Am Dienstag, den 21. Mai, versammelten sich zahlreiche Einwohner des Altstadtsanierungsgebiets "Neue Heimat" auf der Straße zwischen ihren Blocks. Der Grund war, daß am Nachmittag die Schaukeln auf dem Spielplatz des Wohngebiets abmontiert worden sind. Man nimmt an, daß das nur den Anfang für den gesamten Abbau des Spielplatzes bilden sollte.
Die Versammlung wurde von der Straße in den Waschraum eines Blocks verlegt. Die Mieter forderten, daß die SPD-Stadträte Janssen, Moritz und Bürgermeister Campen kommen und Rechenschaft ablegen sollten. Campen erschien nicht, Moritz sagte am Telefon, daß er lieber nicht kommen wollte, "solange die Leute so aufgeregt sind" (!). Peter Janssen kam schließlich, nachdem man ihm angedroht hatte, er brauche sich sonst dort nicht wieder blicken lassen. Janssen wurde von den Anwesenden zur Rechenschaft gezogen, was der Abbau der Schaukeln bedeuten sollte. Er sagte, er wüßte darüber nichts Genaueres, versicherte aber, daß der Spielplatz bleiben würde.
Die Anwesenden bekräftigten immer wieder, daß ein Spielplatz in so einem neugebauten Betonklotzgebiet unentbehrlich sei und daß man lieber 2 Schaukeln dazubauen sollte, als eine abzubauen. Viele Leute waren empört darüber, daß sich nicht mehr Leute von der SPD blicken ließen: "Die haben Schiß, daß sie eins über den Schnabel kriegen!", "Meine Stimme kriegt die SPD nicht wieder!" usw.
Ein SPD-Mitglied drohte einem Genossen der Kommunistischen Gruppe Norden, wenn von der Versammlung etwas in die Öffentlichkeit dringen würde, könnte er was erleben. Daraufhin wurde der Kommunist von einem Großteil der Anwesenden aufgefordert, sich ausführlich Notizen zu machen und die Sache möglichst breit in die Öffentlichkeit zu tragen, "damit endlich alle wissen, was hier los ist, und sich hinterher keiner rausreden kann!"
Die Anwesenden unterschrieben eine Resolution, in der sie für die Erhaltung des Spielplatzes eintraten. Wir unterstützen die Forderung der Bewohner des Altstadtsanierungsgebietes:

Der Spielplatz muß bleiben!

Kommunistische Gruppe Norden
(Sympathisanten des KBW)

25% für NPD-Kandidaten

Weinheim. Zur diesjährigen OB-Wahl gab es zwei Kandidaten: den bisherigen OB Gießelmann und den NPD-Funktionär Deckert.
Gießelmann ist ein Zögling des Großkapitalisten Freudenberg, der in Weinheim 13 500 Deutsche und Ausländer für sich schuften läßt. Vor 8 Jahren wurde Gießelmann nach Weinheim geholt, um eine Wahl des damaligen DGB-Vorsitzenden zum OB zu verhindern. Seine Aufgabe bestand darin, Weinheims Kommunalpolitik auf die Profitinteressen des Großkapitalisten Freudenberg auszurichten. Innerhalb von 10 Jahren sollen 10 000 weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.
Der NPD-Funktionär Deckert ist Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und Mitglied des Bundesvorstandes der NPD. Er trat als jemand auf, der die Bedürfnisse der Bevölkerung an erster Stelle sieht: Gegen Verstädterung, für mehr Kindergärten (Vorzug für deutsche Kinder) und sogar für mehr Demokratie sprach er sich aus.

Gießelmann, der als Kandidat der Freien Wählervereinigung von SPD und CDU unterstützt wurde, erhielt 70 % der Stimmen, Deckert 25 % und 5 % enthielten sich der Stimme.
Was können wir aus diesem Wahlergebnis lernen?
Obwohl Gießelmann 70 % der Stimmen erhielt, bedeutet dies bei einer Wahlbeteiligung von ca. 50 %, daß er nur 35 % aller Wahlberechtigten hinter sich brachte. Das ist für einen Mann, der alle bürgerlichen Parteien hinter sich hat, äußerst wenig und zeigt, daß das Ansehen der bürgerlichen Parteien gering ist.
Aus dem relativ hohen Stimmenanteil Deckerts müssen wir lernen: Die Faschisten versuchen aus dem derzeitigen Mißmut über die herrschenden Zustände Vorteile zu gewinnen. Dazu treten sie überaus demagogisch auf. Die Strategie besteht wie bei allen bürgerlichen Parteien darin, durch den Wähler auf den Sessel der Unabwählbarkeit gehoben zu werden und dort dann seine Ziele durchzusetzen. Unsere Aufgabe besteht darin, den Menschen, deren Vertrauen in die bürgerlichen Parteien schmilzt, eine klare Perspektive zu geben: den selbständigen Kampf für ihre eigenen Interessen, für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes, für den Sozialismus. Dazu müssen sich die Kommunisten auch bei den Wahlen stellen. Diese Aufgabe werden wir bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1975 anpacken. Diesmal griffen wir noch so in die Wahl ein, daß wir dazu aufforderten, den Wahlzettel ungültig zu machen.

–M.A.H., Weinheim/Red.–

Presse verschweigt Schuss

Karlsruhe. Am 16.5. fand eine Protestversammlung vor der Stadthalle statt. Sie richtete sich gegen das angekündigte Konzert einer Junta-treuen chilenischen Musikgruppe, das daraufhin abgesagt wurde. Am Rande dieser Versammlung gab es zwischen einer Frau der "guten" Gesellschaft, die sich für das Terrorregime in Chile aussprach, und einem jungen Mann einen Streit. Die Polizei schritt ein, um die Personalien des jungen Mannes festzustellen. Als er sich weigerte, sollte er festgenommen werden. Als er sich der Festnahme entzog, zog einer der beiden Polizisten die Pistole und schoß in die Luft. Dann lief er mit gezogener Pistole hinter dem jungen Mann her. Fast 300 Menschen haben den Schützen gesehen. Bis jetzt wurde von der reaktionären Lokalpresse dieser Schuß verschwiegen, auch die Polizei versucht diesen Schuß mit Schweigen zu vertuschen.



„Schutz der Rechtspflege"

Das Land Bayern hat im Bundesrat einen Entwurf für ein "Gesetz zum Schutz der Rechtspflege gegen extremistische Ausschreitungen" eingebracht. Es ist der bisher weitestgehende Vorschlag zur Einschränkung der Rechte der Verteidiger und Angeklagten in politischen Verfahren. Der Entwurf sieht neben Ordnungsstrafen für "Ungebühr vor Gericht" von 3 000 DM und drei Wochen Haft vor, das Erklärungsrecht der Verteidigung drastisch nach Gutdünken des Richters einzuschränken. Dabei kann der vorsitzende Richter ohne Gerichtsbeschluß Äußerungen der Angeklagten, die sie zu ihrer Rechtfertigung vorbringen, für ungebührlich erklären und mit den erwähnten Ordnungsstrafen belegen. Er kann Erklärungen der Verteidigung verhindern, indem er behauptet, sie "gehörten nicht zum Gegenstand des Verfahrens". Das heißt, je frecher und unverschämter ein Richter mit dem Angeklagten umspringt, desto größer seine Möglichkeiten, das Verhalten des Angeklagten, der etwa dagegen Einspruch erhebt, als ungebührlich zu verurteilen und mit Strafe zu belegen. Der Verteidigung kann er praktisch vorschreiben, was sie vorbringen darf zur Rechtfertigung ihrer Mandanten.
Doch dieser Gesetzentwurf zeigt nur, wie sehr die Bourgeoisie in politschen Prozessen in die Enge getrieben wird, denn jeder politische Prozeß wird zwangsläufig zu einem Tribunal gegen die Klassenherrschaft, die diese Klassenjustiz zu sichern hat.

–bb–

IN DER VORLESUNG

Professor ließ Patientin sterben

Am Dienstag, den 21. Mai, wurde in einer Chirurgievorlesung an der Technischen Hochschule Aachen eine 27-jährige ausländische Patientin als Demonstrationsobjekt vorgestellt. Die Patientin litt an einem Magenvolvolus (Drehung des Magens und damit eingeschränkter Durchgang der Magen-Darm-Passage). Die Patientin war sehr unruhig, warf sich auf ihrem Bett herum, erbrach sich und befand sich offensichtlich in einem schweren Schockzustand, während der Professor seelenruhig seine Vorlesung über die "Theorie" des Falls abwickelte.

Über diese Situation waren viele Studenten empört und wiesen den Professor auf den bedrohlichen Zustand der Patientin hin. Dieser antwortete jedoch, daß sie als Studenten nicht das nötige Wissen hätten, um den Fall beurteilen zu können und schließlich hätte er den Kreislauf der Patientin jederzeit in der Hand. Fünf Minuten später war die Kranke tot. Dagegen behauptet die Bild-Zeitung am 25. Mai, die Patientin wäre erst eine halbe Stunde nach der Vorlesung gestorben. Das ist aber eine glatte Unwahrheit, die wohl bloß diesen Professor schützen soll. Der Professor ist Dr. Reifferscheid, eine bekannte "Kapazität" auf dem Gebiet der Chirurgie.

Die Fachschaft (Vertretung der Studenten) Medizin ist der Sache nachgegangen. So kam heraus, daß die Patientin sich schon am Tag zuvor in einem äußerst schlechten Zustand befunden hatte und daß es unmöglich gewesen war, aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse, etwas über ihre Krankheitsgeschichte zu erfahren. Wie ist da aber möglich, daß von ihr die Einverständniserklärung gegeben wurde zur Vorstellung im Hörsaal? (Eine derartige Erklärung ist für eine solche Vorstellung Pflicht). Weiter: Es ist Vorschrift, daß Patienten bei akutem Schock von einem Narkosearzt betreut werden müssen. Während der ganzen Zeit im Hörsaal war die Kranke ohne Infusionen und der nächste Narkosearzt war in einem ganz anderen Stockwerk. Das alles scheint der saubere Herr Professor vor der Öffentlichkeit verbergen zu wollen, denn bei der Obduktion der Leiche durften die anwesenden Studenten kein Protokoll anfertigen. Darüberhinaus erschien am Freitag in der Mensa der Hochschule eine Angestellte und wollte die Flugblätter der Fachschaft, die über diesen Fall berichteten, einsammeln. Das tat sie im Auftrag des Rektors der Hochschule! Dieser Fall zeigt, was den bürgerlichen Herren Professoren am Wohl der Patienten liegt, wenn diese nicht gerade zu den feinen Privatpatienten gehören, an denen sie eine Stange Geld verdienen können. Es zeigt, wie selbstherrlich diese Herren sind, die sich über alle Ratschläge und Meinungen der Studenten hinwegsetzen, auch wenn dies ein Menschenleben kostet. Die Kranken aus den Reihen der Werktätigen sind für sie bestenfalls Objekte, an denen sie ihre "Theorien" ausprobieren können. Darüberhinaus haben diese "Halbgötter in Weiß" solche Machtpositionen, daß sie "Kunstfehler" – wie es so schön heißt – meist vertuschen können, was auch oft geschieht, denn solche "Kunstfehler" kommen nur allzu häufig vor. Einer Kontrolle durch das Volk unterliegen diese Herren in diesem System ohnehin nicht. Aber daß gerade diese Kontrolle wichtig und notwendig ist, zeigt dieser Fall.

– D.J., KHI Aachen –

BRUTALITÄT DER JUSTIZ

Jugendstrafvollzug

Laufen/Oberbayern. Als Zeitungsreporter hatte ich die Möglichkeit, mich zusammen mit Jugendamtsvertretern davon zu überzeugen, wie traurig es um den Jugendstrafvollzug in Bayern (und sicher nicht nur dort) bestellt ist. In dem Jugendgefängnis Lebenau, das noch als harmloseste aller Vollzugsanstalten bekannt ist, "sitzen" erstbestrafte Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren. Die weitaus größte Zahl von ihnen, nämlich 80 Prozent, verbüßen hier wegen Eigentumsdelikten Haftstrafen von mindestens sechs Monaten. Die sogenannten Entwicklungstäter sollen hier vor allem das Vertrauen in die eigene (Arbeits-)Kraft wiederfinden. Bei 90 Pfennig bis 1,50 DM Tageslohn schafft das jedoch kaum einer von ihnen; 50 Prozent werden rückfällig. Die Gefängnisleitung dazu stolz: "Woanders liegt die Quote wesentlich höher."

Angesichts dieser sagenhaften Ausbeutung, der sich die Insassen nicht einmal entziehen können (es besteht absoluter Arbeitszwang, sonst droht Einzelhaft und "hartes Lager"), verwundert das kaum. Wie soll ein Häftling den Sprung zurück (wohin?) auch schaffen, der stundenlang die Autos seiner Bewacher für ein Trinkgeld repariert, oder in hauseigenen Werkstätten Produkte für die Spielwarenindustrie fertigt? Wie soll er je den Anschluß wieder finden können, wenn ihm jeder Kontakt zur "Außenwelt" während seiner Haft untersagt ist (einzige Ausnahme: Angehörige dürfen ihn einmal im Monat eine halbe Stunde lang besuchen)?

Ansonsten ist er ständig den Launen der Justizvollzugsbeamten unterworfen, die auf den Polizeischulen außer Pünktlichkeit, Gehorsam und Schikane nicht viel gelernt haben. Die Personalstruktur zeigt überdeutlich, daß eine Resozialisierung bis heute nur ein Schlagwort geblieben ist. Sie wird es auch bleiben, solange man den Straftätern keine echte Alternative bieten kann; und in diesem System kann man es sicher nicht.

Man scheint das bei den zuständigen Stellen zu ahnen; in Laufen "wirkt" unter 78 Gefängnisbeamten nur eine einzige Psychologin. Aber nicht einmal sie genießt das volle Vertrauen der Inhaftierten; sie hat es durch ihre eindeutige Loyalität gegenüber der Gefängnisleitung längst verloren.

All diese Mißerfolge in ihrer Erziehungsarbeit können die Behörden jedoch nicht verwinden. Man investiert lieber nicht mehr (der "Sprung" vom Blechnapf zum Porzellan-Geschirr ist in Laufen noch nicht geschafft), sondern beutet die Gefangenen durch Zwangsarbeit aus. Daß mittlerweile auch Rauschgiftsüchtige in Laufen unter den selben Bedingungen einsitzen, unterstreicht die Hilflosigkeit und Brutalität der Justizvollstreckung. Wenngleich es hier ganz deutlich auf der Hand liegt, will sie nichts davon wissen, daß nur eine hilfsbereite, menschbezogene – eine sozialistische Gesellschaft – den "Entwicklungstätern" wirklich helfen kann.

– nym –

Ärzte gegen Abtreibung

Umfrage unter Gießener Krankenhausfachärzten ergab: Auch wenn die Fristenregelung Gesetz wird, wollen sie keine Abtreibungen vornehmen.

Gießen. Mit der Begründung, das "Gewissen des Arztes muß über dem Gesetz stehen, denn er ist es, der den Embryo töten muß", kündigte die Mehrheit der Gießener Krankenhausfrauenärzte an, daß sie – auch wenn die Fristenregelung Gesetz werden sollte – auch weiterhin keine Abtreibungen vornehmen will. Ausnahmen nur bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter ("medizinische Indikation") oder bei "schwerwiegenden Gründen", was der Arzt beurteilen soll, alles andere sei Mord.

Diese Ärzte, die samt und sonders hochdotierte Posten innehaben (Chef-, Ober- und Belegärzte) treten an mit dem Ruf "Schutz des Lebens". Dies ist reine Heuchelei: Daß in dieser Gesellschaft die elende Lage vieler Arbeiter- und Angestelltenfamilien Abtreibungen erzwingt, rührt diese Herren nicht. Natürlich sind Abtreibungen kein normales Mittel, das angewandt werden kann wie eine Blinddarmoperation. Aber das Volk braucht das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, andernfalls wird es in der Notlage der Willkür des Staates und des hier erwähnten Ärztepacks ausgeliefert sein. Denn ebensowenig wie der Staat beim Abtreibungsverbot "das Leben schützen" will, wollen es diese Ärzte. Ihnen geht es um die Erhaltung sicherer Geldquellen. Denn erstens haben viele Ärzte schon immer abgetrieben. Zweitens können sie, solange Abtreibungen illegal sind, Riesensummen für die Abtreibung abpressen. Damit hätte es wohl ein Ende, wenn nicht mehr die Furcht vor Strafverfolgung den so Ausgeplünderten den Mund verschließen würde.

Kein Platz im Altersheim

Wiesbaden. Beim KVZ-Verkauf habe ich in einem Gespräch mit einem Rentner, der weit über 65 Jahre alt ist, folgendes erfahren: Er kam gerade vom Sozialamt, wo er nach einem Platz in einem Altersheim nachgefragt hatte. Man legte ihm eine Liste mit 22 Altersheimen vor und sagte ihm, er solle doch einmal bei allen vorbeigehen und fragen, ob jemand gestorben sei, damit er den freigewordenen Platz bekommen kann.

Wenn die Arbeitskraft, die ein Leben lang den Kapitalisten Profite geschaffen hat, verbraucht ist, besteht in dieser Gesellschaft auch kein Interesse mehr an ihr; entsprechend sind auch die Lebensbedingungen vieler älterer Menschen.

Ortsaufbaugruppe Wiesbaden

BERUFSFORTBILDUNGSWERK:

Nach Umschulung arbeitslos

Köln. Beim Berufsfortbildungswerk (BFW) des DGB werden in Köln zur Zeit über 50 Kolleginnen und Kollegen von ihren alten Berufen auf den Industriekaufmann umgeschult. Einmal handelt es sich hierbei um Kollegen, die in ihrem Ausbildungsberuf keine Stelle mehr bekamen (das heißt die nur während ihrer Lehrzeit Profit brachten), zum anderen handelt es sich um Kolleginnen und Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen umgeschult werden müssen.

Gleich zu Beginn hat das Arbeitsamt die Kollegen kräftig reingelegt. Nachdem ihnen der Lehrgangsbeginn mitgeteilt worden war und sie in der Firma gekündigt hatten, verschob das

richtig meinten, "wenn wir jetzt schon keine Praktikantenstelle kriegen, bekommen wir doch erst recht keinen Job". Eine heiße Diskussion gab es über die Frage, wer für diese ganze Entwicklung verantwortlich sei. Während anfangs die meisten Kollegen die Schuld beim Arbeitsamt sahen, merkten sie in der Diskussion bald, daß die Krise, die wir zur Zeit in der BRD haben, auf Kosten der Arbeiter und Lehrlinge ausgetragen werden soll. Das Arbeitsamt spielt in diesem Spiel nur den nützlichen Büttel, der nach der Pfeife der Fabrikbesitzer tanzt.

Nach dieser Diskussion wurde eine

Gießen. Mit der Begründung, das "Gewissen des Arztes muß über dem Gesetz stehen, denn er ist es, der den Embryo töten muß", kündigte die Mehrheit der Gießener Krankenhausfrauenärzte an, daß sie – auch wenn die Fristenregelung Gesetz werden sollte – auch weiterhin keine Abtreibungen vornehmen will. Ausnahmen nur bei Gefahr für Leben und Gesundheit der Mutter ("medizinische Indikation") oder bei "schwerwiegenden Gründen", was der Arzt beurteilen soll, alles andere sei Mord.

Diese Ärzte, die samt und sonders hochdotierte Posten innehaben (Chef-, Ober- und Belegärzte) treten an mit dem Ruf "Schutz des Lebens". Dies ist reine Heuchelei: Daß in dieser Gesellschaft die elende Lage vieler Arbeiter- und Angestelltenfamilien Abtreibungen erzwingt, rührt diese Herren nicht. Natürlich sind Abtreibungen kein normales Mittel, das angewandt werden kann wie eine Blinddarmoperation. Aber das Volk braucht das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, andernfalls wird es in der Notlage der Willkür des Staates und des hier erwähnten Ärztepacks ausgeliefert sein. Denn ebensowenig wie der Staat beim Abtreibungsverbot "das Leben schützen" will, wollen es diese Ärzte. Ihnen geht es um die Erhaltung sicherer Geldquellen. Denn erstens haben viele Ärzte schon immer abgetrieben. Zweitens können sie, solange Abtreibungen illegal sind, Riesensummen für die Abtreibung abpressen. Damit hätte es wohl ein Ende, wenn nicht mehr die Furcht vor Strafverfolgung den so Ausgeplünderten den Mund verschließen würde.

Wiesbaden. Beim KVZ-Verkauf habe ich in einem Gespräch mit einem Rentner, der weit über 65 Jahre alt ist, folgendes erfahren: Er kam gerade vom Sozialamt, wo er nach einem Platz in einem Altersheim nachgefragt hatte. Man legte ihm eine Liste mit 22 Altersheimen vor und sagte ihm, er solle doch einmal bei allen vorbeigehen und fragen, ob jemand gestorben sei, damit er den freigewordenen Platz bekommen kann.

Wenn die Arbeitskraft, die ein Leben lang den Kapitalisten Profite geschaffen hat, verbraucht ist, besteht in dieser Gesellschaft auch kein Interesse mehr an ihr; entsprechend sind auch die Lebensbedingungen vieler älterer Menschen.

Ortsaufbaugruppe Wiesbaden

BERUFSFORTBILDUNGSWERK:

Nach Umschulung arbeitslos

Köln. Beim Berufsfortbildungswerk (BFW) des DGB werden in Köln zur Zeit über 50 Kolleginnen und Kollegen von ihren alten Berufen auf den Industriekaufmann umgeschult. Einmal handelt es sich hierbei um Kollegen, die in ihrem Ausbildungsberuf keine Stelle mehr bekamen (das heißt die nur während ihrer Lehrzeit Profit brachten), zum anderen handelt es sich um Kolleginnen und Kollegen, die aus gesundheitlichen Gründen umgeschult werden müssen.

Gleich zu Beginn hat das Arbeitsamt die Kollegen kräftig reingelegt. Nachdem ihnen der Lehrgangsbeginn mitgeteilt worden war und sie in der Firma gekündigt hatten, verschob das

Arbeitsamt den Lehrgangsbeginn um mehrere Monate. Damit stand natürlich ein ganzer Teil der Lehrgangsteilnehmer finanziell auf dem Schlauch. Der zweite Knüller kam dann, als den Kollegen nach mehrmonatiger Schulausbildung mitgeteilt wurde, daß es fast keine Praktikantenstellen gäbe. Eine sechsmonatige Praktikantenzeit ist aber Voraussetzung, um überhaupt die Prüfung bei der Industrie- und Handelskammer machen zu können. In einer Klasse von 25 Kolleginnen und Kollegen gab es ganze 7 Stellen, und zwar für die jungen Kolleginnen, die tippen können.

Nun waren die meisten Kollegen sauer und beschlossen beim Arbeitsamt Dampf zu machen. Eine Klasse führte nach dem Unterricht eine Sitzung durch und beschloß, an den Arbeitsminister einen offenen Brief zu schreiben. In diesem Brief sollte aufgezeigt werden, daß auf Kosten der Arbeiterklasse Kollegen umgeschult werden, die dann hinterher keiner einstellt; denn wie viele Kollegen

richtig meinten, "wenn wir jetzt schon keine Praktikantenstelle kriegen, bekommen wir doch erst recht keinen Job". Eine heiße Diskussion gab es über die Frage, wer für diese ganze Entwicklung verantwortlich sei. Während anfangs die meisten Kollegen die Schuld beim Arbeitsamt sahen, merkten sie in der Diskussion bald, daß die Krise, die wir zur Zeit in der BRD haben, auf Kosten der Arbeiter und Lehrlinge ausgetragen werden soll. Das Arbeitsamt spielt in diesem Spiel nur den nützlichen Büttel, der nach der Pfeife der Fabrikbesitzer tanzt.

Nach dieser Diskussion wurde eine

Delegation gewählt, die zum Arbeitsamt marschierte und von der bevorstehenden Aktion berichtete – und siehe da, immer mehr Betriebe erklärten sich bereit, Praktikantenstellen zur Verfügung zu stellen, zumal die Praktikanten für die Industrie ja kostenlos arbeiten, denn sie werden während dieser Zeit vom Arbeitsamt, das heißt vom Geld der Arbeiter, bezahlt.

Eins haben die Kollegen gemerkt:

- daß wir Arbeitsämter brauchen, die von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, und die aus dem Versicherungsfonds bezahlt werden;
- daß wir um unsere Rechte kämpfen müssen;
- und daß der Ausweg aus der Krise eben die Abschaffung eines Wirtschaftssystems bedeutet, das uns immer wieder Krisen beschert, die auf unserem Rücken ausgetragen werden: deshalb vorwärts im Kampf um den Sozialismus.

–p.m., Dozent beim BFW–

Die Misstände in der Psychiatrie

DIE FORDERUNGEN DES "MANNHEIMER KREISES"

Am 18./19. Mai fand in Andernach ein Treffen des "Mannheimer Kreises" statt. Im "Mannheimer Kreis" haben sich fortschrittliche Schwestern, Ärzte, Pfleger, Psychotherapeuten usw. zusammengeschlossen, die im Bereich der Psychiatrie arbeiten, und führen halbjährliche Treffen durch, um ihre Erfahrungen und Kritik an den bestehenden miserablen Verhältnissen in der Psychiatrie zusammenzutragen und ihre Forderungen öffentlich zu vertreten. Die Teilnehmerzahl dieses Kreises nimmt von Mal zu Mal zu.

Der Kreis beschloß einstimmig die folgenden Forderungen:

1. Überführung der Kassen- und Sozialversicherungsträger in die ausschließliche Selbstverwaltung der Sozialversicherten.

2. Wiedereinrichtung der Berechtigung zur ambulanten Behandlung für alle Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens (um das ambulante Behandlungsmonopol der Ärzte abzubauen und dem drohenden ambulanten Behandlungsmonopol nichtärztlicher Psychotherapeuten vorzubeugen).

3. Einrichtung von Ambulatorien unter der Selbstverwaltung der Kassen und Sozialversicherungsträger, sowie von Beratungsstellen, von ambulant arbeitenden Vor- und Nachsorgeeinrichtungen bzw. Einrichtung einer gemeindenahen Psychiatrie.

4. Staatliche Anerkennung der nichtärztlichen Psychotherapeuten nach Absolvierung einer theoretischen und praktischen Ausbildung als Bestandteil akademischer und nichtakademischer Ausbildungsgänge an öffentlichen Ausbildungs- und Versorgungseinrichtungen und ständige Weiterbildungsmöglichkeit für Berufspraktiker in Zusammenarbeit mit öffentlichen Ausbildungseinrichtungen.

5. Wir lehnen eine Beschrankung der Zulassung zum Psychotherapeuten als Heilberuf ausschließlich auf Ärzte und Psychologen ab. Unter diesem Aspekt ist auch abzulehnen, bei der Etablierung des nichtärztlichen Psychotherapeuten als Heilberuf nur Psychologen, nicht aber andere in der Psychiatrie tätige Berufsgruppen zu beteiligen.

6. Abzulehnen ist weiterhin die Kontrolle der Ausbildung und der Berufsausübung durch privatrechtlich organisierte Berufsverbände, besonders wenn damit die Gründung von Kammern verbunden ist. Auch als Übergangsregelung ist dies abzulehnen, da in der BRD bisher noch keine Kammer wieder abgeschafft wurde.

7. Die Finanzierung von Psychotherapie darf nicht einseitig am medizinischen Modell psychischer Erkrankungen ausgerichtet sein, sondern muß berücksichtigen, daß Psychotherapeuten heute ohne die Einbeziehung des sozialen Umfeldes, weitergehender sozialer Faktoren und gesundheitspolitischer Probleme nicht vertretbar ist.

Zur Durchsetzung dieser Forderungen empfiehlt der Mannheimer Kreis:

1. Intensive Propagierung und Unterstützung dieser Forderungen in Organisationen und den Ausbildungsinstitutionen im Bereich der Psychiatrie und des Gesundheitswesens.

2. Propagierung dieser Forderungen im Rahmen aktiver Gewerkschaftsarbeit (z.B. ÖTV und GEW) durch die Mitglieder des Mannheimer Kreises, der Deutschen Gesellschaft für soziale Psychiatrie (DGSP) und der Gesellschaft zur Förderung der Verhaltenstherapie (GVT) und anderer fortschrittlicher Organisationen.

3. Die GVT und DGSP und alle fortschrittlichen Kollegen im Gesundheitswesen werden aufgefordert, sich auf den Boden dieser Resolution zu stellen und sie auf dem Ärztetag 1974 (Ende Juli in Berlin) zu vertreten.

Ambulatorien waren Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesen, die von den Sozialversicherten während der Weimarer Republik erkämpft wurden und in denen Untersuchungen, ambulante Behandlungen und einfache Operationen durchgeführt wurden. Die Ambulatorien standen unter der Aufsicht der Krankenkassen und waren im Volk sehr beliebt; sie wurden auf Betreiben der niedergelassenen Ärzte von den Faschisten aufgelöst. Seither haben die niedergelassenen Ärzte wieder das alleinige Recht auf ambulante Behandlung.

Die Versammlung und die einstimmige Zustimmung zu dieser Resolution zeigen, daß unter den Beschäftigten im Gesundheitswesen die Bereitschaft wächst, sich mit den Sozialversicherten und allen Werktätigen zusammenzuschließen und den Kampf für eine bessere gesundheitliche Versorgung des Volkes aufzunehmen.

Aus ihrer Erfahrung erkennen sie immer deutlicher, daß eine Verbesserung der empörenden Zustände im Gesundheitswesen nicht durch Anträge an den bürgerlichen Staat erreicht werden kann, sondern daß die Sozialversicherten das Gesundheitswesen in ihre Hände nehmen und unter ihre Selbstverwaltung stellen müssen.

–P.B., H.P., Heidelberg–

Einen Betriebskindergarten für alle!

Karlsruhe. Vor zwei Jahren wandten sich zwei MTA's (Medizinisch–Technische Assistentinnen) an den Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe mit der Forderung nach einem Betriebskindergarten. Sie sammelten 346 Unterschriften, die sie ebenfalls an die Stadtverwaltung schickten. Der Antwortbrief des Oberbürgermeisters war negativ: Er freue sich zwar, daß er so aktive Mitarbeiter hätte, aber es bestehe doch gar kein Bedarf und außerdem wäre dieses Projekt für die Stadt finanziell untragbar.

Die 346 Unterschriften ließ er einfach unter den Tisch fallen. Auf eine erneute Anfrage der zwei MTA's kam als Antwort eine Kostenberechnung: Bau eines Kindergartens 100 000 DM, Unterhalte 80 000 DM. Der Personalrat unternahm in dieser Sache ebenfalls nur eine Kostenanalyse. Er stellte sich genausowenig hinter diese Aktion wie die Krankenhausverwaltung, die sie aus "grundsätzlichen Erwägungen" ablehnte. Offiziell wurde dies nie bekanntgegeben, inoffiziell konnte man von den zuständigen Herren jedoch hören, daß "da ja jede Putzfrau einen Kindergartenplatz für ihr Kind fordern könnte". Damit haben diese Herren der Verwaltung sogar sehr recht, denn es ist durchaus nicht einzusehen, warum dies eine Putzfrau nicht tun sollte, wenn sie ein Kind hat, das einen Platz im Kindergarten benötigt. Daß dies ein Grund sein sollte, keinen Kindergarten bauen zu wollen, rief überall laute Empörung hervor.

Nach Verabschiedung des neuen Krankenhausfinanzierungsgesetzes, nachdem das Land einen Teil der Kosten übernehmen müßte, stellt die Stadt für 1978 einen Kindergarten in Aussicht. Dieser Kindergarten soll 30 Plätze haben. Die MTA's gaben den Kampf auf, da ihnen mit einem Eintrag in die Personalakte gedroht worden ist und sie auch anderen Repressalien ausgesetzt wurden. Die SMV (Schülermitverwaltung) nimmt jetzt den Kampf wieder auf.

Die Stadt glaubt, daß die Diskussion um den Kindergarten jetzt einschlafen muß, wo sie doch jetzt endlich einen bauen. Daß sich die 2 300 Beschäftigten des Städtischen Krankenhauses nicht verdummen lassen, zeigt, daß die Diskussion im Gegenteil wieder stärker geworden ist. Sie wissen genau, daß bei einer Auswahl, die zwangsläufig bei einer so geringen Anzahl von Plätzen stattfinden muß, diejenigen den Vorrang haben werden, die den größten Einfluß und die meisten Beziehungen haben – nämlich die Ärzte und höheren Verwaltungsangestellten, nicht aber diejenigen, die den Kindergarten gefordert haben, weil sie ihn am meisten brauchen, – nämlich die, die auch wenn oder gerade weil sie Kinder haben, arbeiten müssen. Die SMV führt jetzt erneut eine Unterschriftensammlung duren, um noch einmal den wirklichen Bedarf zu zeigen. Der Kampf darf jetzt nicht aufhören, er muß erneut sehr heftig geführt werden. Es muß ein Kampf um die Forderung "Tagesstätten und Kindergärten unter Kontrolle des Betriebsrates für alle Arbeitsstätten" geführt werden!

–b–, Karlsruhe

Protest vor Oberschulamt

Heidelberg. Am 17.5. sollte der Lehramtskandidat W.Mohl entsprechend einer Aufforderung in das Oberschulamt Karlsruhe kommen. Die Vertreter der Schulbehörde wollten die politische Einstellung des Lehramtsanwärters Mohl persönlich überprüfen, die zwei schriftlichen Stellungnahmen Mohls reichten ihnen nicht. Gegen Mohl erhebt die Schulbehörde den Vorwurf, auf der Liste der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg für das Studentenparlament kandidiert zu haben. Die Verweigerung, ihn aus diesem Grund in den Schuldienst einzustellen, ist also ein scharfer Angriff auf die freie politische Betätigung an den Hochschulen. Deshalb beschlossen die Heidelberger Studenten auf einer Vollversammlung, mit nach Karlsruhe zu fahren. Der Teilnehmer L.G. schreibt:

Am 17. Mai waren ca. 100 Menschen vor dem Oberschulamt versammelt; es wurde eine Delegation gebildet, die vom Oberschulamt ein öffentliches Anhörungsverfahren forderte. Nach einer Beratung lehnten die Vertreter des Oberschulamtes dies ab und meinten, daß Mohl allein "verhört" werden soll. Wir wandten uns entschieden dagegen, bildeten Sprechchöre, deren Inhalt die Forderungen nach Öffentlichkeit und die sofortige Einstellung aller Lehramtskandidaten waren. Der Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Pädagogischen Hochschule Heidelberg gab die über 1 000 Unterschriften und Mohl seine schriftliche Stellungnahme ab. In der Stellungnahme wird die Vorgehensweise des Oberschulamts verurteilt und auf dem Recht beharrt, zu kandidieren.

Daraufhin gingen wir geschlossen zum Marktplatz und machten eine Kundgebung. Die Stellungnahme des AStA der Pädagogischen Hochschule Heidelberg wurde verlesen, der Vertreter des AStA von Karlsruhe unterstützte sie und Mohl las seine Stellungnahme vor. Die Vertreter des Oberschulamts, die – als wir noch vor dem Oberschulamt standen – in aller Öffentlichkeit aufgefordert worden sind, zur Kundgebung auf dem Marktplatz zu kommen, sind natürlich nicht erschienen. Sie sind wohl "dem Pöbel auf der Straße keine Rechenschaft schuldig", wie es die Vertreter des Freiburger Oberschulamts ausdrückten. Ein Vertreter der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) stellte die Berufsverbote in den richtigen Zusammenhang, das heißt, er ging von der miserablen Ausbildungssituation aus und stellte anhand der demokratischen Forderungen dar, wie man mit der richtigen Perspektive dagegen angehen kann.

–L.G., Heidelberg–

Unter den Studenten fand dieses klare Vorgehen breite Zustimmung. Sie werden den Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Beruf überall verstärkt fortsetzen.

Demonstration gegen Berufsverbote

OFFERGELD UND HOLZER IN BAYERN AUS DEM ÖFFENTLICHEN DIENST ENTLASSEN

München. Am 21.5. fand eine Demonstration gegen die Berufsverbote statt, zu der die Studentenschaft Bayerns aufgerufen hatte. Die Demonstration brachte die Entschlossenheit zum Ausdruck, mit der es gilt, jeden Angriff auf das Recht der Meinungs- und Redefreiheit, der Organisations- und Demonstrationsfreiheit entschieden zu bekämpfen und zurückzuweisen.

Wie überall, so geht auch hier der kapitalistische Staat immer schärfer gegen all diejenigen vor, die das System der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" mit all seinen Auswüchsen in Frage stellen. Dabei ist es ihm völlig gleich, ob die Berufsverbote Mitglieder in bürgerlichen Parteien wie zum Beispiel SPD und DKP oder aber Kommunisten treffen. Der kapitalistische Staat ist zu seinem Erhalt im Zuge der verschärften Klassenauseinandersetzungen auf Funktionäre angewiesen, die bedingungslos die Ausbeuter- und Unterdrückungsordnung verteidigen werden. Dafür bieten aber fortschrittliche Menschen oder gar Kommunisten sicher keine Gewähr.

In München wurde nach dem SPD-Mitglied Offergeld, der mit fadenscheinigen Gründen und Lügen aus dem Schuldienst entlassen wurde, jetzt Professor Holzer, der DKP-Mitglied ist, die Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit verweigert und das Beamtenverhältnis auf Probe gekündigt. Die Gründe für diese Entlassungen lagen bei Offergeld darin, daß er in den Vorstand des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW gewählt worden war, bei Holzer war die Entlassung durch seine DKP-Mitgliedschaft begründet.



4 000 demonstrierten in München gegen die Berufsverbote und gegen die fortschreitende politische Entrechtung im öffentlichen Dienst.

Gegen die fortschreitende Entrechtung im öffentlichen Dienst gilt es eine breite Front aller fortschrittlichen Menschen und Kommunisten zu errichten, was aber nicht so aussehen kann, daß sich das DKP-Mitglied Holzer von den Aktionen der Studentenschaft Bayerns distanziert, nämlich von einem durchgeführten aktiven Vorlesungsboykott in der Münchner Universität, in dem wieder die Polizei und rechte Schlägertrupps zum Einsatz kamen, und von der Demonstration, zu der die Studentenschaft Bayerns und auch der Zentralrat des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) aufgerufen hatten.

Die Quittung für das spalterische Verhalten – DKP und die DKP-Studentenorganisation Spartakus hatten zu einer eigenen Demonstration aufgerufen – bekamen sie von all denen erteilt, die bereit sind, gegen die Maßnahmen des kapitalistischen Staates zu kämpfen: An der DKP-Demonstration nahmen nur 500 Studenten teil, während bei der Studentenschaft Bayerns über 4 000 marschierten.

Als Begründung für ihr spalterisches Vorgehen hatten DKP und DKP-Spartakus angegeben, daß es gelte, das Bündnis mit der Arbeiterklasse einzugehen, was sie dadurch gewährleistet sehen, daß auf ihrer Kundgebung ein aktiver DKP-Gewerkschafter sprach.

–Hochschulzelle der Ortsaufbaugruppe München–

Streik gegen Numerus Clausus

FREIBURGER MEDIZINSTUDENTEN BESCHLIESSEN STREIK

Zu Beginn des Semesters überraschte Studenten haben die Forderung auf-

takus angegeben, daß es gelte, das Bündnis mit der Arbeiterklasse einzugehen, was sie dadurch gewährleistet sehen, daß auf ihrer Kundgebung ein aktiver DKP-Gewerkschafter sprach.

–Hochschulzelle der Ortsaufbaugruppe München–



4 000 demonstrierten in München gegen die Berufsverbote und gegen die fortschreitende politische Entrechtung im öffentlichen Dienst.

Streik gegen Numerus Clausus

FREIBURGER MEDIZINSTUDENTEN BESCHLIESSEN STREIK

Zu Beginn des Semesters überraschte das Dekanat der medizinischen Fakultät auf einer Einführungsveranstaltung die 500 anwesenden Studenten mit einem empörenden Vorhaben, das einzelne Vertreter der medizinischen Fakultät zusammen mit dem Kanzler und sogenannten Rechtsberatern ausgekocht haben: Von den 237 Studenten, die sich zur Zeit im ersten klinischen Studienabschnitt befinden, sollen in ein paar Monaten 77 durch ein Losverfahren rausgeworfen werden, die dann ein Semester mit ihrem Studium aussetzen müssen, weil sie nicht zu den Praktika zugelassen werden. Alle Studenten, die jetzt am Ende des Sommersemesters 74 das Physikum bestehen werden, werden automatisch einem Losverfahren unterworfen, nur 160 Studenten sollen Zugang zu den Pflichtpraktika im ersten Semester haben, die anderen (etwa 100 im Wintersemester 74/75) sollen nutzlos in Vorlesungen sitzen oder gleich den Studienort wechseln. Weiter sollen alle Studenten, die durch Gerichtsbeschluß den Numerus Clausus zu Beginn des Semesters umgehen konnten, überhaupt keinerlei Möglichkeit haben, in Freiburg ihr Studium weiterzuführen.

Über 300 Studenten haben in Vollversammlungen in der Klinik und in der Vorklinik beschlossen, daß sie es sich nicht gefallen lassen, wenn sie durch diesen Numerus Clausus die Unfähigkeit des Staates, die Ausbildung zu planen, ausbaden sollen. Die Studenten haben die Forderung aufgestellt, daß dieser Numerus Clausus wieder weg muß, daß kein Losverfahren eingeführt wird und jeder Student das Recht haben muß, die Lehrveranstaltungen zu besuchen, die er besuchen will und muß, um sein Studium wie vorgeschrieben absolvieren zu können. Zur Durchsetzung dieser Forderungen haben sich bereits über 20 Studenten in einem Komitee zusammengeschlossen.

Die verantwortlichen Professoren wälzen alles auf den Rücken der Studenten ab. Sie behaupten, die neuen praxisnahen Kurse würden "die Patienten zu sehr belasten". Die Studenten haben sie daraufhin gefragt: Warum bezieht ihr nicht eure Privatpatienten in die Untersuchungskurse mit ein? Warum können nicht noch in anderen Freiburger Krankenhäusern Kurse abgehalten werden? Warum richtet ihr keine Ferienkurse ein? Doch sie gingen auf kein Argument ein, sondern hielten an ihrem Beschluß fest.

Deswegen wurde eine Urabstimmung für einen Streik durchgeführt, um die Professoren zur Rücknahme ihrer Maßnahmen zu zwingen. Die Urabstimmung war auch ein politischer Erfolg. Von 1 377 Medizinern, die ihre Stimme abgegeben hatten, stimmten 1 030 für den Streik, der in dieser Woche beginnen wird.

S.V. und H.J., Zelle Medizin der KHG Freiburg

Disziplinierung wegen Brief an KVZ

MANNHEIM: DIREKTOR UNTERDRÜCKT KLASSE WEGEN BRIEF AN KVZ

In der letzten KVZ wurde ein Leserbrief von Schülern der Klasse 12 c des Tulla-Gymnasiums Mannheim veröffentlicht. Darin setzte sich die Klasse dagegen zur Wehr, daß der Musiklehrer G.Waltz wegen eines Briefes, in dem er sich mit seinem Kollegen Fritz Güde solidarisierte, versetzt werden soll.

Zwei Tage, nachdem wir die KVZ an unserer Schule verkauft hatten, kam Direktor Haas vor dem Unterricht in das Klassenzimmer der 12 c und fragte die anwesenden Schüler, wer den Brief geschrieben habe. Er bezichtigte die Schülerin Evi Kreichgauer der "Komplizenschaft" mit dem Lehrer Jürgen Daum, der auch an unserer Schule unterrichtet, und sagte, daß man solche Leute wie Evi "von der Schule werfen sollte".

Daraufhin ging die Schülerin nach der ersten Stunde zum Direktor und stellte ihn wegen seines Verhaltens zur Rede. Seine Version des Vorfalls lautete allerdings anders als der Bericht der Schüler. Direktor Haas gab nämlich an, er habe sich lediglich in der Klasse erkundigt, ob Evi den Brief verfaßt hätte, was ihm die Klasse dann auch "halbwegs bestätigte".

In Wirklichkeit befanden sich zu diesem Zeitpunkt nur noch zwei Schüler im Klassenzimmer. Diese Schüler berichteten ihrer Klassenkameradin aber, daß sie eine derartige Bestätigung niemals abgegeben haben. Als sie dem Direktor erklärte, daß nicht sie, sondern ein Ausschuß von Schülern der Klasse, an dem sie gar nicht beteiligt war, den Brief aufgesetzt hat, forderte der Direktor sie auf, ihm die Namen dieser Schüler mitzuteilen. Natürlich weigerte sich Evi Kreichgauer, dies zu tun. Jetzt sagte der Direktor laß er sie so lange für den Brief verantwortlich machen würde, bis sie ihm die Namen der anderen mitgeteilt hätte.

In Sachen KVZ-Verkauf an unserer Schule würde er sich übrigens demnächst ans Oberschulamt wenden (anscheinend mag er diese Zeitung nicht). Die Schülerin erklärte ihm, daß es ihn überhaupt nichts angehe, daß sie in ihrer Freizeit die KVZ verkaufe, worauf er erwiderte, daß es sie überhaupt nichts angehe, was das Oberschulamt macht – es geht uns also überhaupt nichts an, wenn das Oberschulamt unsere Lehrer versetzt!

In der nächsten Stunde kam der Direktor in die Klasse 12 c. Er brüllte die Schüler eine ganze Weile an, mit der Begründung, daß ihre Leistungen in Mathematik sehr schwach seien, was er darauf zurückführte, daß "Sie sich in Ihrer Freizeit statt mit Mathematik mit Dingen beschäftigen, die Sie nichts angehen." Offensichtlich meinte er damit den Leserbrief. Um diesen "Mißständen" abzuhelfen, machte er am Dienstag nachmittag Sonderunterricht in Mathematik für die Klasse, "ohne Rücksicht zu nehmen, wenn einzelne Schüler keine Zeit haben." Solche Schüler können aus diesem Sonderunterricht aber keinen Nutzen ziehen, wenn sie nicht einen anderen Termin ausfallen lassen. Anscheinend geht es bei diesem Sonderunterricht also nicht in erster Linie darum, allen Schülern einen Vorteil zu verschaffen, sondern der Klasse mit dem Nachmittagsunterricht eins auszuwischen.

Dieses Vorgehen von Direktor Haas ist unter den Schülern auf große Empörung gestoßen. Fast alle Schüler finden es unerhört, aber es gibt noch viele, die sich aus Angst vor Repressionen nicht wehren. Unsere Aufgabe ist es jetzt, unseren Mitschülern zu zeigen, daß wir nur zusammen etwas erreichen können, und daß wir, wenn wir etwas zusammen unternehmen, keine Angst vor Repressionen haben müssen.

–Tulla-Zelle der KSG Mannheim–

BERICHTIGUNG

In der letzten KVZ (Nr.10/74) lautete die Einleitung eines Leserbriefs auf Seite 7: "Wir drucken hier einen Leserbrief ab, den uns die Klasse 12 c des Tulla-Gymnasiums Mannheim zusandte."

Die Schüler der Klasse, die gegen das Schreiben eines Briefes waren, legen Wert darauf, daß mit dem Brief auch die Anzahl der Schüler bekanntgegeben wird, die für diesen Brief waren.

Es muß also heißen: 17 von 25 Schülern der Klasse 12 c

2 Tutoren entlassen

Der Schieß-Erlaß der baden-württembergischen Landesregierung wird gegenwärtig an der Universität Heidelberg breit angewandt. Alle Bediensteten, auch die Tutoren und Hilfskräfte, werden vor ihrer Einstellung bespitzelt und vom Verfassungsschutz überprüft. Aber der Kampf gegen die Berufsverbote gewinnt dadurch nur an Stärke.

Aufgrund des baden-württembergischen Schieß-Erlasses sind am Philosophischen Seminar Heidelberg zwei Tutoren vorläufig nicht eingestellt worden. Beide sollten ein Tutorium zu einem zweisemestrigen Kurs über das "Kapital" von Marx durchführen, der von über hundert Studenten besucht wird. Zweifel an ihrer "Verfassungstreue" ergaben sich für das Innenministerium beim einen aus seiner ehemaligen Mitgliedschaft in der Kommunistischen Hochschulgruppe und beim anderen aus dessen Unterschrift unter ein Protestschreiben gegen die beabsichtigte zwangsweise Narkotisierung von Ulrike Meinhof zur Untersuchung eines möglichen Gehirntumors.

Allein die Tatsache, daß man sich an der Hochschule einer bestimmten Organisation anschließt, daß man öffentlich gegen die unmenschliche Behandlung einer politischen Gefangenen protestiert, genügt also dem Innenministerium, um die Leute zu erfassen und näher zu überprüfen. Die beiden Tutoren sollen nun in einem "Gespräch" mit den zuständigen Stellen nachweisen, daß die Zweifel an ihrer "Verfassungstreue" unbegründet seien. Das heißt: Beide sollen ausdrücklich erklären, daß sie in Zukunft ihre elementaren Rechte auf freie Meinungsäußerung und auf Organisationsfreiheit nicht mehr wahrnehmen wollen. Doch gegen solche Einschüchterungsversuche hat sich am Philosophischen Seminar eine breite Solidarität gebildet. Im Kurs, dem die Tutorien zugeordnet sind, wurde gleich nach Bekanntwerden der beiden Fälle eine Resolution beschlossen, in der alle Institutsangehörigen zu einem aktiven Solidaritätsstreik aufgerufen werden. Am Tag darauf beschlossen die wissenschaftlichen Hilfskräfte des Instituts zusammen mit den Tutoren einen Streik und drei Tage später beschloß eine der größten Institutsvollversammlungen der letzten Jahre mit Unterstützung einiger Mitglieder des Lehrkörpers einen Solidaritätsstreik für eine Woche mit Veranstaltungen über den Schieß-Erlaß und das Grundgesetz und zu den Themen, die in den beiden Tutorien behandelt werden sollten.

Eltern und Schüler wehren sich

TROTZ MISERABLER SCHULVERHÄLTNISSE SOLL EIN LEHRER ZUR BUNDESWEHR

Krefeld. Bis zum 1.April unterrichtete Ulrich Happe an der Hauptschule Krefeld-Gartenstadt, jetzt muß er seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr ableisten. Ein erneutes Gespräch der Schulpflegschaft, den Lehrer nicht einzuziehen, wurde jetzt abgelehnt.

Ulrich Happe, der das Vertrauen der Eltern besitzt und Vertrauenslehrer der Schülermitverwaltung war, unterrichtete in den Fächern Mathematik und Englisch; seine wöchentlichen 32 Stunden müssen nun ausfallen. Die Lage an der Hauptschule Breslauer Straße – nicht besser als auch an anderen Schulen – verschlechtert sich jetzt noch mehr: die Lehrer werden noch mehr überlastet, Unterricht wird ausfallen, die Klassen werden noch größer (gegenwärtig im Schnitt 40 Schüler), zudem steht bei zwei Lehrerinnen jetzt ein Schwangerschaftsurlaub an.

Empört über die Maßnahme der Wehrbehörden wandten sich die Schulpflegschaft, die Lehrer und die Schülermitverwaltung der Schule in Protestbriefen an das zuständige Kreiswehrersatzamt Mettmann und an das Kultusministerium. Eine Antwort blieb bisher aus, abgesehen von der Begründung des Regierungspräsidenten, der hinwies auf die "gleiche Behandlung aller Wehrpflichtigen". Mit dieser Begründung ist in Gartenstadt jedoch niemand einverstanden, denn sie soll nur vom Tisch wischen, daß diese Maßnahme, die "zufällig" kurz vor den Osterferien bekannt wurde, direkt viele Schüler und Eltern angeht und diese direkt betroffen sind von der sich verschlechternden Schulausbildung. Dennoch haben die direkt Betroffenen, hat die Bevölkerung in Gartenstadt keine Möglichkeit, einen Einfluß auf die wichtige Entscheidung auszuüben und ihr Interesse geltend zu machen.

Zu Recht fragen sich viele, was Ulrich Happe bei der Bundeswehr eigentlich werden soll und wozu er dort ausgebildet werden soll. Worauf es aber vor allem ankommt, ist das Recht der Bevölkerung, über ihre Belange zu entscheiden. Was sich jetzt in Gartenstadt zeigt: Entscheidungen, die von gutbezahlten Ministern vom Schreibtisch aus gefällt werden, können nicht im Interesse des Volkes sein. Deshalb fordert der Kommunistische Bund Westdeutschland: Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung.

Es bleibt abzuwarten, wie die Behörden auf die Proteste aus Gartenstadt reagieren werden. Die Gartenstädter werden jedenfalls nicht die Hände in den Schoß legen und darauf verzichten, sich zusammenzuschließen und ihren Protest an die breite Öffentlichkeit zu tragen.

J.S., KG Krefeld

Verfolgung wegen Mai-Demonstration

ANGRIFF VON BUNDESWEHRFÜHRUNG AUF GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG

Wetzlar. An der 1. Mai-Demonstration haben 17 Soldaten aus dem Standort Wetzlar in einem gemeinsamen Block und in Uniform teilgenommen. Die Soldaten werden derzeit vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) verhört. Außerdem droht ihnen eine Bestrafung wegen Befehlsverweigerung, denn der für den gesamten Standort in solchen Fragen zuständige Offizier, der Standortälteste Oberstleutnant H. Pfeffer, hatte den Soldaten in einem Tagesbefehl am 29.4. verboten, an der DGB-Demonstration teilzunehmen.

Der Brigadegeneral Scheibert, dem die Soldaten unterstehen, hat die Verhöre durch den MAD bestätigt. Er teilte mit, der MAD sei jedoch nicht auf ausdrücklichen Hinweis der Brigadeführung tätig geworden. Das belegt, daß diese Organisation ihre rege Spitzeltätigkeit selbst weitgehend unabhängig von den bestehenden Befehlswegen vollzieht.

So ging es bei den Verhören tatsächlich auch weniger um die Teilnahme an der Demonstration. Der MAD wollte vielmehr Informationen aus den Soldaten herausholen über die Kasernenzeitungen "Soldatenfaust", "Rührt Euch!" und "Wetzlarer Soldaten-Zeitung", die vor den Toren verteilt werden; außerdem wollte er in den Einzelverhören herausfinden, wie "kommunistische Gruppen in der Bundeswehr" gebildet werden. Das zeigt, daß der MAD die Soldaten seit längerem überwacht und bespitzelt und jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, um offen mit der Standort- und Brigadeführung gegen die Soldaten vorzugehen.

Weiter haben Brigadegeneral und die Bundeswehrführung in Wetzlar zu offenen Lügen und Verleumdungen gegriffen, als sie versuchten, gegen den Protest des Ortsjugendausschusses der IGM ihre Unterdrückungsmaßnahmen zu rechtfertigen. Der Brigadegeneral hatte nämlich in seiner Stellungnahme erklärt, in den Zeitungen, die vor dem 1. Mai verteilt worden waren, seien die Soldaten des Standortes aufgefordert worden, ihre "faschistischen Offiziere zu erschießen". Die "Wetzlarer Soldaten-Zeitung" stellt dagegen fest: "In keiner der bekannten Soldatenzeitungen steht das zu lesen, weder in der 'Soldatenfaust', noch in der 'Rührt Euch!', und in der 'Wetzlarer Soldaten-Zeitung' auch nicht." (W.S.Z. vom 22.5.1974)
Mit dieser Lüge soll die Bevölkerung gegen die Soldaten aufgehetzt, das Teilnahmeverbot für die Soldaten an der DGB-Demonstration sowie die Verfolgungsmaßnahmen gerechtfertigt werden.

Das Verbot, an der DGB-Demonstration teilzunehmen, steht außerdem in klarem Gegensatz zu den Soldatengesetzen, denn gewerkschaftliche Veranstaltungen fallen nicht unter die Bestimmungen des § 15 Absatz 3, der sich auf die parteipolitische Betätigung von Soldaten bezieht. Daß also das Verbot im Gegensatz zum Soldatengesetz steht, mußte das Verteidigungskreiskommando 434 Wetzlar, an dessen Spitze der Oberstleutnant Pfeffer steht, inzwischen auch zugeben. Pfeffer und das Verteidigungskreiskommando rechtfertigen das Verbot jetzt durch die Verpflichtung zu "fürsorglichem Handeln". Weiterhin beziehen sich Pfeffer und das Verteidigungskreiskommando auf das Grundgesetz, um das Demonstrationsverbot zu rechtfertigen und den Widerspruch zu dem Soldatengesetz aufzuheben. In einer von Pfeffer gegen den Protest des IGM Ortsjugendausschusses und einer Darstellung der Vorgänge in der Wetzlarer Neuen Zeitung vom 11.5. herausgegebenen Erklärung heißt es unter anderem: Er habe den ratsuchenden Soldaten Informationsmöglichkeiten verschafft und zwar nach dem Motto "fürsorgliches Denken führe somit zu fürsorglichem Handeln". Es sei so, daß Gewerkschaftsveranstaltungen, die zunächst unpolitisch verliefen, politischen Charakter annähmen und von möglicherweise verfassungsfeindlichen Gruppen für ihre Anliegen umfunktioniert werden. Die Teilnahme von Soldaten an derartigen Veranstaltungen – zumal noch in Uniform – sei daher verboten und mit der Verpflichtung zum treuen Dienen nicht mehr zu vereinbaren. Die Soldaten hätten nicht nur das Grundgesetz anzuerkennen, sondern sich für den Erhalt der darin festgelegten Grundsätze einzusetzen, auch wenn im Rahmen der Erfordernisse des militärischen Dienstes alle staatsbürgerlichen Rechte selbst gerade nicht voll in Anspruch genommen werden können.



Wie die Vorgänge in Wetzlar zeigen, ist jede politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr verboten. Viele Soldaten und viele Menschen haben in Wetzlar erkannt:

Die Bundeswehr ist eine Armee, die gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt wird zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie. Deshalb finden die Soldaten auch breite Unterstützung bei der Arbeiterklasse und dem Volk, wenn sie den Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr führen.
–D.T.–

(nach Berichten der "Wetzlarer Neuen Zeitung" vom 11., 16., 17. und 22.5. sowie der "Wetzlarer Soldaten-Zeitung" Nr.2 vom 22.5.)

ten Soldatenzeitungen steht das zu lesen, weder in der 'Soldatenfaust', noch in der 'Rührt Euch!', und in der 'Wetzlarer Soldaten-Zeitung' auch nicht." (W.S.Z. vom 22.5.1974)
Mit dieser Lüge soll die Bevölkerung gegen die Soldaten aufgehetzt, das Teilnahmeverbot für die Soldaten an der DGB-Demonstration sowie die Verfolgungsmaßnahmen gerechtfertigt werden.

Das Verbot, an der DGB-Demonstration teilzunehmen, steht außerdem in klarem Gegensatz zu den Soldatengesetzen, denn gewerkschaftliche Veranstaltungen fallen nicht unter die Bestimmungen des § 15 Absatz 3, der sich auf die parteipolitische Be- ... das Verteidigungskreiskommando auf das Grundgesetz, um das Demonstrationsverbot zu rechtfertigen und den Widerspruch zu dem Soldatengesetz aufzuheben. In einer von Pfeffer gegen den Protest des IGM Ortsjugendausschusses und einer Darstellung der Vorgänge in der Wetzlarer Neuen Zeitung vom 11.5. herausgegebenen Erklärung heißt es unter anderem: Er habe den ratsuchenden Soldaten Informationsmöglichkeiten verschafft und zwar nach dem Motto "fürsorgliches Denken führe somit zu fürsorglichem Handeln". Es sei so, daß Gewerkschaftsveranstaltungen, die zunächst unpolitisch verliefen, politischen Charakter annähmen und von möglicherweise verfassungsfeind- ... liche Betätigung in der Bundeswehr verboten. Viele Soldaten und viele Menschen haben in Wetzlar erkannt:

Die Bundeswehr ist eine Armee, die gegen die Arbeiterklasse und das Volk eingesetzt wird zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der westdeutschen Bourgeoisie. Deshalb finden die Soldaten auch breite Unterstützung bei der Arbeiterklasse und dem Volk, wenn sie den Kampf für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr führen.
–D.T.–

(nach Berichten der "Wetzlarer Neuen Zeitung" vom 11., 16., 17. und 22.5. sowie der "Wetzlarer Soldaten-Zeitung" Nr.2 vom 22.5.)

Wache gegen KVZ-Verkäufer

DER VERKAUF WAR NICHT ZU VERHINDERN

Hamburg. Seit geraumer Zeit verkaufen andere Genossen und ich die KVZ vor der Estorff-Kaserne in Hamburg–Wandsbek. Von Beginn an sind wir dem Wachpersonal der privaten Firma "Tornquist" ein Dorn im Auge. Offenbar haben diese Leute den Befehl, uns vom Kasernentor wegzuschaffen und versuchen das stets mit neuen Tricks. Mal sagen sie, der Verkauf sei anmeldepflichtig; mal, wir würden Wehrzersetzung betreiben; mal, wir würden auf Bundeswehrgelände stehen und müßten 10 Meter weiter zurück. Wir haben uns dadurch natürlich nicht einschüchtern lassen. Sogar das Rathaus in Wandsbek teilte uns auf Anfragen mit, daß wir das Recht hätten, dort zu stehen.

Bei der KVZ 9/74 wurde das Wachpersonal besonders nervös, denn ich rief am Anfang aus: "Die KVZ behauptet unwidersprochen: der MAD läßt bestechen, erpressen, nötigen" und ähnliches. Sofort holte sich der eine Wachmann Verstärkung. Beide wiederholten ihre alten "Argumente" und drohten mir mit Feldjägern und Polizei. Ich fing daraufhin an, laut mit ihnen zu diskutieren, um evtl. herauskommende Soldaten mit in die Diskussion einzubeziehen. Ich sagte ihnen, daß ich es für das Recht eines jeden halte, die Zeitung, die er für richtig hält, öffentlich zu verkaufen.

Das wollten sie aber nicht gelten lassen, einer meinte, ich müßte hier weg, kam aus dem Kasernengelände heraus, stieß mir mit beiden Händen vor die Brust, um mich wegzuschieben. Ich rief noch lauter, er solle gefälligst damit aufhören. Darauf ging er 3 Schritte zurück und begann an seiner Dienstpistole im Gürtel zu hantieren, den Lederschutz zu öffnen und hatte die Waffe dann schon halb in der Hand, als gerade ein Trupp Soldaten herauskam. Der Wachmann zog es dann doch vor, sich wieder auf das Kasernengelände zu verpissen und die Pistole wieder wegzustecken. Ich stellte ihn laut zur Rede, doch er sagte keinen Pieps mehr.

Ich diskutierte den Fall mit hinzugekommenen Soldaten. Einer erklärte sich sofort bereit, gegebenenfalls für mich auszusagen, denn er hatte alles genau mitgekriegt. Er erzählte mir auch, daß vor einiger Zeit, als dort Flugblätter verteilt worden waren, die ganze Bereitschaft, Gewehr bei Fuß, ausgerückt war und sich auf der anderen Seite des Zaunes aufpflanzten, worauf niemand wagte, ein Flugblatt zu nehmen.

Kurze Zeit nach dem Zwischenfall kam ein Leutnant der Feldjäger mit einem dicken Ordner unter dem Arm. Ich erklärte ihm sofort, daß der Wachmann mich tätlich angegriffen und mir mit der Pistole gedroht hatte.
Er mußte mir ausdrücklich zugestehen, daß ich weiterverkaufen durfte. Er riet mir jedoch "freundlich", 10 Meter zurückzugehen, sonst gäbe es evtl. doch noch eine Provokation. Das ist natürlich lächerlich. Provozieren tut der, der die beschriebenen Zustände schafft, und nicht der, der sie anprangert und dagegen auftritt.
Plastisch vor Augen geführt wurde mir die Richtigkeit der Programmforderung des KBW nach allgemeiner Volksbewaffnung und Wahl der Offiziere durch das Volk. Zur Zeit ist es offenbar möglich, daß sich jeder Kapitalist eine Privatarmee halten kann, die er zur Bewachung von Privat– und Staatseigentum einsetzt und damit Menschen bedroht, die ihre Rechte wahrnehmen, indem sie sie gebrauchen.

C.R., Hamburg

Propaganda-schau »Unsere Luftwaffe«

FLUGBLATTVERTEILEN VERBOTEN

Osnabrück. Vom 8. bis 12. Mai präsentierte die Bundeswehr ihre Schau "Unsere Luftwaffe". Derartige Propaganda-Schauen gibt es auch für Heer und Marine: "Unser Heer" und "Unsere Marine". Sie geben sich den Schein technischer Neutralität. Das Gegenteil aber ist der Fall. Mit dem Herausstellen der Technik will man das Interesse und die Begeisterung vor allem der jungen Werktätigen wecken, die sich natürlich für technische Dinge interessieren, wie ein ... fertige Getue der Bundesregierung nach außen an Hand der Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika.
Eine andere Gruppe von Jugendlichen einer Jugendzentrumsinitiative trat ebenfalls mit einem Flugblatt auf, das die Bürgerkriegsrolle der Bundeswehr angriff – ein Beweis dafür, wie wach das antimilitaristische Bewußtsein in der Osnabrücker Jugend nach der großen Anti-Wehrkunde-Demonstration des letzten

Propaganda-schau »Unsere Luftwaffe«

FLUGBLATTVERTEILEN VERBOTEN

Osnabrück. Vom 8. bis 12. Mai präsentierte die Bundeswehr ihre Schau "Unsere Luftwaffe". Derartige Propaganda-Schauen gibt es auch für Heer und Marine: "Unser Heer" und "Unsere Marine". Sie geben sich den Schein technischer Neutralität. Das Gegenteil aber ist der Fall. Mit dem Herausstellen der Technik will man das Interesse und die Begeisterung vor allem der jungen Werktätigen wecken, die sich natürlich für technische Dinge interessieren, wie ein
Phantom-Flugzeug z.B. funktioniert, was Radar ist oder wie man funkt. Diese technische Schau wird verbunden mit massiver Werbung. Wer das Hauptzelt de. A. stellung betrat, wurde berieselt mit Popmusik, buntflächige Poster beherrschten das Bild, per Kopfhörer gab es Informationen über Aufstiegschancen in der Bundeswehr. Dieser ganze Zirkus wirkte widerlich und abstoßend – das konnte man manchen Menschen schon an den Mundwinkeln ablesen. Aber er ließ die Bundeswehr als Karrierefirma erscheinen – "Wir produzieren Sicherheit" –, ohne daß über ihren wirklichen Auftrag ein Wort verloren wurde.
Die Bundeswehr hat es nötig, ihre wahren Ziele zu verbergen, mit Technik und Aufstiegschancen zu locken, um junge Menschen für den Militärapparat dieses Staates zu ködern. Denn daß dieser Militärapparat, der die Soldaten einem menschenunwürdigen Drill aussetzt und offen Bürgerkriegsmanöver gegen Betriebe und Arbeiterwohnviertel durchführt, nicht in ihrem Interesse ist, merken immer mehr Menschen. Das will man durch Palavern mit smarten Starfighterpiloten, Ausgabe von Erbsensuppe und Hubschrauberfreiflügen vergessen machen.

Derartige Ausstellungen sind gefährlich, weil sie nicht nur das technische Interesse vieler Menschen erregen, sondern auch von den Lehrern und anderen Ideologen der Bourgeoisie genutzt werden, ganze Gruppen von Jugendlichen anzuschleppen und sie der Beeinflussung der Jugend- und Propagandaoffiziere auszusetzen.
Aus diesem Grunde haben wir von der Ortsgruppe des KBW ein Flugblatt herausgegeben und vor der Ausstellung einen Stand über die wirkliche Rolle der Bundeswehr aufgestellt. Stand und Flugblatt beschrieben die Aufrüstung von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz zu Bürgerkriegsarmeen, berichteten über die einschlägigen Manöver Fallex und Wintex und entlarvten auch das friedfertige Getue der Bundesregierung nach außen an Hand der Unterstützung des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika.
Eine andere Gruppe von Jugendlichen einer Jugendzentrumsinitiative trat ebenfalls mit einem Flugblatt auf, das die Bürgerkriegsrolle der Bundeswehr angriff – ein Beweis dafür, wie wach das antimilitaristische Bewußtsein in der Osnabrücker Jugend nach der großen Anti-Wehrkunde-Demonstration des letzten Jahres ist.

FESTNAHME FÜR FLUGBLATT-VERTEILEN

Ich begab mich mit Flugblättern auf das Ausstellungsgelände und begann dort Parolen gegen die Bundeswehr auszurufen. Nach wenigen Minuten kamen einige Feldjäger und wollten mich vom Ausstellungsgelände verweisen. Ich ließ mich aber nicht einschüchtern, verteilte weiter und forderte sie auf, zu begründen, warum ich gehen sollte. Sie meinten, das Gelände sei von der Bundeswehr gemietet, hier wäre "militärischer Sicherheitsbereich" und ich hätte hier nichts zu suchen. Die Menschen, die sich mittlerweile versammelt hatten, waren geteilter Meinung, ob der "Herr-im-Haus-Standpunkt" der Bundeswehr richtig wäre oder meiner. Ich erläuterte, warum wir gegen die Bundeswehr sind, und daß die Bundeswehr derartige Propagandaaktionen aus unseren Steuergeldern finanziert. Und dann wolle man der Bevölkerung noch das Recht nehmen, gegen die Bundeswehr zu argumentieren. Ein Reaktionär meinte, mich isolieren zu können und verlangte eine Abstimmung, ob ich gehen sollte. Aber nur wenige Hände erhoben sich für seinen Antrag.
Die Feldjäger störte das nicht im geringsten. Sie packten mich mit drei Mann und schleiften mich aus der Ausstellung heraus. Wenige Minuten später war auch die Polizei zugegen, die mir eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs androhte und meine Personalien feststellte. Mittlerweile habe ich wegen "der Vorfälle auf der Halle Gartlage" eine polizeiliche Vorladung erhalten. Eine derartige Angst haben also die Bundeswehr und die staatlichen Machtorgane schon vor Flugblattverteilung. Ihre Zwangsmaßnahmen sind Ausdruck dieser Angst. Und wenn wir uns dadurch nicht einschüchtern lassen, werden wir diesen Herren bald Daueralpträume verschaffen.

H.H., Osnabrück –

Betrug mit der Staffelkasse

VERWENDUNG VON GELDERN DER SOLDATEN FÜR VERSCHÖNERUNG DER KASERNE

Wittmund. In unserer Einheit der Bundeswehr existiert seit etlichen Jahren eine sogenannte Staffelkasse, in die monatlich von jedem Mannschaftsdienstgrad und Unteroffizier ein Betrag von 1 DM gezahlt wird. Der Zweck dieser Kasse besteht darin, soziale Ausgaben zu bestreiten (Abschiedsgeschenke, Kriegsgräberfürsorge, Krankenbesuche usw.), für die bei uns sonst keine Mittel zur Verfügung stehen. Diese Kasse verwaltet selbstverständlich der Spieß, der auch bestimmt, für welchen Zweck diese Mittel verwendet werden. Bis jetzt hat er es nie für nötig gehalten, Rechenschaft über diese Kasse abzulegen.

In meiner Funktion als Vertrauensmann der Mannschaften habe ich, nach vorheriger Diskussion mit den Soldaten, den Spieß zu dieser Rechenschaft aufgefordert. Seine spärlichen Unterlagen waren für mich sehr aufschlußreich. Das Geld, das er den ohnehin finanziell schwachen Soldaten abverlangte, wurde zu einem großen Teil für Material aufgewendet, das weder den Wehrpflichtigen zugute kam, noch einen sozialen Zweck erfüllte.
Mit unseren Geldern wurde nämlich unsere Staffel "verschönert", das heißt, es wurden Büros neu gestrichen, Sträucher, Pflanzen und Gartengeräte gekauft usw. Als die anderen Soldaten davon erfuhren, waren viele empört. Die Forderung nach umfassender Rechenschaft und Überführung der Kasse an ein gewähltes Gremium zur selbständigen Kontrolle und Ausgabe der Gelder wurde vom Spieß abgelehnt. Spontan weigerten sich einige Soldaten, weiterhin Geld in diese Kasse zu zahlen, die, wie wir zudem noch erfuhren, freiwillig war.
Mir als Vertrauensmann wurden Konsequenzen angedroht, falls ich weiter zum Boykott dieser Kasse auffordere. Bei zwei anderen Soldaten versuchte man es mit der plumpen Erpressung: entweder ihr zahlt weiter, oder ihr erscheint des öfteren auf dem Dienstplatz!

Diese Methoden der Erpressung und Einschüchterung sollen der anwachsenden demokratischen Bewegung auch innerhalb der Bundeswehr die Spitze abbrechen. Wir aber werden uns dieser Unterdrückungsmaschinerie nicht beugen und unser Recht auf freie Meinungsäußerung auch weiterhin wahrnehmen. Darum lauten unsere Forderungen: Wahl der Offiziere! Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Offiziere!

B.G., Wittmund

Erfolgreiche Flugblattaktion

DER HAUPTMANN MUSSTE 2 TAGE SONDERURLAUB ZUGESTEHEN

Hannover. Am 1. April dieses Jahres sollte die Fernmelderkompanie 772 in Hannover einen neuen Kompaniechef bekommen. Die Überprüfung des Gerätes, die zu diesem Anlaß durchgeführt wurde, zeigte, daß die Offiziere und anderen höheren Dienstgrade jahrelang geschlampt hatten: Das Material stimmte nicht mit den Belegen überein. Der Chef befahl so, daß eine genaue Bestandsaufnahme des vorhandenen Materials gemacht werden sollte.

Für uns, die Mannschaften, hieß das 3 Wochen lang Dienst bis 18/19 Uhr, ja sogar einige Male bis 21 Uhr und außerdem samstags Dienst. Starker Widerwillen machte sich breit, der seinen Ausdruck auch in einer Flugblattaktion in dem Kompaniegebäude fand. Was jedoch die meisten Kameraden nicht lasen – die ausgelegten Flugblätter wurden sofort eingesammelt – verkündete der Chef am nächsten Morgen vor versammelter Kompanie. Er war nun gezwungen, zu dem Widerstand, der ihm tags zuvor erstmals organisiert gegenübergetreten war, Stellung zu nehmen:
Es habe gestern eine Flugblattaktion mit der Forderung nach zwei Tagen Sonderurlaub stattgefunden. Außerdem seien seine "Mitarbeiter, ihnen allen voran er selber, beschuldigt worden, den Laden versaubeutelt zu haben". Die Mannschaften hätten dies wieder einmal auszubaden. Die geforderte Rechenschaftspflicht der Offiziere verschwieg er lieber. Stattdessen drohte er, besonders später einer kleineren Anzahl von Verdächtigten, mit dem Wehrstrafgesetz und dem MAD. Trotzdem schwiegen die Kameraden beharrlich. Auch der neue Chef war gezwungen, zu der gestellten Forderung Stellung zu nehmen: Er zeigte scheinbares Verständnis für "die Stimme des Volkes" und stellte Sonderurlaub in Aussicht. Nach der folgenden Übung sagte er vor der Kompanie: "Für die geleistete Mehrarbeit gewähre ich einen Sonderurlaub von zwei Tagen". Wenn er hoffte, sich so beliebt zu machen und die Unzufriedenheit zu ersticken, so hatte er sich getäuscht. Für uns Mannschaftsdienstgrade war es ein Erfolg, obwohl zwei Tage Sonderurlaub nicht garantieren, daß dasselbe nicht noch einmal passiert.

Soldaten- und Reservistenkomitee
Hannover

Wenn wir öffentlich die Kommunistische Volkszeitung verkaufen und in der Öffentlichkeit diskutieren, wird uns noch oft von vielen Menschen entgegengehalten: "Geht doch nach drüben!" oder "Kommunisten? – Wir wissen doch schon von drüben, was die wollen!" Da zeigt sich einerseits, daß die bürgerliche Hetze gegen den Kommunismus noch bei vielen verfängt. Aber es zeigt sich auch, wie leicht es die Bourgeoisie mit ihrem Antikommunismus hat, weil sie die Verhältnisse in der DDR, die nichts mehr mit Kommunismus zu tun haben, als das hinstellen kann, was die Kommunisten wollen. Aber auch in der DDR regt sich der Widerstand der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Machthaber, die sich als neue Bourgeoisie dort etabliert haben. Und es gibt dort alte Kommunisten, die dem Marxismus-Leninismus treu geblieben sind und junge Kommunisten, die für den Kommunismus kämpfen unter den schwierigen Bedingungen scharfer politischer Unterdrückung. Von Kommunisten aus der DDR sind die Korrespondenzen, die wir ab dieser Nummer und in den folgenden in der Kommunistischen Volkszeitung veröffentlichen.

In DDR-Betrieben

KAPITALISTISCHE VERHÄLTNISSE WIEDERHERGESTELLT

Zum 1. Mai beschloß die bürgerliche Partei- und Staatsführung der DDR neben der Senkung der Preise für Damenstrumpfhosen und Modeartikel den sogenannten Orden "Banner der Arbeit" mit abgestuften Prämien von 2 000 bis 5 000 Mark zu verbinden, darüber hinaus entsprechende Prämien für "außerordentliche" Arbeitsleistungen in fast allen Arbeitsbereichen (Metall, Bergbau, Chemie, Krankenhaus usw.). Dies geschah gemäß der Linie des VIII. Parteitages der SED, die es als die Hauptaufgabe ansieht, "das materielle Lebensniveau der Bevölkerung zu steigern". Dieser bürgerlichen Linie liegt die revisionistische Anschauung zugrunde, daß der Produktionskampf (die wirtschaftliche Stärkung um jeden Preis – also auch um den Preis der Aufgabe der sozialistischen Politik) in jedem Falle vor dem Klassenkampf kommt. Wozu noch zu sagen wäre, daß die bürgerliche Partei- und Staatsführung in der DDR immer wieder betont, daß es im DDR-Sozialismus keine widerstreitenden Interessen der Klassen mehr gibt und infolgedessen es auch keinen Klassenkampf mehr geben kann. Warum ist dies eine bürgerliche Linie? Die Hauptaufgabe im Sozialismus ist es, den Kommunismus aufzubauen. Das geschieht nicht dadurch, daß man möglichst viel produziert und alle möglichen Maßnahmen und Gesetze erläßt, sondern nur wenn die Volksmassen auf dem Boden der breitesten Demokratie bewußt diesen Aufbau selbst in die Hand nehmen. Die Möglichkeit, diese breiteste Demokratie für die Massen (die Diktatur des Proletariats) auszuüben, haben die Werktätigen in der DDR nicht. Sie wissen, daß dies in Wirklichkeit kein "Arbeiter- und Bauernstaat" ist.

Weil sie sich also nicht mit diesem Staat, also auch nicht mit dessen Wirtschaft identifizieren können, muß die bürgerliche Führungsclique etwas anderes finden als Sprüche, denn die ziehen schon lange nicht mehr. Was sie dann getreu nach kapitalistischem Vorbild gefunden haben, ist z.B. das Prämiensystem, das sich direkt an das bürgerliche Konkurrenzdenken anlehnt, die Werktätigen untereinander ausspielt und die Gleichgültigkeit gegenüber dem Aufbau des Sozialismus fördert. Dieses Prämiensystem ist den grundlegenden Interessen der Werktätigen direkt entgegengesetzt. Es dient den Interessen derjenigen, die dabei sind, in der DDR wieder kapitalistische Verhältnisse herzustellen. Nur sie haben ein Interesse daran, die Produktion um jeden Preis zu steigern und die Werktätigen zu entpolitisieren. Sie wollen, daß die Werktätigen nur der Prämie nachjagen und dabei nicht daran denken, was und für wen sie produzieren. Dabei fügen sie der Volkswirtschaft schon heute konkret schweren Schaden zu. Dafür zwei Beispiele aus dem Baubereich, die die bewußt von den Bürokraten erzeugte Gleichgültigkeit der Werktätigen gegenüber der Arbeit deutlich aufzeigt.

Auf einer Baustelle für Wohnblocks fehlt einer Brigade Zement. Das kommt entweder daher, daß sich die Weißkittel in ihren Schreibtischberechnungen geirrt haben oder, was nicht selten vorkommt, daß sich irgendwelche Funktionäre oder Weißkittel den Zement wie andere Baumaterialien auch gegenseitig verschachern, auf andere Baustellen oder auf die privaten Baustellen dieser Herren bringen lassen. Da für diese Wohnblocks keine Prämie für vorzeitige Erstellung oder ähnliches ausgeschrieben war, gibt die Brigade auch nicht nach "oben hin" bescheid. Die Brigade samt Brigadeführer ist sich einig: sie macht "Urlaub". Es wird tagelang Skat gespielt und erstklassiges Bauholz in der Kreissäge zu Brennholz zurechtgeschnitten. Sowas kann über eine Woche dauern, bis dann ein Weißkittel vorfährt und merkt, daß es nicht weitergeht – furchtbar aufgebracht rumflucht und sich über das "mangelnde Bewußtsein" der Kollegen für den "Aufbau der Republik" beklagt, wobei ihn jedoch niemand ernst nimmt. Auf einer anderen Baustelle, wo für schnelle Fertigstellung einer bestimmten Anzahl von Wohneinheiten eine Prämie ausgeschrieben war, arbeiten die Kollegen wie verrückt. Dabei waren die Kollegen, die das Heizsystem legen sollten, noch gar nicht zur Stelle, trotzdem wurden die Wohneinheiten "hochgezogen", um die Prämie zu kassieren. Hinterher mußte der halbe Bau nochmal aufgerissen werden, um das Heizungssystem zu legen. Dabei gab's natürlich Ärger unter den Kollegen und insbesondere von oben. Dies sind keine besonders krassen Beispiele. Es ist traurig, aber gang und gäbe, daß sich die Kollegen gegenseitig eins auswischen, um Prämien zu kassieren, daß jede Menge Material verschludert wird, und daß Kollegen mit ihrer Arbeitskraft zu Schauzwecken in die Planung mit einbezogen werden, besonders beim Bau. Diese Zustände kommen den Bürokraten und Funktionären gar nicht so ungelegen, wie man vielleicht denkt. An dieser Stelle fangen sie dann nämlich immer an, sich über das mangelnde Bewußtsein des Volkes zu beklagen und mehr oder weniger unverhüllt vom "gesunden Unternehmergeist" zu faseln, der da fehlt – dann gäbe es nicht solch ein Chaos. Dabei bedienen sich diese Herren vorerst noch anderer Worte, aber es gibt Kollegen, die sehr genau wissen, woher da der Wind weht.

Die »Kommunalwahlen« in der DDR

Am 19. Mai dieses Jahres fanden in der ganzen DDR Kommunalwahlen statt. Das Ganze war verbunden mit einem beträchtlichen Wahlrummel drei Monate vorher, der wiederum mit dem Rummel für den bevorstehenden 25. Jahrestag der DDR verknüpft war. Es waren unzählige Plakate und Spruchbänder zu sehen und die Zeitungen waren voll davon. Insbesondere standen da sehr viele Artikel davon, wie sich die Kandidaten der Nationalen Front (darin sind alle Parteien zusammengefaßt, inclusive der SED) und z. B. die Richter in den Wohnvierteln und Betrieben vorstellten und auf vielen Veranstaltungen "Rechenschaft über ihre Arbeit ablegten". Wie war es in Wirklichkeit? Der äußerliche Rummel war deshalb nötig, weil sonst nichts dahinter war. Die Bevölkerung bekam die Kandidaten eigentlich nur durch die Wählerlisten zu fassen. Die "Diskussionen mit Werktätigen im Betrieb" sahen z.B. so aus, daß die Funktionäre sich mit ein paar Weißkitteln auf dem Balkon der Werkshalle sehen ließen und mal freundlich winkten. Anschließend gingen sie dann gemütlich essen.

Bestenfalls hielten sie noch eine langweilige Rede, über die Verträge, darüber, daß die Produktion gesteigert werden muß, über die vorteilhafte Zusammenarbeit mit der Sowjetunion usw. Ihre Rechenschaft sah dann so aus, daß sie sagten, "Alles läuft gemäß den Weisungen des VIII. Parteitags". Die öffentlichen Wählerversammlungen waren, wenn es sie überhaupt gab, so zumeist vollständig durch SED-Leute besetzt, dann hieß es nicht selten, "Der Saal ist leider voll". In kleineren Gemeinden drehten sich die wirklich stattfindenden Diskussionen dann z.B. darum, ob man vor'm Rathaus Blumen pflanzt – oder nicht. Das wichtigste ist jedoch, daß die Mehrzahl der Werktätigen überhaupt kein Interesse an dem inhaltsleeren Theater hatte. Das Problem für die Bürokraten war dann aber, die Leute wenigstens zum Zetteleinwerfen hinzuzerren. Deshalb kamen sie dann auch immer wieder in die Wohnviertel, um die Leute aufzufordern, unbedingt wählen zu gehen... Und wenn sie am 19. keine Zeit hätten, könnten sie ja per Brief wählen. Die Wahl war eine Farce, von Rechenschaftspflicht der Volksvertreter kann keine Rede sein, Kritik und Selbstkritik gab es nicht, gar nicht zu reden von der Möglichkeit der jederzeitigen Abwählbarkeit dieser "Volksvertreter". Volksvertreter, die Angst haben, sich den Volksmassen offen in der Diskussion zu stellen – das sagt alles über die Damen und Herren aus.

Der Kampf gegen Israel für ein freies Palästina

DIE GEISELNAHME VON MAALOT – KEINE AKTIONSFORM DES GUERILLAKRIEGES

Am 15. Mai jährte sich zum 26. Mal die Gründung des Staates Israel. Dieser Staat gründet sich auf die Vertreibung und Ermordung Tausender Palästinenser. An diesem Jahrestag haben in Palästina, dem Land, das heute Israel heißt bzw. von Israel besetzt gehalten wird, zahlreiche Aktionen der palästinensischen Widerstandsorganisationen stattgefunden. Mit diesen Aktionen haben sie gezeigt, daß es in diesem Land noch ein Volk gibt, das um die Erhaltung seiner nationalen Existenz und für die Erlangung seiner politischen und nationalen Rechte kämpft. Eine dieser Aktionen, bei der mehr als dreißig Menschen ums Leben kamen, hat großes Aufsehen erregt in der bürgerlichen Presse, die von einem Kommando der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas (FPDLP) durchgeführte Aktion in dem Dorf Tarschiha (israelisch: Maalot).

In den darauf folgenden Tagen bombardierten israelische Kampfflugzeuge sieben palästinensische Flüchtlingslager im Libanon, darunter die Lager Burj El Barajneh und Marufieh bei Beirut, Nabatijeh (35 000 Flüchtlinge) und Ain El Hitweh (20 000) bei Sidon. Nach einem Raketenangriff von israelischen Schnellbooten stieg die Zahl der Todesopfer auf 60, die der Verletzten auf über 200. Diese Zahlen wären in die Tausende gegangen, wenn nicht bereits große Teile der Lager evakuiert gewesen wären und die bewaffneten palästinensischen Milizen nicht zur Sicherung und Verteidigung bereitgestanden hätten.

Tausende sind durch diese Angriffe obdachlos und ohne jegliche armselige Habe. Das Lager Nabatijeh ist nur noch ein einziger Trümmerhaufen. Bei den Aufräumungsarbeiten wurde es ein zweites Mal angegriffen.

WAS GESCHAH AM 15. MAI IN TARSCHIHA (MAALOT)?

Drei Mitglieder der "Inneren Einheiten" der FPDLP (des Teils der Front, der auf palästinensischem Territorium lebt und kämpft) besetzten in Tarschiha (Maalot), einem Dorf nahe der libanesischen Grenze, ein Schulgebäude und nahmen die dort übernachtenden Jugendlichen als Geiseln. Nachdem sie die Schule besetzt hatten, lassen sie eine Krankenschwester frei, der sie fünf Briefe zur Weiterleitung übergeben, an den israelischen Generalstab, das Internationale Rote Kreuz, die Botschafter Frankreichs und Rumäniens in Tel-Aviv, die Eltern der als Geiseln genommenen Jugendlichen und an den Stadtrat von Maalot. Vom israelischen Generalstab verlangen sie die Freilassung von 26 Gefangenen. Die Liste enthält Namen von Mitgliedern aller in der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) vertretenen Organisationen, darüber hinaus von 2 Israelis, Mitgliedern des Revolutionären Kommunistischen Bundes, einer Organisation, die in Israel selbst gegen die zionistische Unterdrückerherrschaft kämpft und den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes unterstützt.

Ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes soll die Freilassung der Gefangenen überwachen, die dann nach Damaskus geflogen werden sollen. Die Botschafter Rumäniens und Frankreichs sollen nach der erfolgten Landung der Freigelassenen in Damaskus ein Codewort erhalten, nach dessen Übermittlung an das Kommando die erste Hälfte der Geiseln freigelassen werden. Die zweite Hälfte soll zusammen mit den Botschaftern und dem Vertreter des Roten Kreuzes das Kommando zu einem nahegelegenen Flughafen begleiten, von wo aus sie Israel verlassen werden.

Die Eltern der Jugendlichen und der Stadtrat von Maalot werden aufgefordert, Druck auszuüben auf die Regierung und das Militär, um sie zur Annahme der Forderungen zu zwingen. Aus den Aussagen des französischen Botschafters, die dieser gegenüber der französischen Zeitschrift Le Monde und gegenüber der Zeitschrift Stern gemacht hat, geht hervor, daß der Brief an die Botschafter nicht weitergeleitet wurde. Die israelische Regierung sagte zum Schein den Austausch zu. Mit dem Vorwand, die Botschafter hätten "die Parole" (Stern, 22. Mai) nicht gehabt, wird dann von israelischem Militär vierzig Minuten vor Ablauf des Ultimatums das Schulgebäude gestürmt. Auch die Aussage Dajans, "Wenn wir ihre Forderungen erfüllen, werden sie immer wieder kommen. Wir können nur eins tun: Wir müssen sie töten" (Stern, 22. Mai), deutet klar darauf hin, daß die israelische Regierung von vornherein entschlossen war, koste es was es wolle, keinerlei Forderungen zu erfüllen.

Die Erstürmung der Schule wird eröffnet durch dreiminütiges Sperrfeuer (Neue Züricher Zeitung, 17. Mai) und Granaten. Die Befragung von Augenzeugen ergibt: "Zwei Palästinenser waren von den ersten Schüssen getötet worden. Nur der dritte hatte das Feuer der Israelis noch erwidern können". (Stern, 22. Mai) Als feststeht, daß die Erstürmung der Schule über dreißig Menschen den Tod gebracht hat, wird Verteidigungsminister Dajan von der aufgebrachten Bevölkerung angegriffen. "Mörder unserer Kinder" wird er tituliert. Einige Tage später ergibt eine Meinungsumfrage: 68,8 % der israelischen Bevölkerung waren gegen den Sturm auf das Schulgebäude. Während Dajan noch einmal vor dem israelischen Parlament bekräftigt: "Wir müssen sie töten", fordert der Führer des oppositionellen Rechtsblocks Likud, Menachim Begin, die Gründung einer Untergrundorganisation, die überall auf der Welt Palästinenser aufspüren und töten soll. (Süddeutsche Zeitung, 22./23. Mai)

WELCHEN CHARAKTER HABEN ISRAELISCHE DÖRFER WIE MAALOT?

Siedlungen wie Maalot oder auch Kiriat Shmoneh sind auf dem Boden des palästinensischen Volkes errichtete Städte und Dörfer, die die Eroberung und endgültige Inbesitznahme des Landes durch die zionistischen Kolonisten zum Ziel haben. Sie sind Befestigungsanlagen, Wehrdörfer. Mit Hilfe solcher Anlagen haben sich die Zionisten schon vor der Gründung ihres Staates des palästinensischen Bodens bemächtigt und versuchen sie jetzt die 1967 besetzten Gebiete an sich zu reißen. Israelische Wehrdorfspezialisten beraten die Marionettenarmeen in Indochina.

Systematisch werden in diesen Befestigungsanlagen auch Frauen und Kinder angesiedelt, die damit in den Krieg gegen die ansässige palästinensische Bevölkerung mit hineingezogen werden. Besonders Juden aus orientalischen Ländern werden in solche umkämpften Siedlungen geschickt; die westeuropäischen halten sich mehr in den schon älteren, seit mehreren Jahrzehnten militärisch gesicherten Gebieten auf.

Der israelische Staat, der nichts anderes ist als der Staat von Kolonisten, die mit allen Mitteln die ansässige palästinensische Bevölkerung vertrieben haben und heute mit allen Mitteln ihre Eroberungen gegen deren Versuch, ihr Land zurückzugewinnen, verteidigen, versucht sich den Anschein eines friedlichen Staatsgebildes zu geben, das seine Grenzen und seine Zivilbevölkerung gegen sogenannte Terroristen schützen muß. Während er selbst einen Vernichtungskrieg im Libanon, wo die Palästinenser leben, führt, in dem bei den letzten Bombenangriffen kein Stein auf dem anderen blieb, Hunderte verwundet oder getötet wurden, versucht er der palästinensischen Widerstandsbewegung einen konventionellen Frontenkrieg aufzuzwingen.

Die gesamte israelische Gesellschaft ist militarisiert. Die Schüler, die in Maalot übernachteten, waren auf einer Exkursion im Rahmen eines Werbeprogramms der israelischen Armee, finanziert vom Verteidigungsministerium. Solche Exkursionen in die Grenzgebiete sind Teil eines Programms, mit dessen Hilfe Oberschüler teilweise schon vom 13. Lebensjahr an für die Eliteeinheiten der Armee, vor allem Luftwaffe, Marine und Fallschirmjäger, geworben werden. Mit Sondervergünstigungen, sportlich getarnten Übungen in leichten Waffen, als etwas abenteuerliche Ausflüge kaschierten Übungsmärschen, Besichtigungen von Luftwaffen- und Marinestützpunkten, wo die faszinierende Präzision moderner Kriegsmaschinerie vorgeführt wird, versucht die Armee die Schüler zu ködern.

DIE IN MAALOT PRAKTIZIERTE FORM DER GEISELNAHME IST KEINE AKTIONSFORM DES GUERILLAKRIEGES

Aufgrund der eigenen Schwäche und der Stärke des Feindes ist das palästinensische Volk gezwungen, einen Guerillakrieg zu führen gegen die Zionisten. Einen Krieg ohne Hinterland, zunächst auch ohne eigene Stützpunkte, wo die kämpfenden Einheiten sich mitten im Land des Feindes bewegen müssen. Von einem Volk, das sehr lange Erfahrungen mit dieser Form des Kampfes gemacht hat, dem chinesischen, liegt eine systematische Zusammenfassung der Erfahrungen vor: Mao Tse-tung's "Strategische Probleme des Partisanenkriegs", auf die wir uns im Folgenden stützen.

"In jedem Krieg ringen die kriegführenden Seiten mit allen Mitteln um die Initiative – in einer Schlachtfeld, in einer Kampfzone, in einem Frontgebiet oder sogar im ganzen Krieg; denn Initiative bedeutet Handlungsfreiheit für eine Armee ... Im Partisanenkrieg ist die Frage der Initiative von noch entscheidender Bedeutung. Denn die meisten Partisaneneinheiten operieren unter sehr schwierigen Umständen ... Trotzdem kann man auch im Partisanenkrieg die Initiative ergreifen; es kommt hauptsächlich darauf an, daß man sich die ... Schwächen des Feindes zunutze macht. ... Die Initiative erfolgt folglich aus der richtigen Einschätzung der Lage (sowohl der eigenen wie der des Feindes) und aus richtigen militärischen und politischen Maßnahmen. ... Wenn eine Partisaneneinheit infolge unzutreffender Einschätzung der Umstände und Lage oder unter dem Druck des Feindes in eine passive Lage gedrängt wird, hat sie die Aufgabe, sich mit allen Mitteln aus ihr zu befreien. ... In vielen Fällen ist es notwendig, "wegzugehen". Die Fähigkeit wegzugehen, ist das hervorstechendste Merkmal der Partisaneneinheiten. Das Weggehen ist die Hauptmethode, um aus einer passiven Lage herauszukommen und die Initiative zurückzugewinnen. Doch es ist nicht die einzige Methode. ... Es kommt oft vor, daß sich wieder eine günstige Situation einstellt und man die Initiative erneut an sich reißen kann, wenn man sich bemüht, "ein wenig länger auszuhalten"." (Mao Tse-tung, Ausgewählte Militärische Schriften, S. 187-189)

Die in Maalot praktizierte Form der Geiselnahme ist eine Aktionsform, die einer Guerillaeinheit die Initiative nimmt und sie in eine passive Lage drängt. Nach Besetzung und Geiselnahme liegt das Gesetz des Handelns in der Hand des Feindes. Es gibt nur noch die Alternative, entweder gibt der Feind auf die Forderungen ein oder seine Geiseln werden zusammen mit der Guerillaeinheit vernichtet. Das Kommando von Maalot hat das auch ganz klar in seinem Brief an den israelischen Generalstab zum Ausdruck gebracht. Dort heißt es unter Punkt 5: "Wir können unsere Bedingungen nicht ändern, genausowenig wie das geschehen wird, wenn ihr auf sie nicht eingeht". (Übersetzt aus Al Hurrya – Zeitung der FPDLP – vom 20. Mai)

Darüberhinaus ist die Funktion der Geiselnahme notwendig kalkulierten Menschenopfer unklar. Mao Tse-tung schreibt zu dieser Frage: "Alle leitenden Prinzipien der militärischen Operationen fußen auf einem Grundprinzip, nämlich: soweit als nur möglich die eigenen Kräfte erhalten und die feindlichen vernichten. ... Wie läßt es sich dann erklären, daß wir im Krieg zu heroischen Opfern aufrufen? ... Steht das nicht im Widerspruch zur "Selbsterhaltung"? In Wirklichkeit gibt es hier gar keinen Widerspruch; genauer gesagt: Aufopferung und Selbsterhaltung sind Gegensätze, die einander bedingen. Denn solche Opfer sind nicht nur notwendig, um den Feind zu vernichten, sondern auch, um die eigenen Kräfte zu erhalten". (S. 182) Aber trifft das für eine solche Geiselnahmeaktion zu? Sind die Kräfte des Feindes vernichtet worden? War sie notwendig, um die eigenen Kräfte zu erhalten?

Halten wir also fest: Die Aktion von Maalot kann für uns kein Anlaß sein, den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes nicht auch weiterhin mit aller Kraft zu unterstützen. Doch wir fragen, ob die in Maalot gewählte Aktionsform das palästinensische Volk einen Schritt weiter bringt in seinem Kampf für die Wiedererlangung seiner nationalen Rechte?

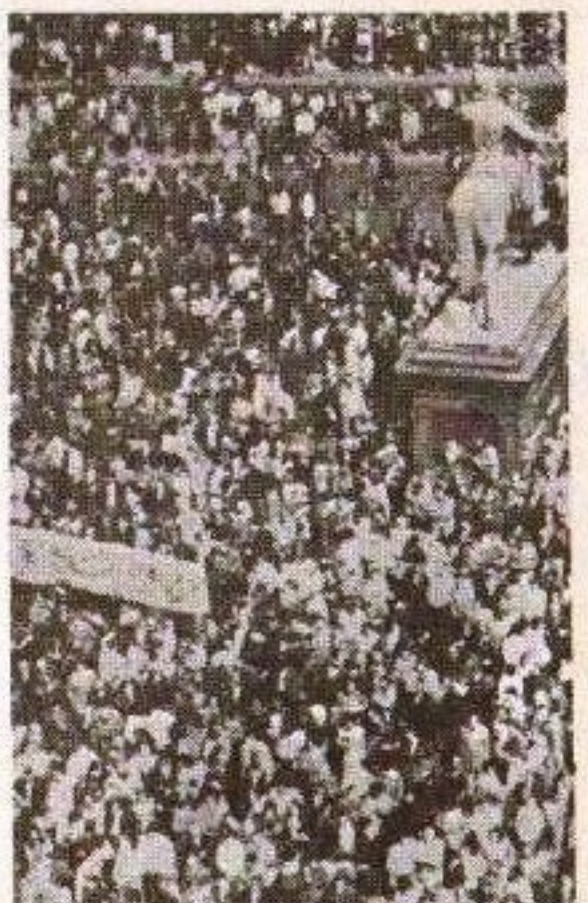
U.T.

Die Europagemeinschaft des Kapitals in der Krise

EIN VEREINTES KAPITALISTISCHES EUROPA IST NICHT IM INTERESSE DER ARBEITERKLASSE

Die Europäische Gemeinschaft, die Europagemeinschaft des Kapitals, ist in der Krise. Das ist nicht neu. Die Agrargemeinschaft hat noch nie funktioniert, sondern gewaltige Steuersummen für Subventionen gefordert und gleichzeitig die Lebensmittelpreise verteuert und tausende von kleinen und mittleren Bauern ruiniert. Die ersten Schritte zur Währungsgemeinschaft hielten nur ein paar Monate. Seit der Energiekrise liest man von Tag zu Tag neue Nachrichten über das Zusammenbrechen der Gemeinschaft. Die jüngste Krise geht nun ans kapitalistische Herz der Gemeinschaft. Durch Importbehinderungen seitens Dänemarks und Italiens ist der freie Markt zwischen den Ländern der EG empfindlich eingeschränkt. Doch die Krise zeigt nur, was die Europäische Gemeinschaft in Wirklichkeit ist, nicht das ideale Trugbild der Freizügigkeit des Waren- und Kapitalaustausches zum Nutzen aller beteiligten Länder, sondern eine Gemeinschaft der mörderischen und ruinösen Konkurrenz, wo es nicht um gleichen Nutzen, sondern um die Vorherrschaft unter den europäischen Kapitalisten und ihrer Staaten geht. Das will ich im folgenden an den letzten Krisenerscheinungen zeigen.

Anfang Mai demonstrierten italienische Bauern an den Grenzübergängen, um die Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus der Bundesrepublik zu verhindern. Zum Ausgleich für Währungsverluste erhalten nämlich westdeutsche Exporteure von Agrargütern hohe Prämien aus dem Brüsseler Agrarfonds, offensichtlich so hoch, daß sie den italienischen Bauern Konkurrenz machen können. Die Agrargemeinschaft, angeblich zum Schutz der Bauern, führt also nur zu verstärkter ruinöser Konkurrenz der Bauern untereinander und über die Grenzen hinweg. Warum die italienische Regierung jedoch eingriff, hat weitere Gründe.



Über 100 000 streikten und 70 000 demonstrierten gegen Steuererhöhungen in Dänemark.

DIE KRISE IN ITALIEN

Das italienische Kapital ist im Konkurrenzkampf mit anderen europäischen Kapitalen empfindlich ins Hintertreffen geraten. Ohnehin hatte die EWG niemals dazu geführt, daß das weniger industriell entwickelte Italien den Abstand hätte aufholen können. Italienische Arbeiter mußten zu tausenden als Gastarbeiter sich in Westdeutschland und Frankreich verkaufen. Nur wenige italienische Kapitalisten konnten sich einen Teil des Weltmarkts erobern, so Veith Pirelli, Olivetti und Fiat, indem sie die wirtschaftliche Not der Bauern und Arbeiter in Italien nutzten, um sie verschärft auszubeuten. Die bleibende Not großer Teile der Lohnabhängigen, die Ausbeutung durch die in- und ausländischen Kapitalisten haben in Italien die Klassenkämpfe früh und schärfer hervorgebracht als in anderen europäischen Ländern. Die schwache Ausgangslage hat dazu geführt, daß die sich mehrenden Krisen auf dem Weltmarkt, Währungskrise, Energiekrise und die verschärfte internationale Konkurrenz der europäischen Monopole die kapitalistische Wirtschaft Italiens von allen Ländern, die von Anfang an der europäischen Gemeinschaft angehörten, am meisten getroffen hat. Die italienische Währung verliert immer mehr an Wert, die Inflation in Italien ist die höchste bei etwa 18 % Preissteigerung, und in den letzten Jahren hat sich das Land und der Staat Italien immens verschuldet. Die jüngste Exportoffensive der großen europäischen Konzerne, insbesondere der westdeutschen, hat die italienische Zahlungsbilanz so verschlechtert, daß sich die italienische Regierung gezwungen sah, Maßnahmen gegen die Einfuhr ausländischer Waren zu ergreifen, und damit dem gemeinsamen europäischen Markt einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Etwa 40 % der Importe werden nur noch mit der Auflage genehmigt, daß die ausländischen Exporteure zusätzlich 50 % des Warenwerts bei der italienischen Zentralbank für jeweils 6 Monate hinterlegen müssen. Dadurch wird die Einfuhr verteuert, denn die Exporteure müssen Geld leihen und dafür Zinsen zahlen, und das wälzen sie natürlich auf die Preise ab. Dadurch wird der Export nach Italien auch zurückgehen.

Doch die italienische Regierung hat nur die Notbremse gezogen. Die Ursache liegt vielmehr in der Exportoffensive vor allem des westdeutschen und französischen Großkapitals. Das italienische Handelsdefizit erreichte im Februar 2,9 Milliarden DM, im April soll es schon 3 Milliarden DM betragen. Den höchsten Anteil daran hat der Außenhandel mit Westdeutschland. Während im ersten Vierteljahr 1974 die westdeutschen Ausfuhren nach Italien um 36 % zugenommen haben, sind die italienischen Ausfuhren nach Westdeutschland sogar zurückgegangen.

DIE KRISE IN DÄNEMARK

Ähnlich sind die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Dänemark und der Bundesrepublik. Der Ausfuhrüberschuß Westdeutschlands gegenüber den Importen aus Dänemark hat sich im ersten Vierteljahr 1974 verdoppelt, die westdeutsche Ausfuhr nach Dänemark nahm um 41 % zu, der dänische Export nach Westdeutschland nur um knapp 5 %. Auch die dänische Regierung sah sich zu drastischen Maßnahmen gezwungen, die aber nicht nur die westdeutschen Kapitalisten treffen, sondern vor allem die eigene Bevölkerung. Auf wichtige Verbrauchsgüter wurden in Dänemark die indirekten Steuern drastisch um bis zu 50 % erhöht, was zur Folge hat, daß westdeutsche Exporteure weniger loswerden, die dänische Bevölkerung aber zugleich weniger und teurere Verbrauchsgüter zu kaufen bekommt. Zugestimmt hat diesen Maßnahmen auch der dänische Steuerdemagoge Glistrup, der angetreten war mit dem Programm, fast alle Steuern abzuschaffen. Er hat damit die dänische Regierung vor dem Rücktritt bewahrt. Währenddessen gab es Massenstreiks und Riesendemonstrationen gegen die Steuererhöhungen in Dänemark, die die Lohnabhängigen ohne Unterstützung der Gewerkschaftsführungen durchführten. Hunderttausende streikten im Verlauf einer Woche.

In Frankreich drohen nun auch Importbeschränkungen, weil Frankreich ebenfalls ein großes Handelsbilanzdefizit hat. Während das französische Kapital durch riesige Exporte nach Italien selbst zum Handelsbilanzdefizit von Italien beigetragen hat, ist es im Handel mit Westdeutschland, das der Haupthandelspartner Frankreichs ist, beträchtlich im minus. Schon im vergangenen Jahr hat das westdeutsche Kapital seinen Exportüberschuß gegenüber den französischen Exporten nach Westdeutschland vervierfacht.

DIE OFFENSIVE DER WESTDEUTSCHEN KONZERNE AUF DEM WELTMARKT UND AUF DEN EUROPÄISCHEN MÄRKTEN

So ist also die Lage in der Europagemeinschaft des Kapitals dadurch gekennzeichnet, daß eigentlich nur Westdeutschland und in seinem Schatten die Niederlande große Handelsbilanzüberschüsse aufweisen, die im Rekordtempo wachsen. Ganz dumm aber wäre der Lohnabhängige in Westdeutschland, der sich wegen dieser Erfolge der westdeutschen Kapitalisten stolz in die Brust werfen würde. Denn erstens ist es doch nicht in seinem Interesse, wenn die westdeutschen Kapitalisten die kapitalistische Wirtschaft anderer Länder in die Knie zwingen, und zweitens geschieht dies nicht nur auf Kosten der anderen Völker Europas, sondern auch auf dem Rücken der Lohnabhängigen in Westdeutschland. Und drittens wirkt die Krise der ausländischen kapitalistischen Wirtschaften zwangsläufig zurück auf die kapitalistische Wirtschaft Westdeutschlands. Selbst die großen westdeutschen Konzerne werden in die Krise geraten, wenn sie ihren Export nicht mehr absetzen können. Die Krise des VW-Konzerns zeigt dies schon deutlich.

Die Offensive des westdeutschen Kapitals hat gegenwärtig zwei Seiten, einerseits die Exportoffensive mit Waren, die in Westdeutschland hergestellt werden, andererseits Export von Kapital, aus eben dem Profit, den die Kapitalisten hier den Arbeitern aus den Knochen geschunden haben und mit dem sie Fabriken im Ausland errichten, um auch dort die Arbeiter auszubeuten.

DIE KONKURRENZVORTEILE DES WESTDEUTSCHEN KAPITALS AUF DEM WELTMARKT GEHEN ZU LASTEN DER LOHNABHÄNGIGEN HIER IM LANDE

Die Lohnabhängigen hier haben auch doppelt die Folgen zu tragen. Der Warenexportüberschuß für das westdeutsche Kapital bedeutet für die Lohnabhängigen, daß sie immer mehr dafür produzieren, daß sich die Kapitalisten neue Märkte erobern, während zugleich die Inflation im eigenen Land die Kaufkraft der Löhne so mindert, daß sich die Lohnabhängigen absolut weniger kaufen können. Der Export von Kapital, den die Kapitalisten aus den abgepressten Profiten tätigen, bedeutet für die Lohnabhängigen, daß immer mehr Arbeitsplätze kaputtgehen, und die Arbeitslosigkeit steigt. Steigende Arbeitslosigkeit können die Kapitalisten wiederum nutzen, um die Löhne weiter zu drücken.

Die großen Erfolge der westdeutschen Konzerne auf dem Weltmarkt verschlechtern daher nur die Lage der Lohnabhängigen in Westdeutschland und verschärfen die Krise des Kapitalismus im Weltmaßstab. Das vollzieht sich nach der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Konkurrenz, die da heißt, je ein Kapitalist schlägt viele andere tot – und die in der imperialistischen Epoche des Kapitalismus, in der wir uns befinden, zusätzlich heißt, die Kapitalisten eines Landes versuchen die Kapitalisten anderer Länder kaputt zu machen und ganze Völker unter ihre Ausbeuterherrschaft zu bringen: Für Europa heißt das gegenwärtig, daß es einen Schritt zu einem engeren Zusammenschluß des kapitalistischen Europa nur geben wird, wenn den Kapitalisten eines Landes gelingt, gegenüber anderen kapitalistischen Ländern ihre Vorherrschaft auszubauen. Das westdeutsche Kapital ist auf dem Weg dabei.

RUINÖSE KONKURRENZ – WACHSENDE KRISE DES IMPERIALISMUS

Dies aber passiert gegenwärtig in einer Zeit des Niedergangs der Macht der Imperialisten insgesamt und wird nicht zu stabilen Ausbeutungsverhältnissen für das Kapital führen. Denn zugleich kämpft der angeschlagene imperialistische Riese USA mit der anderen imperialistischen Supermacht Sowjetunion um die Vorherrschaft über Europa und beide sind militärisch und was ihren Einfluß in der Welt angeht, immer noch allen europäischen Imperialisten überlegen. Und gegenüber den imperialistischen Mächten insgesamt sind die vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Völker dabei, sich zusammenzuschließen und haben dabei große Erfolge, wie der Zusammenschluß der ölproduzierenden Länder und der Erfolg der Befreiungskämpfe in Südostasien und Afrika zeigt. Die erbitterte Konkurrenz der Imperialisten um die Vorherrschaft in der Welt befindet sich gegenüber dem Kampf der unterdrückten Völker, der sogenannten Entwicklungsländer, schon in der Verteidigung. Zugleich haben die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Verschlechterung der Lebenslage in den imperialistischen Ländern einen großen Aufschwung genommen. Der ruinöse kapitalistische Konkurrenzkampf in jedem einzelnen Land und auf dem Weltmarkt und die Krise des Imperialismus im Weltmaßstab führen überall immer deutlicher die einzig richtige Perspektive vor Augen: die Vereinigung der Arbeiter aller Länder und ihr gemeinsamer Kampf mit den unterdrückten Völkern gegen den Imperialismus, gegen die Kapitalistenherrschaft und für den Sozialismus. Das ist der Ausweg aus dem weltweiten Elend und der Barbarei des Kapitalismus in seiner imperialistischen letzten Phase. Dieser Kampf muß in jedem Land sich zunächst gegen die Kapitalistenherrschaft im eigenen Land richten. Und er entzündet sich immer häufiger an den Widersprüchen in den europäischen Ländern, nicht zuletzt in Westdeutschland, wo die Lohnabhängigen in der Verschlechterung ihrer Lebenslage deutlich erkennen können, daß die Handels- und Kapitalexportoffensive des westdeutschen Kapitals genauso wenig ihr Interesse ist wie alle Versuche, ein vereintes kapitalistisches Europa zu errichten

–bb–

Portugal: Die Macht der Arbeiterklasse

KAMPF FÜR VERBESSERUNG DER LEBENS– UND ARBEITSBEDINGUNGEN

"Wenn das Volk vereint ist, kann es niemals besiegt werden!" – Unter dieser Parole verbreitert sich die Bewegung der portugiesischen Volksmassen von Tag zu Tag. Ihr Schwerpunkt liegt heute in den Betrieben. Genauso aber hat auch das Proletariat in den Kolonien – besonders in Mozambique – zur Waffe des Streiks gegriffen. Den Befreiungsbewegungen in den Kolonien ist gelungen, den Kampf für die Unabhängigkeit und Freiheit auch in den Städten zu führen, dort als breiten Streik. Die neue portugiesische Zivilregierung, die seit dem 16. Mai im Amt ist, beruft sich auf "die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte", und auf "das Bündnis von Volk und Armee". Cunhal, der Generalsekretär der revisionistischen Kommunistischen Partei Portugals, der jetzt Staatsminister ohne besonderen Geschäftsbereich geworden ist, sagte: "Wir, was uns betrifft, legen den Akzent auf das, was uns vereint, und nicht auf das, was uns spalten könnte".

Auf dieser Linie wurde die neue Regierung gebildet aus Vertretern des bürgerlichen oppositionellen Lagers sowie aus den Repräsentanten der christlich-demokratischen Volkspartei, der christlich-sozialistischen Partei, der sozialistischen Partei und der kommunistischen Partei.

WIE SIEHT DIESE LINIE AUS?

Die Arbeiterklasse hält die meisten Betriebe in Portugal besetzt, sie fordert mit diesem Mittel eine wirksame Verbesserung der Lebensbedingungen und die Säuberung der Geschäftsleitungen von früheren Kollaborateuren. Außerdem geht es zumeist um die Wiedereinstellung all jener Kollegen, die unter dem Salazar- und Caetano-Regime aus politischen Gründen entlassen wurden. Die Regierung lehnt jedoch die Forderung nach Festsetzung eines Mindestlohns für ganz Portugal auf 6 000 Escudos – eine Verdoppelung der Löhne für die meisten Arbeiter – kategorisch ab, ebenso die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche. Dagegen will sie in der Frage des Urlaubs und der Garantierung des Lohns bei Arbeitsunfällen nachgeben. Diese Linie, bestimmte Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu machen, zugleich aber die kapitalistische Wirtschaft in Portugal erneut zu festigen, soll jetzt in dem wichtigsten und kampfstärksten portugiesischen Betrieb gegen die Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden: auf der Werft in Lisnave bei Lissabon.

Die 8 000 Arbeiter haben dort beschlossen, bis zur Durchsetzung der Forderungen das Werk besetzt zu halten und pro Schicht jeweils 2 Stunden zu arbeiten. Sie haben eine Kommission gewählt, die derzeit in Verhandlungen steht mit der Regierung. Welche Bedeutung diesen Verhandlungen beigemessen wird, sieht man schon daran, daß die Verhandlungen unter der direkten Kontrolle der Offiziere und Teilen der früheren "Junta der nationalen Errettung" stehen, deren Mitglieder nach der Wahl ihres Chefs Spinola zum Staatspräsidenten den Verfassungsrat bilden und die oberste Kontrolle im Lande ausüben. Um tatsächlich diesen Weg der Sicherung der kapitalistischen Wirtschaft mit Erfolg beschreiten zu können, wurden die Vertreter der Kommunistischen Partei in die Regierung aufgenommen. Der Sozialistenführer Soares drückte das klar aus: Die Kommunisten müßten beteiligt werden, weil die Regierung eine Reihe unpopulärer Maßnahmen ergreifen müsse, um die Inflation zu bekämpfen. Ganz Portugal müsse jetzt den ohnehin schon eng geschnallten Gürtel noch enger schnallen. Würde man die Kommunisten ausschließen, so erhielten diese Gratismunition für spätere Wahlkämpfe (Frankfurter Rundschau vom 10. Mai).

Besonders heftig wird auch der Kampf geführt in Betrieben, die den internationalen Konzernen gehören, wie zum Beispiel Siemens, Bayer, Esso-Standard, Ciba, Sandoz, Renault und vielen anderen. Die Renault-Arbeiter in Lissabon haben in einer Resolution sich gegen die Ausbeutung durch die internationalen Monopole gewandt und die zunehmenden Investitionen des internationalen Kapitals als Form der Kolonisierung Portugals bezeichnet. Daraufhin haben sich die Renault-Arbeiter von Paris-Billancourt mit dem Kampf und den Forderungen ihrer Kollegen in Lissabon solidarisch erklärt. Die Bankangestellten der großen portugiesischen Banken schließlich haben durch ihr selbständiges Handeln verhindert, daß die früheren Machthaber ihre Kapitalien mit über die Grenze nehmen konnten. Ob also die portugiesischen Arbeiter sich tatsächlich abspeisen lassen, auf ihre Lohnforderungen verzichten und stillhalten bei dem Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft in Portugal, oder ob die Regierung mit schärferen Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse vorgehen muß, um die "unpopulären Maßnahmen", von denen Soares so zynisch sprach, durchzusetzen, wird sich schon bald zeigen.

Entscheidend dafür, ob die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen die errungenen Positionen und Rechte behaupten können, wird die Bildung der revolutionären kommunistischen Partei sein, die nicht wie die Revisionisten mit der Bourgeoisie paktiert, sondern die Volksmassen im politischen Kampf um die Macht und für die soziale Revolution führt. Kommunisten, die dies Ziel vertreten, gibt es in verschiedenen revolutionären Organisationen und auch innerhalb der revisionistischen Kommunistischen Partei. Es kommt darauf an, daß sie sich auf der Grundlage eines Programms auf den revolutionären Weg einigen und zusammenschließen.

DER UNABHÄNGIGKEITSKAMPF IN DEN KOLONIEN MACHT GROSSE FORTSCHRITTE

Die neue Regierung hat mit der PAIGC und Vertretern der Republik Guinea-Bissao in London offizielle Verhandlungen begonnen. Der einzige Gegenstand dieser Verhandlungen ist die Unabhängigkeit und die Anerkennung der Republik Guinea-Bissao, die inzwischen von 92 Staaten der Erde anerkannt wurde. Mit der FRELIMO, der Befreiungsbewegung von Mozambique, wurden Kontakte aufgenommen, offizielle Verhandlungen werden vorbereitet. Die portugiesische Seite hat inzwischen auf jede Vorbedingung und auf ihre Bundesstaatspläne verzichtet und ist bereit, über die Unabhängigkeit direkt zu verhandeln.

Wie kommt das? – Nehmen wir das Beispiel des Cabora-Bassa-Staudamms: Schlagartig sind dort alle schwarzen Bauarbeiter in den Streik getreten, der Streik droht selbst auf die von Europa und Südafrika kommenden weißen Arbeiter überzugreifen, die die Schnauze gestrichen voll haben. Der Streik wurde gezielt seit Monaten vorbereitet von Mitgliedern der FRELIMO, die politisch unter den Arbeitern gearbeitet haben. Gleichzeitig ist der militärische Kampf gegen den Cabora-Bassa-Staudamm enorm verschärft worden, die Baustelle ist von der Umwelt abgeschnitten und selbst per Flugzeug nicht mehr ohne weiteres zu erreichen. Der bevorstehende Probelauf der Turbinen ist kaum noch durchführbar und die Fertigstellung dieses größten Staudamms der Welt für Mitte 1975 ist fraglicher denn je zuvor. Was mit diesem Staudamm wird, an dem besonders Rhodesien und Südafrika interessiert sind, das wird auch Gegenstand der Verhandlungen sein. So ist es überall in den industriellen Zentren der Kolonien: Die schwarzen Arbeiter haben auf breiter Front die Arbeit niedergelegt. So stellt sich eine immer größere Einheit der schwarzen Volksmassen in den Kolonien her für das gemeinsame Ziel der Unabhängigkeit. Was bleibt der portugiesischen Regierung anderes übrig, wenn sie an ihrem Versprechen festhalten will, den Kolonialkrieg zu beenden, als in die Unabhängigkeit einzuwilligen? Geht sie von diesem Weg ab, dann wird das nur dazu führen, daß sie jegliche Popularität bei den Volksmassen im eigenen Land verlieren wird.

– D.T. –

Der Befreiungskampf der Kurden

DAS KURDISCHE VOLK IM IRAK, IN DER TÜRKEI UND IM IRAN WIRD UNTERDRÜCKT

Seit dem 11. März dieses Jahres bombardiert die irakische Armee, ausgerüstet mit modernsten Flugzeugen sowjetischer Bauart wie TU 22, MIG 23, kurdische Gebiete, darunter auch mit Napalm-Bomben, die ebenfalls aus der Sowjetunion stammen. Etwa 50 000 irakische Soldaten operieren in Kurdistan, gegenüber 45 000 Angehörigen der kurdischen revolutionären Armee, der Pesmarga.
In den letzten Monaten haben die Kurden große Erfolge errungen. Das Gebiet des befreiten Kurdistan verdoppelte sich innerhalb weniger Tage auf 40 000 qkm, eine eigene Regierung wurde gebildet. 23 Flugzeuge der irakischen Armee wurden bisher heruntergeholt, über 50 Panzer in Brand gesteckt. Aus allen Teilen des Irak melden sich freiwillige Kämpfer, um den Kampf der Kurden zu unterstützen: Bis jetzt kamen etwa 120 000 Freiwillige.

"Wir haben keine Angst vor Kämpfen. Das einzige, was wir fürchten, ist die Napalm-Bonbardierung unserer Dörfer. Wir wurden unser ganzes Leben geschlagen und unterdrückt, wir haben nichts zu verlieren. Unsere Wahl ist ein unabhängiges Kurdistan oder der Tod", meldete Radio Kurdistan von den Kämpfern am 18.4., dem ersten Tag des Napalm-Einsatzes, der bis heute andauert. Über 30 Städte und Dörfer wurden durch Napalm bisher ausradiert, über 800 Menschen dabei getötet.

Seit Jahrzehnten sind die Kurden Opfer imperialistischer Großmachtpolitik. Nach der Entdeckung von Erdöl in Kurdistan – 10 % des Welterdöls stammen aus Kurdistan – wurde dem kurdischen Volk das gerade erst vom Völkerbund zuerkannte Recht auf Bildung eines eigenen, unabhängigen Staates wieder genommen. 1923 wurde Kurdistan nach dem Motto "Teile und herrsche" unter die Türkei, Iran, Irak, Syrien und die Sowjetunion aufgeteilt. Heute berühren sich dort direkt die Einflußsphären der beiden Supermächte: Im türkischen Teil Kurdistans liegen ausgedehnte Militärbasen der NATO, der Irak hat vor einigen Jahren einen Militärpakt mit der UdSSR abgeschlossen. Diese Gebiete sind für die Supermächte um so wichtiger, als sich ihr Kampf um die Vorherrschaft in der Welt im Nahen Osten derart verschärft hat. Deshalb müssen sich die Supermächte in einem einig sein: in ihrer Angst vor jeder Unruhe und Volksbewegung in diesen Gebieten, gerade jetzt wo sie beginnt, sich unter klaren, gegen die imperialistische Unterdrückung gerichteten Zielen zu formieren.

Die Volksbefreiungsbewegung der irakischen Kurden ist politisch und militärisch am weitesten fortgeschritten. Durch die Verbindung des militärischen Kampfes mit dem Kampf um den Aufbau des Landes selbst, gegen Analphabetentum und wirtschaftliche Rückständigkeit, gewann die von der Demokratischen Partei Kurdistans, DPK, 1961 gegründete Partisanenbewegung Pesmarga die Unterstützung immer größerer Teile der Volksmassen. Die Sowjetunion versucht deshalb umso mehr, die irakische Regierung auf allen Ebenen bei der Unterwerfung der Volksbefreiungsbewegung zu unterstützen. 1970 schloß der Irak auf Betreiben der Sowjetunion ein Waffenstillstandsabkommen mit den Kurden, das die Verwirklichung der Autonomie für die Kurden innerhalb von vier Jahren vorsah und die Bildung einer nationalen Front aus allen fortschrittlich-nationalen Kräften des Irak im Verhältnis ihrer Stärke zur Verwirklichung der Demokratie im Irak.



Dieses Abkommen brachte zwei Mitgliedern der revisionistischen Kommunistischen Partei des Irak die Beteiligung an der "nationalen Front", brachte die Aufrüstung des Irak mit modernsten Waffen durch die Sowjetunion und für das kurdische Volk Umsiedlungs- und Abschiebungsmaßnahmen, verschärften Terror und Unterdrückung. Als das kurdische Volk nach Ablauf des Abkommens im März dieses Jahres die vom Irak einseitig nach den Regierungsvorstellungen proklamierte Autonomie unter diesen Bedingungen ablehnte, begann die irakische Regierung eine neue Offensive, nach deren Beginn der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Gretschko gleich nach Bagdad reiste. Um jede Kommunikation zwischen den Kurden und ein Übergreifen der Kämpfe vom Irak auf die Türkei zu verhindern, wurden die Grenzen geschlossen und operiert ständig türkisches Militär in den kurdischen Provinzen. Die Existenz von Kurdistan wird offiziell geleugnet, alle Informationen über Kurdistan, seine Geschichte und Kultur sind verboten. Schon kurdisch zu sprechen wird mit Gefängnis bestraft. Mit finanzieller Hilfe der NATO–Länder ist Türkisch–Kurdistan zu einem riesigen Militärlager geworden. Hunderttausende wurden durch die wirtschaftliche Unterentwicklung gezwungen, Arbeit im Ausland zu suchen und vorwiegend als Gastarbeiter in die BRD zu gehen, um dort von den westdeutschen Kapitalisten ausgebeutet zu werden und unter elenden Bedingungen zu leben. In den letzten Jahren fanden zahlreiche Protestveranstaltungen und Landbesetzungen im türkischen Teil Kurdistans durch revolutionäre Kräfte statt. Eine Führung unter klaren politischen Parolen hat sich allerdings noch nicht herausgebildet.

Auch im iranischen Teil Kurdistans beginnt sich der Widerstand zu formieren. Insgesamt ist die Bewegung noch schwach. Inzwischen jedoch beginnt sich innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung im Iran die Forderung durchzusetzen, unter der sie ihren Kampf erfolgreich führen kann: Autonomie für die Kurden, Demokratie im Iran.

–Az., Lo.–

kischen Kurden ist politisch und militärisch am weitesten fortgeschritten. Durch die Verbindung des militärischen Kampfes mit dem Kampf um den Aufbau des Landes selbst, gegen Analphabetentum und wirtschaftliche Rückständigkeit, gewann die von der Demokratischen Partei Kurdistans, DPK, 1961 gegründete Partisanenbewegung Pesmarga die Unterstützung immer größerer Teile der Volksmassen. Die Sowjetunion versucht deshalb umso mehr, die irakische Regierung auf allen Ebenen bei der Unterwerfung der Volksbefreiungsbewegung zu unterstützen. 1970 schloß
terdrückung. Als das kurdische Volk nach Ablauf des Abkommens im März dieses Jahres die vom Irak einseitig nach den Regierungsvorstellungen proklamierte Autonomie unter diesen Bedingungen ablehnte, begann die irakische Regierung eine neue Offensive, nach deren Beginn der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Gretschko gleich nach Bagdad reiste. Um jede Kommunikation zwischen den Kurden und ein Übergreifen der Kämpfe vom Irak auf die Türkei zu verhindern, wurden die Grenzen geschlossen und operiert ständig türkisches Militär in den kur-
im türkischen Teil Kurdistans durch revolutionäre Kräfte statt. Eine Führung unter klaren politischen Parolen hat sich allerdings noch nicht herausgebildet.
Auch im iranischen Teil Kurdistans beginnt sich der Widerstand zu formieren. Insgesamt ist die Bewegung noch schwach. Inzwischen jedoch beginnt sich innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegung im Iran die Forderung durchzusetzen, unter der sie ihren Kampf erfolgreich führen kann: Autonomie für die Kurden, Demokratie im Iran.
–Az., Lo.–

AN DER DIPLOMATISCHEN FRONT:

Große Erfolge der GRUNK

Seit April 1974 befindet sich eine Delegation der Nationalen Einheitsfront FUNK und der Königlichen Regierung der Nationalen Union Kambodschas GRUNK auf einer Auslandsreise zu befreundeten Regierungen. Sie wird geführt von Khieu Samphan, dem Vize-Premierminister und Oberbefehlshaber der Volksstreitkräfte zur Nationalen Befreiung. Er leitet die Regierungsgeschäfte im befreiten Kambodscha.

Die Delegation wird überall von der Bevölkerung begeistert empfangen. Nach dem Besuch in Nordvietnam – wo die Delegation auch mit der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams zusammentraf – sowie dem Besuch in der Volksrepublik Korea begab sie sich am 19.4. nach einem Besuch in der Volksrepublik China nach Afrika und Europa. In Algerien traf sie mit Staatschef Boumedienne, dem Wortführer der blockfreien Staaten der Dritten Welt, zusammen. In Europa besuchte sie als erstes Land die Volksrepublik Albanien, um sich für die erhaltene politische Unterstützung zu bedanken.

Die Festigung und Erweiterung der Freundschaft zwischen den Völkern, die immer breiter werdende Unterstützung für den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes versetzt die US-Imperialisten und ihre Lakaien in Phnom Penh in große Unruhe. Sie fürchten ganz besonders, daß es ihnen in diesem Jahr nicht mehr gelingt, die Aufnahme der GRUNK in die UNO und den Ausschluß des Lon-Nol-Regimes zu verhindern. Über 60 Regierungen erkennen inzwischen die GRUNK als rechtmäßige Vertretung des kambodschanischen Volkes an. Ihre Aufnahme in die UNO würde es den US-Imperialisten endgültig unmöglich machen, ihre gekauften Kreaturen als Regierung des kambodschanischen Volkes auszugeben und die tatsächliche Regierung GRUNK als "Terroristenbande" oder "kommunistische Minderheit" hinzustellen.

Im September 1973 verhinderten die USA die Aufnahme der GRUNK in die UNO nur knapp durch einen Verfahrenstrick. Sie setzten die Abstimmung gerade in einem Augenblick an, als zwei Ländervertreter, die für die GRUNK waren, abwesend waren.

Deshalb wird auch die Reise vor aller Welt vertuscht. In Kambodscha wird sogar die Tatsache von der Lon-Nol-Clique angezweifelt, daß Khieu Samphan lebt. Sie behaupten, Sihanouk habe ihn noch während seiner Regierungszeit in Phnom Penh ermorden lassen. Derjenige, der sich jetzt als Khieu Samphan ausgibt, sei ein Betrüger. Sie verbreiten diese Lüge, weil Khieu Samphan bereits als Minister unter Sihanouk in den 60er Jahren sich entschieden für die Interessen des Volkes einsetzte. Insbesondere kämpfte er entschlossen gegen die Korruption in der früheren Regierung Sihanouks. Er ist deshalb beim Volk sehr beliebt. Er mußte vor den Verfolgungen der Lon-Nol Clique aufs Land fliehen, wo er sich an der Organisierung der Bauern beteiligte.

Sihanouk hat inzwischen erkannt, daß er damals nicht konsequent genug gegen den Imperialismus kämpfte. Er hat die Konsequenzen ziehen müssen und sich jetzt entschieden auf die Seite des Volkes gestellt. Sihanouk hat durch seine verschiedenen Aktivitäten in den letzten Jahren, insbesondere durch seine in der ganzen Welt weit beachtete Auslandsreise im Sommer 1973 zur Stärkung des internationalen Ansehens der FUNK und GRUNK beigetragen und das kambodschanische Volk in seinem Kampf ermutigt.

Die internationale Solidarität muß den Kampf des kambodschanischen Volkes an der internationalen Front entschieden unterstützen. Wir tun es am wirksamsten, indem wir von der BRD-Regierung fordern, daß sie ihre bisherige Unterstützung für die Lon-Nol-Clique einstellt, die GRUNK diplomatisch anerkennt und ihre Aufnahme in die UNO unterstützt.

–HL, Heidelberg–

Vernichtung der Stützpunkte – eine notwendige Aktion
Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams (PRR) hat am 13. Mai die ' Verhandlungen zur Durchführung des Pariser Abkommens mit dem Thieu-Regime in Paris vorläufig abgebrochen. Mit diesem Schritt protestierte sie gegen die Gefangennahme ihrer Vertreter bei den Gesprächen der Zweier-Militärkommission auf dem Saigoner Luftwaf-
von Saigon gegen die befreiten Gebiete ein. (Süddeutsche Zeitung, 2./3. März) Damit zeigen sie erneut, daß sie nicht bereit sind, freiwillig das Abkommen einzuhalten.
Deshalb ist das vietnamesische Volk fest entschlossen, selbst dafür zu sorgen, daß alle Bestimmungen des Abkommens endlich von den USA und ihrer Marionette Thieu eingehalten

Vernichtung der Stützpunkte – eine notwendige Aktion

Die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams (PRR) hat am 13. Mai die ' Verhandlungen zur Durchführung des Pariser Abkommens mit dem Thieu-Regime in Paris vorläufig abgebrochen. Mit diesem Schritt protestierte sie gegen die Gefangennahme ihrer Vertreter bei den Gesprächen der Zweier-Militärkommission auf dem Saigoner Luftwaffenstützpunkt Tan Son Nuth durch Thieu. Dieser begründet diesen Schritt mit der Einnahme seines Stützpunktes Tong Le Chan durch die Volksbefreiungsarmee. Auf diesen Protest hin hat nun das Thieu-Regime die Provisorische Revolutionäre Regierung erneut beschuldigt, "in flagranter Weise das Abkommen von Paris zu verletzen" und "sich so definitiv für den Weg der Waffen und Gewalt entschieden zu haben, statt durch Verhandlungen ein Friedensabkommen zu suchen." (Le Monde, 16. Mai) Thieu spielt sich zum Hüter und Verteidiger des Abkommens auf und erklärt sich "bereit", die Verhandlungen wieder aufzunehmen, "sobald die kommunistische Seite ihren guten Willen zum Frieden durch konkrete Handlungen zeigt". (Süddeutsche Zeitung, 17. Mai)

Doch Thieu ist es gerade, der permanent Angriffe gegen die befreiten Gebiete gerade von Stützpunkten wie Tong Le Chan aus startet. Diese Stützpunkte, die mitten in den befreiten Gebieten liegen, hätten nach dem Abkommen schon längst aufgelöst werden müssen, "damit diese Stützpunkte nicht mehr für militärische Zwecke verwendet werden können". (Protokolle zum Abkommen, Art. 9) Aber stattdessen wurden sie alle von den USA an das Thieu-Regime übergeben, damit dieses von ihnen aus die Angriffe gegen die Bevölkerung fortsetzen kann.

Dagegen hat die Provisorische Revolutionäre Regierung am 22. März in ihrer 6-Punkte-Erklärung einen weiteren konkreten Vorschlag zur Lösung der inneren Probleme Vietnams vorgelegt. Sie fordert darin die sofortige Herstellung des Waffenstillstandes, die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten durch Thieu und die USA. Doch die USA und Thieu ignorierten diesen Vorschlag und führen ihre Aggression gegen das vietnamesische Volk fort. Sie leiteten sogar eine Offensive nördlich von Saigon gegen die befreiten Gebiete ein. (Süddeutsche Zeitung, 2./3. März) Damit zeigen sie erneut, daß sie nicht bereit sind, freiwillig das Abkommen einzuhalten.

Deshalb ist das vietnamesische Volk fest entschlossen, selbst dafür zu sorgen, daß alle Bestimmungen des Abkommens endlich von den USA und ihrer Marionette Thieu eingehalten werden. Es hat die entsprechenden Maßnahmen ergriffen, um den Überfällen, Razzien, Bombardierungen und dem Terror gegen die Bevölkerung dort Einhalt zu gebieten, von wo aus diese Angriffe immer wieder gestartet werden. Die Vernichtung der Stützpunkte der Marionettentruppen ist dabei eine notwendige Aktion.

N.F., Heidelberg

Song-Veranstaltung der chilenischen Faschisten verhindert

Am Dienstag, 14.5., wollte eine chilenische Songgruppe den Versuch unternehmen, in Frankfurt für ihr "Heimatland" und die südamerikanische Folklore Propaganda zu machen. Diese Songgruppe war extra von Chile nach Europa gekommen, um hier die Propaganda für die faschistische Militärjunta zu betreiben.

Was steckte hinter dieser Songgruppe? Der "Band"(en)-Leader ist der Pressesprecher einer bedeutenden chilenischen Bank, gleichzeitig aber auch Zensor, Kontrolleur über den Kulturapparat in Chile. Wenn er nun mit seinen "Los huasos Quincheros" hierher kam, so wollte er damit demonstrieren: Schaut her, Leute, in Chile ist es doch gar nicht so schlimm, seht, was wir für schöne Musik machen.

Auf all diese Tatsachen, auf die politischen Gefangenen und das Massenelend, das jetzt in Chile herrscht, hat die AELA, eine Vereinigung südamerikanischer Studenten in Frankfurt, hingewiesen, und sie hat die Studenten aufgefordert, dorthin zu kommen, um diese faschistische Kundgebung zu verhindern.

Mehrere hundert fortschrittliche Menschen haben dann die Säle des von der SPD verwalteten Volksbildungsheimes blockiert und so die Veranstaltung verhindert.

Spendet für das Volk von Oman!

S.H., Bremen 20,–; G.F., Kiel 25,–; E.G., Gießen 20,–; S., Oberursel 200,–; G.M., Reinbek 50,–; H.W., Frankfurt 30,–; W.K., Teningen 100,–; S.B., Bremen 50,–; H.O., Frankfurt 50,–; J.B., Kiel 50,–; W.H., Heidelberg 50,–; B.D. Wolfsburg 150,–; H.R., Roxel 50,–; S.H., Heidelberg 50,–; G.R. Wiesloch 47,–; B.E., Berlin 20,–; G., Bremen 100,–; E.S., München 35,–; J.B., Castrop-Rauxel 500,–; R.S., Mainz 100,–; J.R., Frankfurt 50,–; B.,Hamburg 50,–; K.N., Kassel 100,–; Zelle Erziehungswiss., KSB Frankfurt 210,–; L.A., Bremen 100,–; H.-E.F., Frankfurt 40,–; J.B., Wolfenbüttel 30,–; M.R., Heidelberg 50,–; D.S., Eppelheim 85,–; A.G. Göttingen 100,–; R.M., Berlin 10,–; T.E., Hannover 10,–; G.L. 50,–; K., Freiburg 100,–; G.B., Heidelberg 300,–; KBW-Ortsaufbaugruppe Celle 104,38; M.D., Frankfurt 100,–; C.M., Bremen 1 250,–;K.E., Bremen 100,–; KBW-Ortsgruppe Hannover 100,–; J.G., Berlin 26,–; M.S., Moordeich 45,–; H.S., Bremen 25,–; GUV Frankfurt 1 186,–; KVZ-Leserkreis OAG Celle 52,36; A.M., Frankfurt 130,–; Aktionseinheit, Frankfurt 812,56; H.L., München 40,–; W. und R.B., Offenbach 500,–; M.K., Heidelberg 50,–; Zelle Ök., KHG Mannheim 17,–; KBW-Ortsgruppe Bremen 600,–; C.L., Berlin 5 000,–; Kommunistisches Kollektiv Bochum 144,40; H.S., Bremen 30,–; G.T., Frankfurt 1 000,–; H.G., Hütte-Ohrbeck 100,–; Celle Chemie KSB Göttingen 295,–; W.R., Berlin 320,–; S.V., Freiburg 100,–; Kommunistischer Arbeiterjugendbund Wolfsburg 50,–; Fachschaftsfest Biologie, Frankfurt 60,–; Oman/Dhofar-Basar, Univ. Frankfurt 834,62; Zelle Erz.wiss. KSB Frankfurt 68,–; Fachschaft Psychologie Göttingen 250,–; 4 Kollegen der Stadtsparkasse und Stadtverwaltung Mannheim 32,–; A.L., Kassel 150,–; R.K., Gießen 100,–; GUV Gießen 200,–; Veranstaltung der PH Neuss 177,–; KBW-Ortsaufbaugruppe Darmstadt 24,15,–; A.F., Delmenhorst 100,–; KBW-Sympathisantengruppe, KHG Mönchengladbach 400,–; Fachschaftsrat Vorklinik Heidelberg 65,52; Buchhandlung Rupp-Grunow, Mannheim, 238,10; G.D., Burgsteinfurt 100,–; R.S., Kiel 200,–; R.B., Frankfurt 205,87; KBW-Sympathisantengruppe Ravensburg-Weingarten 384,86; B.K., Flörsheim 47,10; R.B., Freiburg 150,–; J.W., München 10,–; KSB Frankfurt, Zelle Psychologie 31,–; S.H., Göttingen 36,50; Wohngruppe Hiltrup 50,–; KSB Frankfurt, Zelle Erz.wiss./Lehrer 137,–; G.B., Bremen 30,–; J.D., Berlin 270,–; F.W.B., Mainz 20,–; R.S., Heidelberg 20,–; KSB Frankfurt 601,17; Polibula Frankfurt 108,–; KSB Frankfurt, Zelle Ges.wiss. 86,–; Ev. Jugendkreis Seckenheim 177,20,–; B.F., Frankfurt 100,–; V.R., Bochum 50,–; F.H., Freiburg 40,–; S.B., Bremen 30,–; Nahost Komitee Göttingen 330,–; W.V., Freiburg 100,–; Sammlung auf Studentenparlamentssitzung der Univ. Mannheim am 14.5.74 15,50; KSB Frankfurt 342,–; P.B., Darmstadt 1 000,–; Spendensammlung Wolfsburg 100,–.

Insgesamt also in der Zeit vom 4. April bis 20. Mai: 22 450,29 DM.

Heidelberger Volksbank Nr. 205 012 00, Kennwort Dhofar.

»Intensive und engere Zusammenarbeit«

Luxemburg. Anfang März stattete der Innenminister von Rheinland-Pfalz dem luxemburgischen Innenminister einen Besuch ab. Dabei machte der rheinland-pfälzische Innenminister der luxemburgischen Regierung das Angebot, ihr das technische Material (in der Hauptsache Hubschrauber samt Besatzung) "im Bedarfsfalle" zur Verfügung zu stellen. "Diese Zusammenarbeit bedürfe keiner vertraglichen Regelung, sie richte sich vielmehr nach der Praxis". Denn: "Besonders im Bereich der öffentlichen Sicherheit dränge sich eine intensive und engere Zusammenarbeit auf." (Zitate aus "Luxemburger Wort" vom 5. März 1974)

Im Klartext heißt das, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich nicht darauf beschränkt, den Bundesgrenzschutz zu einer inneren Bürgerkriegstruppe auszubauen, sondern darüberhinaus unter dem Deckmantel der technischen Hilfe den Bundesgrenzschutz zur Unterstützung der luxemburgischen Bourgeoisie und der Sicherung der Interessen des BRD-Imperialismus in Luxemburg einsetzen will.

In Luxemburg beginnen sich die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volks nach einer langen Periode des relativen Klassenfriedens von neuem zu entwickeln. Am 9. Oktober streikten und demonstrierten 30 000 Arbeiter und Werktätige gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen und für ihre politischen Rechte. Um sich auf die kommenden Kämpfe vorzubereiten, hat die Bourgeoisie die Schießerlaubnis für Gendarmerie und Polizei erweitert und plant die Schaffung einer kasernierten, mobilen Gendarmerie-Einheit. Der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates stößt aber schnell auf die finanziellen Grenzen des öffentlichen Haushalts eines Kleinstaats. Die Bourgeoisie versucht deshalb, die kostspieligen Apparaturen, wie Hubschrauber und dergleichen, im "Bedarfsfalle" bei ihren Klassenbrüdern auszuleihen.

Das Angebot, mit dem Bundesgrenzschutz auszuhelfen, kommt nicht von ungefähr. Immer wenn die luxemburgische Bourgeoisie ihre Macht bedroht sah, hat sie sich von den Imperialisten rechts und links des Rheins schützen lassen vor den kämpfenden Volksmassen. Zugleich steckt hinter dem Angebot der Versuch der westdeutschen Imperialisten, ihre Vormachtstellung in den Europäischen Gemeinschaften zu unterstreichen und weiter auszubauen. Wir werden jeden Versuch bekämpfen, westdeutsche Truppen auf Luxemburger Gebiet einzusetzen.

(nach einem Aufruf des Politbüros des Kommunistischen Bundes Luxemburg vom 26. März 74)

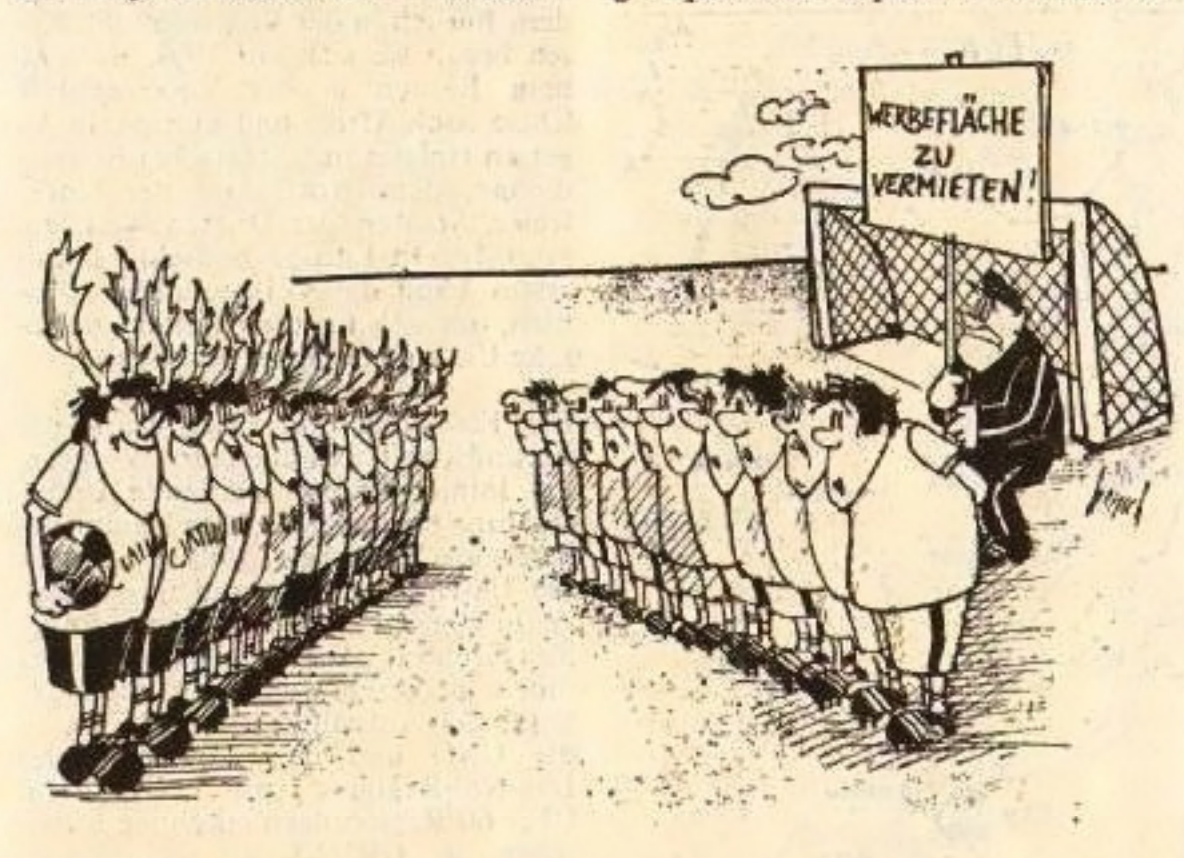
FUSSBALLMEISTERSCHAFT:

Die Gewinner stehen schon fest

Daß Fußball in einem kapitalistischen Land wenig mit freundschaftlichem Wettbewerb und Körperertüchtigung zu tun hat, ist spätestens seit den Bundesligaskandalen Allgemeingut. Wie überall im Kapitalismus geht es hier in der Hauptsache um Geld, um Profit. Sowohl was die Vereine, als auch die einzelnen Spieler angeht. Es versteht sich daher von selbst, daß im Zeichen der Fußball-Weltmeisterschaft in dieser Branche Hochkonjunktur herrscht.

Noch bevor der Weltmeistertitel am 7. Juli dieses Jahres vergeben wird, stehen die eigentlichen Sieger bereits fest. Dazu gehören in jedem Fall die 22 Mitglieder des deutschen Weltmeisterschafts-Kaders, deren zusätzliches Einkommen durch Werbeverträge in diesem Jahr auf ca. 3 Millionen DM geschätzt wird.
Robert Schwan, Manager von Bayern München, nannte einige konkrete Zahlen. So liegen die Einnahmen der Spieler pro Werbevertrag zwischen 10 000 und 100 000 DM – je nach Gefragtheit der Spieler. Gefragt sind solche Leute wie Franz Beckenbauer, Günther Netzer oder Gerd Müller. Mit einigem Abstand folgen Uli Hoeness, Sepp Maier, Wolfgang Overath, Horst Höttges, Paul Breitner und Erwin Kremers.
So erklärte denn Sepp Maier, was so ziemlich alle Spieler denken werden: "Ich wäre ja dumm, wenn ich meine Marktchancen nicht ausnützen würde, und nach dem Gesichtspunkt mache ich auch dann die Werbung, und da gehe ich nach den Kriterien: "Was kommt, das nehme ich einfach".
Neben der Werbung schreiben sich die Spieler mit Blanko-Autogrammen heute schon die Finger wund. Später werden die Autogramme irgendwelchen Büchern über die Fußball-Weltmeisterschaft beigefügt. Natürlich bekommen die Spieler auch dafür Geld. Hinzu kommt, daß jeder Spieler von der Firma Adidas zwischen 10 000 und 15 000 DM erhält, nur weil er ihre Fußballschuhe beim Spiel tragen muß. Denn Adidas hat einen Exklusivvertrag mit dem Deutschen Fußball-Bund, der vorschreibt, daß sämtliche Nationalmannschaften mit Schuhen, Trainingsanzügen und sonstigem Zubehör von Adidas ausgerüstet werden. Spieler, denen die Schuhe von anderen Marken mehr zusagen (wegen der höheren Geldbeträge) haben von vornherein keine Chance, in den Weltmeisterschafts-Kader aufgenommen zu werden.

Und wo die Spieler so kräftig hinlangen, da will der Trainer natürlich nicht abseits stehen. Helmut Schön macht z.B. Werbung für Fertighäuser von Neckermann. Sicherlich nicht nur aus reiner Freundschaft zu Pferdesportler Neckermann.
Auch die Vereine der Spieler sahnen natürlich ab. Je mehr Spieler des Vereins im Weltmeisterschafts-Kader, desto höher die Beträge. Erst im vergangenen Jahr hat der Deutsche Fußball-Bund den 18 Bundesligavereinen die Trikotwerbung erlaubt, vorausgesetzt, der Schriftzug ist maximal 25 cm breit und 10 cm hoch. Der HSV wirkt so für "Campari", der MSV Duisburg für "Brian Scott", Fortuna Düsseldorf für den "Allkauf" und Bayern München für "Adidas".



Hinzu kommen Einnahmen der Vereine an der Stadion-Bandenwerbung, die jährlich zweistellige Millionenbeträge ausmachen.
Am meisten wird indes der Deutsche Fußball-Bund selbst einsacken und an der Weltmeisterschaft verdienen. Viele Firmen wollen mit dem offiziellen Emblem der Weltmeisterschaft – ein stilisierter rollender Fußball – und den Maskottchen "Tip und Tap" ihren Umsatz ankurbeln. Etwa 200 Firmen werden für die Embleme Gebühren zahlen, und die sind nicht gerade gering.
Die einzelnen Unternehmen entrichten Stücklizenzen in Höhe von 1,5 bis 15 %. Weiterhin wird bei Vertragsabschluß eine Mindestlizenzgebühr von 20 000 DM fällig, die mit den anfallenden Stücklizenzen in voller Höhe verrechnet wird. Die Lizenznehmer müssen ferner eine Vertragsgarantie geben, die pro Vertrag zwischen 30 000 und 100 000 DM liegen soll. Alles in allem soll die Lizenzvergabe dem Deutschen Fußball-Bund etwa 12 Millionen DM einbringen. Dazu kommen etwa 20 Millionen DM aus der Stadien-Bandenwerbung, die Fernsehrechte bringen 18 Millionen DM, die Eintrittskarten zwischen 25 und 30 Millionen DM. Hinzu kommen aus der Glücksspirale und dem Verkauf von Weltmeisterschaftsbüchern und -Schallplatten weitere 10 Millionen DM. Der Deutsche Fußball-Bund erhofft sich nach Abzug aller Kosten einen Reingewinn von ca. 19 Millionen DM.
Damit aber nicht genug. Auch weniger sportliche Kapitalisten werden an der Weltmeisterschaft ihren Profit machen. So z.B. die Bauunternehmer samt Vorlieferanten, die 250 Millionen DM Steuergelder für den Stadienausbau einnehmen werden. Dazu kommen die Buchverlage, die Schallplattenfirmen, die Fernsehhersteller, die Sportartikelhersteller usw. usf. Noch bevor also das erste Tor fallen wird, ist für die eigentlichen Nutznießer der Weltmeisterschaft, die Spieler, die Vereine, den Deutschen Fußball-Bund und die verschiedenen Kapitalisten das Spiel schon gelaufen. Sie alle werden um einige Millionen reicher sein.
Dem Volk hingegen wird man weismachen wollen, es ginge um die Ehre der Nation und sportlichen Wettkampf, alles nach dem Motto: "Dabei sein ist alles!". Wie wahr! Dabei sein beim großen Geldscheffeln ist wirklich alles, was diese Leute im Sinn haben.

– J.W., Köln –

Die Pop-Kultur schadet der Arbeiterklasse

In der KVZ Nr.9 wurde berichtet, daß in China Kritik an der klassischen abendländischen Musik geübt wird, weil diese Musik bürgerliche Klassengefühle ausdrückt und nicht dem Denken und Empfinden der Arbeiterklasse entspricht.
Man darf nun aber nicht einfach den Schluß ziehen, daß diese Kritik, obwohl sie grundsätzlich richtig ist, in Westdeutschland genauso geführt werden muß. Kritik muß nämlich von der Frage des Klassenkampfes ausgehen. Sie wird nicht um ihrer selbst willen geführt, sondern um eine falsche Strömung innerhalb der Arbeiterklasse und des Volkes zu bekämpfen.

IN CHINA IST DER EINFLUSS DER ABENDLÄNDISCHEN MUSIK SCHÄDLICH

In China mehren sich seit einiger Zeit die Stimmen derer, die die abendländische Kultur und besonders die klassische Musik verehren.
Für das chinesische Volk, das beim Aufbau des Sozialismus radikal mit allem überkommenen Gedankengut brechen muß, übt diese Bewegung einen rückschrittlichen und schädlichen Einfluß aus. Das chinesische Volk hat Grund zur Freude über die überwundenen Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus und es braucht weiter den festen Willen, in diesem Aufbau und im Kampf gegen falsche Strömungen nicht nachzulassen. Wie sollte dazu Schuberts Weltschmerz oder Beethovens einsamer Heroismus passen!

IN WESTDEUTSCHLAND IST DER EINFLUSS DER KLASSISCHEN MUSIK AUF DIE ARBEITERKLASSE GERING

Bei uns wird klassische Musik hauptsächlich vom Kleinbürgertum gehört, das aufgrund des Unterrichts an höheren Schulen "etwas davon versteht". Von einem Einfluß auf die Arbeiterklasse kann dagegen keine Rede sein. Wenn aber an westdeutschen Gymnasien klassische Musik gelehrt wird, so ist das etwas anderes als an einer Einheitsschule in China. Denn unser Schulsystem trennt die Jugendlichen in solche, die gerade die notwendigste Schulbildung für das Berufsleben bekommen, und solche, die sich mit "hochgeistigen" Dingen wie Kunst und Musik beschäftigen. Durch diese Schulbildung werden die Schüler höherer Schulen auf ihre spätere Führungsrolle im Beruf vorbereitet und darauf, sich als etwas Besseres vorzukommen.

IN WESTDEUTSCHLAND MUSS DIE POP–"KULTUR" BEKÄMPFT WERDEN

Im Gegensatz zur klassischen Musik hat die Schlager- und Popmusik großen Einfluß auf alle Teile der Jugend gewonnen. Der Einfluß dieser bürgerlich-antiautoritären Strömung muß entschieden bekämpft werden. Entstanden aus einer spontanen antiautoritären Bewegung in der Jugend, ist die Pop-Kultur schon bald unter den totalen Einfluß des Managements geraten. Denn erstens dient sie der Spaltung des Volkes in alt und jung, zweitens läßt sich das, was im Volk gut ankommt, gut verkaufen, und drittens konnte damit der Bewegung ihre selbständige Spitze genommen werden. Stars werden systematisch aufgebaut (Udo '70, Udo '71 usw.); stockbürgerliche "Künstler" mit Privatflugzeug und livrierten Dienern (Bob Dylan) geben sich revolutionär und indische Hari-Krishnas predigen individuelle Befreiung durch Selbstversenkung. Bezeichnenderweise sind alle diese Strömungen einschließlich Gammler-, Hippie- und Jesus-groovy's so ziemlich auf dem gleichen Mist entstanden und nach Westdeutschland importiert worden.

Die Wirkung auf die Jugendlichen:
Abends in die Diskothek, sich unter "Gleichgesinnten" wohlfühlen, ein bißchen Solidaritätsgefühl, auch wenn man sich vor lauter Krach nicht miteinander unterhalten kann (einfach hinhocken ist ja auch bequemer), abschalten, nicht mehr an den Betrieb oder die Schule denken, sich abreagieren – und am nächsten Tag wieder genauso verfügbar sein und jede Unterdrückung schlucken wie bisher.

Auch die Pop-Musik ist also eindeutig Klassenmusik, die die Jugend als besonders beweglichen Teil der Arbeiterklasse und des Volkes entpolitisieren, mit der politischen Niederlage der Arbeiterklasse in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg versöhnen und dafür an die Bewunderung höchstbezahlter Idole binden soll. Die Antwort darauf kann nur heißen: Organisierung der Jugend im politischen Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes.

–W.F., Friedrichshafen–

Der Rummel um »Freiheit für Wallraff«

Der durch seine Industriereportagen bekannte Günter Wallraff hat sich in Athen auf einem zentralen Platz der Stadt demonstrativ an einer Laterne angekettet und Flugblätter verteilt, auf denen die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland gefordert wurde. Nach kurzer Zeit wurde er von griechischer Polizei geschlagen und gefangen genommen. Seitdem bemüht sich das Auswärtige Amt in Bonn nach Worten eines Sprechers "unablässig" um seine Freilassung. Mehrere Schriftstellerverbände, Jusos und Judos und nicht zuletzt die DKP, der Wallraff nahestand, schreiben seitdem unablässig Presseerklärungen und Telegramme an die griechische Militärregierung, in denen Freiheit für Wallraff gefordert wird.
Statt der Freilassung griechischer Gefangener zu nützen, entsteht nichts als ein Rummel "Freiheit für Wallraff", in dem sich einige Bourgeois die Hände waschen, die DKP Reklame macht für sich selbst, und Wallraff der griechischen Polizei, nachdem sie ihn anfänglich bei der Festnahme geschlagen hat, nunmehr bescheinigt, daß sie ihn korrekt behandle. Günter Wallraff, der sich einst einen Namen gemacht hat, indem er sich als Spion in die Kommandozentrale der Faschisten, in die Organisationen des Verfassungsschutzes und in Leitungen von Konzernen begeben hat und ihre üblen Machenschaften aufgedeckt hat, hat sich mit dieser Aktion zum Stellvertreter für das schlechte Gewissen der Bourgeoisie gemacht.

– bb –

Widerstand im Alltag

Gießen. Ich fuhr zur Uni in die Vorlesung. Hatte einen Fahrschein gelöst mit Umsteigeberechtigung. Dann stieg ich aus, um in eine andere Linie zu kommen. Doch der Bus der anderen Linie war schon weg und ich stieg wieder in denselben Bus. Damit mußte ich halt ein Stück weiter laufen zur Uni, hatte aber den Vorteil, pünktlich zu kommen.

Da kam er an, der Kontrolleur. "Fahrscheine vorzeigen", sagte er. Es ging los. "Du bist ja zweimal in denselben Bus gestiegen, Freund, da mußt du nachbezahlen." Was tun?, dachte ich mir. Schnauze halten und bezahlen, nur weil ich pünktlich zur Uni will? Das war doch ein Unding. Also an wen wenden? Ich schaute nach hinten zu den anderen Leuten und dachte mir, daß die auf meiner Seite stehen würden, wenn ich es ihnen mitteilen würde. Nochmal tief durchgeatmet und dann bin ich aufgestanden und habe den Leuten erklärt, um was es geht und daß ich das nicht richtig finde, daß die Busse sowieso nicht oft genug fahren und der Preis sowieso viel zu hoch sei. Die anderen Leute im Bus hörten mir zu und nickten alle mit dem Kopf und zwei oder drei riefen: "richtig, lass dir das nicht gefallen!" Der Kontrolleur wollte was sagen, war sehr verdutzt, als wieder einige riefen: "Laß den Jungen fahren, das ist doch nichts falsches, was er macht." Der Kontrolleur winkte ab und ging mit hängendem Gesicht vorne zum Fahrer und getraute sich nicht mehr die anderen Leute zu kontrollieren.
Bei der ganzen Sache habe ich gelernt, wie man sich gegen die Behördenschikane wehrt und werde auch weiterhin mich so verhalten, wenn ähnliche Sachen passieren.

H.R., Gießen

Geschichte eines Kirchenfürsten

DER PADERBORNER KARDINAL JÄGER RECHTFERTIGTE DEN FASCHISMUS

Was sind Kirchenfürsten? Was sind das für Leute, die über die Moral der Menschen bestimmen wollen? Ihre Macht ist groß, denn der Staat hat der Kirche zahlreiche Funktionen gesichert, wo sie z. B. über die Erziehung und Ausbildung vieler Menschen entscheidet.
Am 28.4. ist in Paderborn an die Stelle des alten Erzbischofs Jäger ein neuer gewählt worden. Was war der Kirchenfürst Jäger für eine Gestalt?
Jäger wurde 1941 zum Erzbischof bestimmt, weil er die christlichen Soldaten besonders gut beim Überfall auf Rußland aufhetzte: "Mitten in den Strapazen, dieses gewaltigen Krieges ..., kämpft und sterbt ihr auch, wie mir das immer wieder aus euren Briefen entgegen klingt, für die Bewahrung des Christentums in unserem Vaterland, für die Errettung der Kirche aus der Bedrohung durch den antichristlichen Bolchewismus." (Spiegel, 48/75 1972)
Für die Unterdrückung und Ermordung von Millionen von Juden in Rußland und insgesamt 20 Millionen Russen liefert er die Rechtfertigung, so daß die Faschisten mit dem Segen des Erzbischofs die imperialistischen Raubzüge durchführen konnten: "Schaut hin auf Rußland, ist jenes arme, unglückliche Land nicht der Tummelplatz für Menschen, die durch ihre Gottesfeindlichkeit und durch ihren Christenhaß **fast zu Tieren entartet sind?** Erleben unsere Soldaten nicht das Elend und ein Unglück sondergleichen? Und warum? Weil man die Ordnung des menschlichen Lebens dort nicht auf Christus, sondern auf Judas aufgebaut hat." (Spiegel 48/75 1972)
Jäger stützte den faschistischen Raubzug. Er stand nicht allein! So äußerte Kardinal Faulhaber: "Wird aber gar dem deutschen Volk die Aufgabe gestellt, in der Abwehr des Bolchewismus die Führung zu übernehmen, dann kann es und darf es nicht auf den stärksten Bundesgenossen in diesem Abwehrkampf, auf das Christentum, verzichten." und Bischof Rackel von Eichstädt: der "Ostfeldzug ist ein Kreuzzug, ein heiliger Krieg für Heimat und Volk, für Glauben und Kirche, für Christus und sein hochheiliges Kreuz." (Spiegel 12/98 und 99 1965)
Noch im Januar 1945 rief Jäger die Katholiken in einem Hirtenwort auf, ihren Beitrag im Kampf gegen die beiden größten Feinde Deutschlands: "Liberalismus und Individualismus auf der einen und Kollektivismus auf der anderen Seite zu leisten" (Spiegel, 12/99 1965)
Mit dem Jahr 1945 kam auch der endgültige Zusammenbruch. Am 27. März lag der Paderborner Dom und 80 % der Häuser in Trümmern. Den Dom ließ Jäger als eines der ersten Bauwerke in der noch zerstörten Stadt in altem Glanz wiedererstehen. In den Jahren danach verstand es Jäger in der Kirchenhierarchie zum Kardinal und zum Thronassistenten seiner Heiligkeit Papst Paul VI. zu bringen und noch ein Jahr vor Ablauf seiner Amtszeit dem Paderborner Dom ein erzbischöfliches Palais im geschätzten Wert von 6 Millionen DM anzugliedern.

Die Kirchenfürsten werden nicht verhindern, daß immer mehr Menschen erkennen, daß der christliche Mythos keineswegs auch nur einen Deut zur Lösung ihrer Probleme, Sorgen und Ängste beizutragen vermag. Als Beispiel für die zunehmende Abwendung der Menschen vom Glauben steht die Entwicklung der katholischen Kirche:

- Nach Umfrage der katholischen Kirche fühlen sich zwar noch 49 % als gläubiges Mitglied der Kirche, aber nur noch 24 % der 16–29 jährigen
- 39 % der Katholiken bezeichnen ihr Verhältnis zur Kirche als "gut", aber nur noch 17 % haben eine enge Verbindung zur Gemeinde und 11 % denken hin und wieder an Kirchenaustritt. (Schmidtchen, Zwischen Kirche und Gesellschaft)
- Jede Woche muß sich wegen Mangels an "Nachwuchs" eine Ordensniederlassung auflösen.
- In der Zeit von 1963-70 gaben ca. 25 000 Priester ihren Beruf auf
- Heute entscheiden sich 50 % weniger Jugendliche als 1960, Priester zu werden. Allein in den Jahren von 1966–70 ging die Zahl der Priesterweihen um die Hälfte zurück.

D.K., KSB–Paderborn

SPENDENLISTE VOM 11. BIS 22. MAI

B.W., Heidelberg	100,– DM
Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Gießen	100,– DM
U.Sch., Aachen	50,– DM
Sektion Medizin, KHG Köln	101,– DM
E.B. und D.K., Bremen	180,– DM
Sammlung 1.-Mai-Veranstaltung Kommunistische Gruppe Unna	34,45 DM
Zelle Kunst, KSB Göttingen	200,– DM
Sympathisantengruppe Friedrichshafen	170,– DM
G.P., Bremen-Neustadt	100,– DM
N.N., Westberlin	3 000,– DM
Sympathisantengruppe Trier	72,– DM
K.N., Kassel	20,– DM
M.H., Göttingen	50,– DM
Sammlung Gießen	170,– DM
H.H., Gießen	50,– DM
T.R., Bünde	10,– DM
KSG Herne	16,– DM
Sympathisantengruppe Bünde	20,– DM
A.L., Kassel	50,– DM